

**VOR ORT** Tarifabschluss in der Feinkeramischen Industrie bringt Beschäftigten bis zu 5,05 Prozent Plus

**TENDENZEN** »Jetzt! Ausbilden«: IG BCE kämpft mit Aktionsmonat für Ausbildungsplätze

**TIPPS** Zeiterfassung: Vom Stundenzettel bis zur App – was Beschäftigte wissen müssen

# **KOMPAKT**

DAS MITGLIEDERMAGAZIN DER INDUSTRIEGEWERKSCHAFT BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE



**Jetzt  
kommt's  
drauf an**

Wie soll die Zukunft des Landes gestaltet werden? Wer hat die richtigen Konzepte? Der große Programmcheck zur Bundestagswahl.

# MM4



**MEHR INFOS.  
MEHR AKTUALITÄT.  
MEHR SERVICE.  
MEHR DIALOG.  
[meine.igbce.de](http://meine.igbce.de)**

Gewerkschaft lebt vom Mitmachen. Deshalb ist uns deine Meinung wichtig. Mehr Dialog und stärkere Beteiligung – »Meine Meinung«, das Umfragetool in der IG-BCE-App, macht's möglich.  
»Meine IG BCE« als App – nur für Mitglieder.



**Gemeinschaft. Macht. Zukunft.**

# Wo man **solidarisch** zur Stelle ist



Foto: Stefan Koch

**LARS RUZIC**  
Chefredakteur

**S**o sind sie, die BCEler. Wenn ihre Hilfe und Unterstützung gefordert ist, sind sie zur Stelle. Das haben die Kolleginnen und Kollegen in diesem Sommer wieder eindrucksvoll bewiesen. Als es darum ging, die dramatischen Folgen der Hochwasserkatastrophe im Westen zu lindern, waren sie da – mit Eimer und Schaufel, mit Spenden und Hilfsangeboten. Berge von Kleidung stapelten sich in den IG-BCE-Bezirksstellen – obwohl zu Textilspenden gar nicht aufgerufen worden war. Gewerkschaftliche Solidarität macht eben am Werktor nicht halt.

**DIE ORGANISATION SELBST STAND DEM IN NICHTS NACH.** Übers Wochenende nach der Katastrophe wurde ein Notfallfonds aus dem Boden gestampft, der von der Flut betroffene Mitglieder schnell und unbürokratisch unterstützen sollte. Wie groß der Bedarf war, zeigt die Tatsache, dass am Ende Hunderte Mitglieder mit insgesamt 440 000 Euro unterstützt werden konnten. Das alles lässt einen dankbar mit dem guten Gefühl zurück, Teil einer Solidargemeinschaft zu sein, in der die eine auf den anderen acht gibt und umgekehrt.

**GROSSE DANKBARKEIT IST AUCH** für uns als **KOMPAKT**-Redaktion angesagt. In der vergangenen Ausgabe hatten wir zur Teilnahme an unserer Mediennutzungsumfrage aufgerufen, mit der wir gleichzeitig das neue Feature »Meine Meinung« in der »Meine IG BCE«-App auf den Weg brachten. Und auch hier: dasselbe Bild. Auf die BCEler kann man sich verlassen! Die Resonanz auf den Aufruf war großartig. Kurz vor dem Ablauf der Umfrage (sie endet am 31. August) haben bereits gut 18 000 Mitglieder teilgenommen. Das ist eine Beteiligung, die ihresgleichen sucht. Dafür können wir nur Danke sagen und zusichern, dass wir die Ergebnisse sehr genau und sehr detailliert auswerten werden, damit wir dir das bestmögliche Kommunikationsangebot machen können. Auch wenn erste Einblicke in die Rückmeldungen zeigen, dass es da schon heute eine große Zufriedenheit in der Mitgliedschaft gibt: Besser geht immer.

[lars.ruzic@igbce.de](mailto:lars.ruzic@igbce.de)



Foto: iStockphoto/marchmeena29

# VOR ORT

## 21-29

### IG BCE unterstützt Betroffene



Foto: Randy Rheindorf

Anpacken bei den Aufräumarbeiten und Notfallfonds – die IG BCE unterstützt die von der verheerenden Hochwasserkatastrophe betroffenen Mitglieder in dieser harten Zeit mit mehr als 440 000 Euro.

### »Gutes Ergebnis erzielt«

Die IG BCE und die Arbeitgeber der Feinkeramischen Industrie (West) haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt. Das Plus für die rund 17 000 Beschäftigten der Branche summiert sich auf ein Gesamtvolumen von bis zu 5,05 Prozent.



Foto: Carsten Herwig

### Tarifverhandlungen starten

Großer Fortschritt bei Globalfoundries in Dresden: Am 15. September findet bei dem Chiphersteller die erste Tarifverhandlung statt. In den Gesprächen möchte die IG BCE für die Beschäftigten einen Manteltarifvertrag einführen und eine Entgeltssystematik etablieren.

### Zurück an den Tisch!

Rein in den Dax und raus aus dem Tarif? Unter diesem Motto haben sich am 21. August rund 500 Symrise-Beschäftigte und ihre Familien zu einer Kundgebung in der Holzmin-dener Innenstadt versammelt. Die Antwort an ihren Arbeitgeber ist ein lautstarkes und entschlossenes »Nein«.



Foto: Robert Warneke

### 10 Kompass

Michael Vassiliadis im Interview über die anstehende Bundestagswahl – und darüber, was die wichtigsten Aufgaben für eine neue Regierung sind.

### TITEL

### 12 Der große Programm-Check zur Wahl

Die IG BCE hat einen umfangreichen Forderungskatalog an eine neue Bundesregierung erarbeitet. **KOMPAKT** macht den Check: Was steht in den Wahlprogrammen der Parteien? Wer hat die Interessen der Belegschaften im Blick und einen guten Plan, wie unser Land durch unruhige Zeit gelenkt werden kann? Ein Überblick.

### THEMEN

### 18 »Wir müssen die Würde der Arbeit verteidigen«

Olaf Scholz über seine Pläne für einen höheren Mindestlohn, den Ausbau der Stromnetze und die Frage, warum Strukturhilfen beim Transformationsprozess notwendig sind.

### TENDENZEN

### 31 »Jetzt! Ausbilden«

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge und das Ausbildungsplatzangebot sind deutlich zurückgegangen. Ein Zustand, den die IG BCE nicht einfach hinnimmt.

### 34 Mehr Mitbestimmung

Curevac und Laverana gehen in großen Schritten Richtung mehr Demokratie im Betrieb. Sie haben die Weichen für die Betriebsratsgründung im Herbst gestellt.

### TIPPS

### 36 Zeiterfassung

Ob per Stundenzettel oder per App – Arbeitszeit muss mittlerweile minutengenau erfasst werden. Das gilt auch für Beschäftigte im Homeoffice.

### 38 Mein Wille – meine Entscheidung

**KOMPAKT** gibt Tipps zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

### IMMER IM HEFT

03 Unter uns

06 Aktuelles

08 5 Minuten Zukunft

20 Leserforum/Impressum

30 Einer von uns

40 Rätsel

41 Glück & Meine IG BCE

42 Mein Arbeitsplatz



Wir machen den Check 12



18 Kanzlerkandidat Olaf Scholz im Interview



Aktionsmonat Ausbildung 31



36 Vertrauen ist gut: Kontrolle besser?



Mein Arbeitsplatz 42

Fotos: iStockphoto/Christian Ader, Thomas Trutsche/Photothek, Stefan Wernz, IG BCE, Markus Feger



Foto: picture alliance/dpa Michael Kappeler

# Geteiltes Gold

**DAS GAB'S NOCH NIE:** Das erste Mal in der Geschichte der Olympischen Spiele teilen sich zwei Athleten den Sieg im Hochsprung. Mutaz Essa Barshim aus Katar (links) und der Italiener Gianmarco Tamberi hätten eigentlich ins Stechen gehen müssen. Beide hatten die 2,37 Meter übersprungen

und danach jeweils dreimal die Höhe von 2,39 Meter gerissen. Statt den Sieger im Stechen zu ermitteln, einigten sie sich, darauf zu verzichten und sich die Goldmedaille zu teilen. Ein großer olympischer Moment, der viele Zuschauer auf der ganzen Welt begeisterte.

## AUFREGER DES MONATS



Foto: Getty Images/istockphoto/kenneize

## Wohnen kann arm machen

**12,9 PROZENT** oder knapp 1,1 Millionen aller Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum zur Verfügung. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Humboldt-Universität Berlin. Die Forscher\*innen haben dafür repräsentative Wohn-Daten aus dem Mikrozensus 2018 ausgewertet. Demnach müssen Haushalte, die ohnehin schon an der Armutsgrenze leben, einen weit überdurchschnittlichen Anteil – nämlich 46,2 Prozent ihres Nettoeinkommens – für die Bruttowarmmiete aufwenden.

## ZAHL DES MONATS

3,8

**PROZENT** – auf diesen Wert kletterte die Inflationsrate im Juli 2021. Das ist der höchste Stand seit fast 30 Jahren. Eine höhere Teuerungsrate hatte das Statistische Bundesamt zuletzt im Dezember 1993 ermittelt; damals betrug sie 4,3 Prozent.

Verantwortlich für den starken Anstieg sind vor allem höhere Energiepreise. Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich. Und auch für Lebensmittel mussten Verbraucher im Juli 2021 mehr zahlen als ein Jahr zuvor – 4,3 Prozent. Ein weiterer Grund für den aktuellen Anstieg ist die Rückkehr zum alten Mehrwertsteuersatz. Um den Konsum in der Pandemie anzukurbeln, hatte der Bund diese vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 gesenkt.

## Alle Anträge online

**ÜBER MEHR ALS 450 ANTRÄGE** wird der 7. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE Ende Oktober diskutieren und beschließen. Die Bandbreite reicht vom Leitantrag »Mit. Mut. Machen.«, der die Transformation der IG BCE als Schwerpunkt hat, bis hin zu regionalen oder branchenspezifischen Themen. Weil zur innergewerkschaftlichen Demokratie auch Transparenz gehört, sind alle



Foto: Heige Krueckeberg

Anträge bereits einsehbar – natürlich nur für Mitglieder. Du findest sie online unter »Meine IG BCE«. Einfach einloggen und in der Menüleiste auf »Materialien« klicken. Falls du noch kein Benutzerkonto haben solltest, dann jetzt schnell mit der Mitgliedsnummer registrieren: Denn mit dem Zugang kannst du als IG-BCE-Mitglied zahlreiche zusätzliche Informationen und Service-Angebote nutzen. Neben den Anträgen findest du auch die Empfehlungen der Antragskommission, die sich bereits im Juli dazu beraten hat: Annahme, Ablehnung, Änderung oder die Weiterleitung an den Hauptvorstand. Die Entscheidung liegt nun bei den Delegierten.

registrieren: Denn mit dem Zugang kannst du als IG-BCE-Mitglied zahlreiche zusätzliche Informationen und Service-Angebote nutzen. Neben den Anträgen findest du auch die Empfehlungen der Antragskommission, die sich bereits im Juli dazu beraten hat: Annahme, Ablehnung, Änderung oder die Weiterleitung an den Hauptvorstand. Die Entscheidung liegt nun bei den Delegierten.

 [www.meine.igbce.de](http://www.meine.igbce.de)

## ZITAT DES MONATS



Foto: DGB/Detlef Eiden

## »Modernisierung, das geht nur mit einem handlungsfähigen Staat«

**REINER HOFFMANN**, DGB-Vorsitzender und IG-BCE-Mitglied, machte auf seiner Sommertour in Nordrhein-Westfalen Station. Dort besuchte er unter anderem das Duisburger Thyssenkrupp-Werk, das Aluminiumwerk Speira in Neuss, die Stadtwerke Wuppertal und das Hochwassergebiet in Stolberg bei Aachen. In Gesprächen mit Arbeitnehmer\*innen, Gewerkschafter\*innen und Politiker\*innen ging es um Themen wie Strukturwandel, Energiewende, Hochwasser und Corona: Was bedeutet das für Beschäftigte? Was treibt die Menschen an – und wo liegen die aktuellen Herausforderungen und Chancen?

Hoffmann: In den Hochwassergebieten fangen viele Menschen gerade wieder bei null an. Wenn die Politik jetzt nicht handle, wenn die nächste Bundesregierung nicht mit Milliarden-Investitionen massiv nachhelfe bei Energiewende und Neuanfang, dann könne das nicht gelingen.



Illustration: Stefan Hoch

# Kartografie [kavtoɣva 'fi:]

[ KULTURTECHNIK, die im Krisenfall auch schützen hilft. ]

**D**ie erste europäische Straßenkarte, mit Entfernungsangaben von Dänemark bis Rom, druckte Erhard Etzlaub um 1500. Heute stellen digitale Systeme Daten nach Bedarf und Thema zusammen. Dieses »Smart Mapping« gewinnt rasant an Fahrt; im Gefolge von künstlicher Intelligenz (KI) und moderner Weltvermessung. In der Profiliga der Kartografie geht es um das Aufbereiten riesiger Datenmengen in globalen Größenordnungen. Seien es allmähliche Entwicklungen wie Veränderungen der Küstenlinien oder akute Krisenfälle wie Hochwasser. Auch dann helfen Geoinformationssysteme dabei, Karten mit den gerade benötigten Eckdaten zu erstellen.

**NEHMEN WIR DIE** kleinen Wasserläufe Ahr, Swist oder Erft. Im Juli wandelten sie sich in kürzester Zeit in brüllende Riesen, die ungeahnte Sturzfluten durch Bergtäler jagten. Kurz zuvor hatte unter

anderem das Europäische System für Flutwarnungen EFAS eine Warnmeldung verschickt. Wie immer Behörden mit solchen Meldungen im Einzelfall umgehen – die Richtung ist klar: Smarte Kartografie wird für den Katastrophenschutz immer wichtiger. EFAS arbeitet mit Geoinformationen des EU-Programms Copernicus. Dessen Akteur\*innen schickten 2014 den ersten Sentinel-Satelliten ins All. Heute sind da oben sechs Satellitengruppen unterwegs. Ihre Daten fließen in Forschungsprogramme, die auch den Klimawandel beobachten. Und für Krisenstäbe Karten produzieren, die Hochwasserfluten sowie Waldbrände erfassen. Ein weiteres Beispiel ist der im Februar dieses Jahres veröffentlichte Hochwasseratlas des Bundesamts für Kartografie und Geodäsie (BKG). Er setzt Niederschlagsprognosen und Satellitendaten nahezu in Echtzeit in Hochwasserkarten um.

**OFT WERDEN DATEN** aber auch am Boden erhoben. Telemetriesysteme unterstützen beispielsweise bei der Überwachung bedrohter Tierarten. Um Karten von Lebensräumen oder Wanderrouten zu erstellen, müssen viele Tiere mit Sendern versehen werden. Das ist pure Handarbeit. In Tansania läuft seit 2015 die Initiative Crowd2map. Freiwillige sichten Satellitenbilder und verzeichnen Gebäude und Siedlungen, die auf üblichen Karten fehlen. Die verbesserten Daten stehen über das freie Kartensystem OpenStreetMap auch Hilfsorganisationen im Land zur Verfügung.

Analoge und digitale Techniken werden einander noch lange ergänzen. Auch bedrucktes Papier bleibt wichtig. Kartenlesen und Kompassarbeit sind Kulturtechniken, die sich spätestens beim nächsten Stromausfall bewähren.

*Marcel Schwarzenberger*

# Industrie im Kreuzfeuer des ökologischen Wandels



Foto: Stiftung Arbeit und Umwelt

**WIE LÄSST SICH** eine klimaneutrale Chemieindustrie umsetzen? Wie könnten grüne Raffinerien arbeiten? Und wie lassen sich Gute Arbeit und Mitbestimmung mit den Anforderungen der Transformation versöhnen? Das alles sind Themen, über die Vertreter aus Politik, Unternehmen, Wissenschaft und Gewerkschaft am 16. September 2021 beim virtuellen Transformationscamp von IG BCE und der Stiftung Arbeit und Umwelt debattieren. Motto der Veranstaltung: »Industrie im Kreuzfeuer des sozial-ökologischen Wandels«.

Neben IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis werden unter anderem Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter, SPD-Vize-Fraktionschef Matthias Miersch und Professor Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), sowie Evonik-Personalvorstand Thomas Wessel als Gäste erwartet. Fünf Themenblöcke stehen zur Diskussion, darunter die Punkte »Energieintensive Industrien im Wandel« und »Arbeit und Umwelt in der Transformation«.

 Hier kannst du dich für das Transformationscamp anmelden:  
[www.transformationscamp-igbce.de/](http://www.transformationscamp-igbce.de/)

## »Ein tragisches Unglück«

**EXPLOSION IM CHEMPARK:** Am 27. Juli ereignete sich eine schwere Explosion im Entsorgungszentrum der Firma Currenta in Leverkusen-Bürrig. Sieben Kolleg\*innen kamen ums Leben, zahlreiche weitere wurden verletzt, zum Teil schwer. »Ein tragisches, furchtbares Unglück. Unsere Anteilnahme gilt allen Betroffenen und ihren Familien«, sagte der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Bei einem Treffen mit Arbeitnehmervertreter\*innen des Unternehmens sicherte er den Betriebsratsvorsitzenden der Standorte und dem Bezirksleiter der IG BCE Leverkusen, Frank Werth, seine Unterstützung bei der Bewältigung der aktuellen Situation und den kommenden Herausforderungen zu. Eine solche Katastrophe mit Toten und Verletzten bringe unfassbares Leid mit sich und benötige selbstverständlich Aufklärung, um Lehren für die Zukunft ziehen zu können.

Untersuchungen der Ruß- und Staubrückstände, die nach dem Brand in den umliegenden Wohngebieten niedergingen, wiesen nach Angaben des Landesamts für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz NRW (LANUV) nur eine geringe Schadstoffbelastung auf. Die Analysen ergaben keine relevanten Konzentrationen und keinerlei Grenzwertüberschreitungen. Es seien zudem keine Rückstände von Dioxin und dioxinähnlichen Stoffen in den Rußpartikeln festgestellt worden, teilte das LANUV abschließend mit.



Foto: Currenta GmbH & Co. OHG

### VOR 30 JAHREN



**> »Machen uns Computer krank?«**

Dieser Frage ging das *gp magazin* im Januar 1991 in seiner Titelgeschichte nach. Schwerpunkt der Geschichte damals waren giftige Ausdünstungen, die die Computer abgaben. Dioxine, Furane, Brom und Ozon bedrohten die Bildschirmarbeiter\*innen. Heutzutage kommen dank strenger Grenzwerte Dioxine und Furane in keinem Computer mehr vor; lediglich Brom wird noch selten genutzt. Und auch das Ozon, welches in Kopierern und Laserdruckern entsteht, ist dank der in Arbeitsplatzverordnungen geforderten Aufstellung in separaten Räumen in der Regel kein Gesundheitsrisiko mehr.

Dafür quälen den modernen Büromenschen häufiger Verspannungen in Nacken, Rückenleiden und Schulterprobleme. Der Kopf schmerzt und die Sehkraft leidet. Die Coronapandemie hat durch mehr Homeoffice und mobiles Arbeiten diese Erkrankungen sogar noch verstärkt. Denn Küchen- oder Esstisch sind nun einmal selten ergonomische Arbeitsplätze. Nach Angaben der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) seien im ersten Halbjahr 2021 bundesweit rund ein Fünftel (20,4 Prozent) der eingereichten Atteste bei der Arbeit auf Muskel-Skelett-Erkrankungen zurückzuführen. Die Computer selbst machen uns somit nicht mehr krank – falsches Sitzen aber schon.

Bei der Bundestagswahl im Herbst steht einiges auf dem Spiel. Deutschlands Wirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Transformationsprozess – jetzt müssen schnelle und pragmatische Entscheidungen gefasst werden, um rechtzeitig die richtigen Weichen zu stellen.



Foto: iStockphoto/Getty Images

## »Ich erwarte ein detailliertes Pro

**Michael, vor fast jeder Bundestagswahl in den vergangenen Jahrzehnten hieß es, es handele sich um eine wegweisende Richtungsentscheidung – auch dieses Mal lautet der Tenor ähnlich. Was macht diese Wahl aus deiner Sicht so außergewöhnlich?**

Zunächst einmal gibt es eine formale Ebene, die diese Wahl anders macht als alle anderen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik stellt sich der\*die amtierende Bundeskanzler\*in nicht zur Wiederwahl – das hat es noch nie gegeben. Angela Merkel ist die erste Person, die diese Verantwortung und das Amt selbstbestimmt und freiwillig abgibt. Alle ihre Vorgänger wurden abgewählt. Es wird also definitiv eine\*n neue\*n Regierungschef\*in geben. Aktuell ist völlig offen, wer die stärkste Partei bei der Wahl sein wird, drei Parteien liegen ziemlich dicht beieinander, auch das ist völlig neu. Und dann haben wir natürlich noch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die uns bereits seit mehr als 18 Monaten beschäftigt.

**Welchen Einfluss hat das auf die Wahl?**

Selten zuvor war unsere Gesellschaft so polarisiert wie heute – und zwar auf allen möglichen Ebenen. Schon vor Beginn der Corona-Krise haben wir ein erschreckendes Erstarken von rechtspopulistischen Tendenzen und den Aufstieg der AfD erleben müssen, die Pandemie hat das jetzt noch einmal deutlich verschärft. Corona hat unser aller Leben verändert, wie wir leben, arbeiten, uns mit Freunden treffen, feiern. Und wie unter einem Brennglas wurden die ohnehin schon vorhandenen sozialen und strukturellen Probleme im Land verstärkt. Die Schwachen trifft die Pandemie am Schlimmsten: Kinder aus sozial schlechter gestellten Haushalten haben die langen Homeschooling-Phasen schlechter überstanden als Kinder aus Durchschnittsfamilien – sowohl seelisch als auch bei den Bildungsfortschritten. Wer

schon vor Corona einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz hatte, war fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Beschäftigte mit hohem Einkommen. Diese soziale Schieflage im Land können wir nicht akzeptieren. Zumal die Frage, wie wir die Folgekosten der Pandemie aufteilen, auch von einer künftigen Regierung beantwortet werden muss. Jetzt weiterhin am Konzept der schwarzen Null festzuhalten, ist weder volkswirtschaftlich noch politisch sinnvoll. Dazu sind die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu groß.

**Wie meinst du das?**

Deutschland und seine Wirtschaft stehen vor einem tiefgreifenden Transformationsprozess: Die Digitalisierung und der ökologisch und sozial gerechte Umbau unserer Industriegesellschaft, weg von den traditionellen fossilen Energieträgern hin zu den Erneuerbaren, ist das größte und riskanteste Projekt seit Bestehen der Bundesrepublik. Das kann klappen und richtig cool werden, wenn es richtig gemacht wird. Es kann aber auch übel scheitern, mit tiefgreifenden Folgen.

**Welche sind das?**

Die Gefahr besteht darin, dass wir uns nur auf immer ehrgeizigere Klimaziele fokussieren und die realen Entwicklungen beim Umbau unserer Energieversorgung hin zum erneuerbar gewonnenen Strom ignorieren. Uns fehlen ausreichend Windstrom und vor allem die nötigen Leitungen, die den Windstrom von Norden nach Süden transportieren. Der Zubau an erneuerbarem Strom wächst in Deutschland nicht annähernd so schnell wie die immer ambitionierteren Klimaziele. Allein für die Defossilisierung der chemischen Industrie – also den Verzicht auf fossile Energieträger wie Erdöl – bräuchten wir rein rechnerisch mehr als 42.000 zusätzliche Windräder. Heute gibt es bundesweit insgesamt gerade mal



Der IG-BCE-Vorsitzende

**MICHAEL VASSILIADIS**

spricht im Interview über die anstehende Bundestagswahl – und darüber, was aus Sicht der IG BCE die wichtigsten Aufgaben für eine neue Regierung in Berlin sind.

# gramm zur Energiewende«

32 000. Wenn wir dieses Delta zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht schließen, sind zehntausende Jobs in der deutschen Industrie gefährdet – weil Unternehmen dann ihre energieintensiven Produktionsbereiche ins Ausland verlagern könnten angesichts einer drohenden Versorgungslücke und hohen Energiekosten. Nur wenn wir genügend Öko-Strom für energieintensive Betriebe vorhalten, können wir die Produktion elektrifizieren.

## **Was muss passieren, damit der Transformationsprozess gelingt?**

In den Wochen und Monaten nach der Bundestagswahl müssen schnelle und pragmatische Entscheidungen getroffen werden, um jetzt endlich die entscheidenden Weichen zu stellen. Von einer neuen Bundesregierung erwarte ich deshalb, dass sie binnen 100 Tagen ein detailliertes Programm vorlegt, wie die Energiewende bis 2030 konkret gestemmt werden kann. Darin muss nicht nur stehen, was wir an Kraftwerken abschalten, sondern es muss auch enthalten sein, wann, wo und in welchem Umfang erneuerbare Energie ausgebaut wird. Wir brauchen konkrete Umsetzungsziele für mehr Windräder, Solardächer, eine Wasserstoff-Infrastruktur – und nicht nur einen genauen Plan für den Ausstieg aus Kohle und Atomkraft. Dafür sind Investitionen in Milliardenhöhe notwendig.

## **Das ist die technische Seite. Was ist mit den sozialen Folgen?**

Es darf nicht bei dem frommen Wunsch bleiben, dass die Klimawende sich »irgendwie« auch sozial gestalten lässt. Von alleine passiert das nicht. Den Beschäftigten in der Autoindustrie beispielsweise, deren Jobs durch den Wechsel vom Verbrenner auf Elektromotoren gefährdet sind, müssen wir konkrete Zusagen machen – sie also für neue Tätigkeiten qualifizieren, für die dann auch tatsächlich eine Nachfrage besteht. Das gilt auch für die

Arbeitnehmer\*innen etwa in den Kohlerevieren. Warum sollten aus Kohlerevieren nicht Wasserstoff-Valleys werden? Dafür sind aber massive Strukturhilfen notwendig. Außerdem brauchen wir eine neue Steuergerechtigkeit.

## **Wie kann die aussehen?**

Die IG BCE setzt sich unter anderem für einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer ein. Außerdem streben wir eine neue Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer an, die Einnahmen daraus sollten zweckgebunden für die Klimatransformation genutzt werden. Damit können die Reichen und die Generation der Erben ihren Beitrag zum Klimaschutz beitragen. Insgesamt haben wir zur Bundestagswahl einen Forderungskatalog an die Politik mit 41 Punkten erarbeitet.

## **Das klingt nach sehr vielen Aufgaben für eine neue Regierung.**

Ja, das ist ein sehr anspruchsvolles Programm, jetzt geht es wirklich um das große Ganze: Wie stellen wir unser Land für die Zukunft so auf, dass wir auch in zehn, 20 oder 30 Jahren noch ein Industrieland mit gut bezahlten Jobs sind? Deswegen ist es jetzt wichtig, darauf zu achten, wem man seine Stimme gibt, wer den besten Plan für die Zukunft hat. Am allerwichtigsten aber ist: Geht wählen. Jede einzelne Stimme zählt. Wer nicht wählen geht, unterstützt auf jeden Fall die falschen Kräfte.

*Interview: Inken Hägermann*



Foto: Helge Krückeberg

# Wir machen den

**AM 26. SEPTEMBER** wird ein neuer Bundestag gewählt. Was haben die Parteien vor? Wer hat die Interessen der Beschäftigten aus den Branchen der IG BCE im Blick? Unsere Experten haben Positionen abgeglichen. Ein Überblick.

**W**ie soll unser Land auf die Umsetzung der Energiewende, die Sicherung von Guter Arbeit und ausreichender Renten vorbereitet werden? Wie soll unser Bildungssystem fit gemacht, die Infrastruktur erneuert, die fortschreitende soziale Spaltung aufgehalten werden? Die IG BCE hat dazu einen umfangreichen Forderungskatalog an eine neue Bundesregierung erarbeitet, der 41 Punkte umfasst, etwa Forderungen zum Umbau der Industrie, zu Mitbestimmung, Guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit.

»Mit. Mut. Machen.« – unter dieses Motto hat die IG BCE ihre Reformagenda gestellt, anhand der sie die Programme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2021 misst. »Wir wollen mit Mut die Zukunft des Industriestandorts gestalten«, erläutert der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft sei es notwendig, den anstehenden Transformationsprozess sozial und ökologisch ausgewogen zu vollziehen.

**WAS STEHT** zu den großen Themen der Arbeitnehmer\*innen in den Wahlprogrammen der Parteien, die mit großer Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen werden? Wer hat die Interessen der Belegschaften im Blick und einen guten Plan, wie unser Land durch unruhige Zeit gelenkt werden kann? Die **KOMPAKT**-Redaktion hat dazu den großen Programm-Check zur Bundestagswahl gemacht. Außerdem haben wir unter unseren Aktiven und Mitgliedern nachgefragt: Was erwarten sie von einer neuen Regierung? Was halten sie für die drängendsten Themen, wo muss die Politik dringend anpacken?

*Inken Hägermann und Katja Pflüger*



## Kantinengespräche: IG BCE trifft Politik

Es ist eine Sache, die Parteiprogramme zu checken – eine andere ist es, Spitzenpolitiker direkt zu fragen. Das hat die IG BCE getan und dafür die Kantinengespräche erfunden. Dabei trifft IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis Spitzenpolitiker\*innen verschiedener Parteien und stellt ihnen die Fragen, die für unsere Beschäftigten wichtig sind – und die teils auch direkt von ihnen kommen. Etwa an den SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, seinen CDU-Konkurrenten Armin Laschet oder

Janine Wissler, Spitzenkandidatin der Linken (Foto). Die Talks kannst du dir unter [igbce.de](http://igbce.de) ansehen, ebenso wie Kurz-Interviews mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE. Sie geben im Format »Drei Fragen an« Antworten auf politische Herausforderungen in ihrem Bereich. Das dritte Standbein bilden Branchengespräche mit Ehrenamtlichen aus den Unternehmen, die über die Zukunftsthemen in ihren Industrien berichten.

Sandy Richter, Betriebsratsvorsitzende bei IDT Biologika in Dessau-Roßlau

»Von der Politik erwarte ich eine rationale, moderne und humanistische Politik mit Blick auf Europa und die ganze Welt. Wichtige Themen sind für mich unter anderem die Stärkung und Modernisierung von Arbeitnehmer\*innenvertretungen, die Tarifbindung von Unternehmen – egal, welcher Größe – und die Stärkung des Ehrenamtes. Außerdem müssen wir endlich die Bildungspolitik angehen: Früher wurden wir für unser duales Bildungssystem bewundert, davon ist aus meiner Sicht nicht mehr viel übrig geblieben. Schulabschlüsse dürfen nicht länger entwertet werden, Berufsabschlüsse müssen wieder unterscheidbar sein und ein Facharbeiterabschluss darf nicht länger als Makel gesehen werden. Was uns fehlt, sind Fachkräfte, die sich auch in der Praxis und nicht nur auf dem Papier auskennen.«

# Check



**MITBESTIMMUNG  
UND AUSBILDUNG**

**GUTE ARBEIT**

**TRANSFORMATION  
DER INDUSTRIE**

**SOZIALE GERECHTIGKEIT  
UND ALTERSSICHERUNG**

 Ausführlichere Infos zu den Positionen der Parteien und weitere Infos findest du unter [igbce.de/igbce/bundestagswahl](https://igbce.de/igbce/bundestagswahl)



Damit der Umbau der Wirtschaft nicht auf Kosten der Beschäftigten geht, fordert die IG BCE mehr Mitsprache- und Initiativrechte für Betriebsräte, etwa bei Personalplanung oder mobiler Arbeit. Das Doppelstimmrecht des\*r Vorsitzenden in Aufsichtsräten muss bei Fragen wie Werkschließungen oder Entlassungen zugunsten eines Schiedsverfahrens abgeschafft werden. Die Tarifbindung muss erhöht, die Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband ohne Tarifbindung eingeschränkt werden. Wir brauchen besser ausgestattete Berufsschulen, der Rückgang der Ausbildungsplätze muss gestoppt werden.

	<p>In Sachen Mitbestimmung hat die Union keine großen Pläne: Sie betont die Tarifhoheit der Sozialpartner und verweist die Verantwortung für Regelungen an sie. Maßnahmen für eine höhere Tarifbindung sind nicht vorgesehen. Immerhin sollen 150 Millionen Euro für Weiterbildung bereitgestellt und die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen gestärkt werden.</p>
	<p>Die SPD will ein Bundestariftreugesetz erlassen, das eine öffentliche Auftragsvergabe nur an Firmen ermöglicht, die nach Tarif zahlen. OT-Mitgliedschaften sollen zurückgedrängt, die Mitbestimmung im Betrieb ausgebaut werden. Der Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen soll ausgeweitet, die Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgt werden. Es soll einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Zudem strebt die SPD eine echte Parität in Aufsichtsräten an. Die Ausstattung an berufsbildenden Schulen soll besser werden.</p>
	<p>Auch die Grünen planen ein Bundestariftreugesetz. Sie wollen die Mitbestimmung ausbauen, etwa bei Personalplanung, Verlagerungen ins Ausland oder Klimaschutz. Betriebsratsmitglieder sollen besser geschützt, die Wahl von Betriebsräten erleichtert werden. Bei Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten soll es einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat geben, zudem bei Entscheidungen, die sich stark auf die Belegschaft auswirken, ein Schiedsverfahren eingeführt werden. Es soll einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.</p>
	<p>Mit dem Thema Mitbestimmung setzt sich die FDP nicht auseinander. Immerhin ist ein Digitalpakt 2.0 für Schulen geplant, der Berufsschulen einbezieht. Das berufliche Bildungssystem soll gestärkt werden.</p>
	<p>Die Linke will die Vergabe öffentlicher Mittel an Tarifbindung knüpfen, OT-Mitgliedschaften verbieten und Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären. Auf betrieblicher Ebene ist ein Vetorecht gegen Massenentlassungen vorgesehen. Es soll ein Grundrecht auf Homeoffice sowie ein erzwingbares Mitbestimmungs- und Initiativrecht etwa bei der Neuausrichtung von Firmen geben. Betriebsratswahlen sollen vereinfacht, der Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder verbessert und die Behinderung von BR-Arbeit sanktioniert werden. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen sollen einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat bekommen.</p>
	<p>Zu Tarifpolitik und Mitbestimmung äußert sich die AfD fast gar nicht in ihrem Wahlprogramm. Darin findet sich in einem Satz ein Bekenntnis zu Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifverträgen. Ideen zur Weiterentwicklung und Stärkung der Mitbestimmung gibt es derzeit nicht.</p>

Sascha Held, Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats bei Merck in Darmstadt

»Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie weit Deutschland in der Digitalisierung hinterherhinkt. An vielen Orten gibt es immer noch kein vernünftiges Internet. Das muss sich ändern. Wir brauchen einen Investitionsfonds des Bundes, um die Start-up-Kultur zu stärken. Darüber hinaus benötigen wir dringend mehr Wohnungen, damit wohnen für alle bezahlbar bleibt. Und die Energiewende muss endlich Fahrt aufnehmen, aber trotzdem für die Bürger\*innen und Unternehmen bezahlbar bleiben. Ich erwarte, dass diese Themen schnell und ohne parteipolitisches Gezänk angegangen werden. Dazu gehört für mich, dass sich die Parteien zusammenraufen.«



Foto: Eva Speith

Julia Berghaus, LBJA-Vorsitzende und im Landesbezirksvorstand Nordrhein



»Uns ist besonders wichtig, dass bei der nötigen sozial-ökologischen Wende die Menschen nicht aus den Augen verloren werden. Eine nachhaltige Industriepolitik bedeutet Umweltschutz mit Perspektiven für Beschäftigte zu verbinden. Denn ohne unsere Industrie in Nordrhein gäbe es nicht so viele Ausbildungsplätze. Und ohne Ausbildung keine Perspektive für meine Generation. Ausbildung ist das zentrale Thema der IG-BCE-Jugend Nordrhein. Wir kämpfen jeden Tag für mehr und vor allem für gute Ausbildung – dazu brauchen wir auch gesetzliche Regelungen wie eine gute Novelle des Berufsbildungsgesetzes und mehr Mitbestimmung in Fragen der beruflichen Bildung.«

Foto: Leo Kölzer

Kathrin Michel, Betriebsrätin und Vertrauensfrau bei der BASF Schwarzheide GmbH

»Ich trete selbst als Kandidatin der SPD für die Bundestagswahl an. Themen wie die Transformation der Lausitz in eine zukunftsgewandte und innovative Region mit gut bezahlten Industriearbeitsplätzen, die Stärkung der Mitbestimmung und die Gleichberechtigung der Frauen sind mir besonders wichtig. Wir müssen aber auch Prozesse in der Regierungsarbeit überdenken. Hier müssen Herangehensweisen hinterfragt und Handlungshilfen für die Zukunft erarbeitet werden. Außerdem brauchen wir eine kluge Finanzpolitik, die es uns ermöglicht, in die Zukunft zu investieren, aber auch Schulden zu begleichen.«



Foto: Andreas Franke

Oliver Elsen, Betriebsrat bei der Aluminium Oxid Stade GmbH

»Ich wünsche mir, dass die Politik ehrlich mit der Bevölkerung umgeht und das Vertrauen der Bürger\*innen zurückgewinnt. Dazu gehört für mich auch eine ausgeglichene Belastung der Steuerzahler, die nicht unnötig kompliziert ist. Rentner müssen von ihrer Rente leben können. Ein weiteres wichtiges Thema ist die zukünftige Mobilität: Alternativen zur Elektromobilität wie zum Beispiel Wasserstoff müssen weiter erforscht und zur Marktreife gebracht werden. Eine zentrale Frage ist dabei für mich: Wie können wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren und trotzdem weiterhin konkurrenzfähig gegenüber dem Weltmarkt bleiben?«



Foto: Privat

## GUTE ARBEIT

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und fordert von den Beschäftigten neue Qualifikationen. Jetzt kommt es auf eine sozial verantwortliche Politik an. Das bedeutet unter anderem: keine Eingriffe ins Arbeitszeitgesetz, die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen gehört abgeschafft, ebenso die Ungleichbehandlung von Frauen. Wir brauchen ein Kurzarbeitergeld für die Transformation. Zudem fordert die IG BCE ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften.



Beim Arbeitszeitgesetz schwebt der CDU eine Flexibilisierung vor: Statt einer täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit eingeführt werden. Werk- und Dienstverträge sollen erhalten bleiben. Kettenbefristungen soll es nicht mehr geben. Ein Transformationskurzarbeitergeld wird abgelehnt. Die Union will sich für mehr Familienfreundlichkeit in Führungspositionen einsetzen.



Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit schließt die SPD aus. Die Partei plant einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit. Zur Gleichstellung von Frauen ist eine Quotenregelung für Vorstände von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen geplant. Die SPD unterstützt das digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen soll abgeschafft und mit einem Transformationskurzarbeitergeld die Qualifizierungschancen von Beschäftigten erweitert werden.



Eine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes sehen die Grünen nicht vor, streben aber einen flexiblen Arbeitszeitkorridor an. Die Partei plant eine feste Frauenquote von einem Drittel für Vorstände in größeren Unternehmen, in Aufsichtsräten wird ein Anteil von 40 Prozent Frauen gefordert. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen soll fallen.



Die Liberalen streben eine flexible wöchentliche Höchstarbeitszeit an, bei der die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen täglichen Ruhezeiten von elf Stunden die Leitplanken für die maximale tägliche Arbeitszeit bildet. Verbindliche Quoten für Frauen in Führungspositionen lehnt die FDP ab.



Die Linke sieht eine maximale Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und acht Stunden täglich vor. Die »normale« Wochenarbeitszeit soll auf 30 Stunden sinken. Zudem fordert die Partei eine Frauenquote von 50 Prozent in Führungspositionen. Sachgrundlose Befristungen sollen gestrichen und ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften eingeführt werden. Versprochen werden ein Mindesteinkommen von 1200 Euro monatlich und eine dauerhafte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent.



Arbeits- und Sozialrechtsschutz finden im Wahlprogramm nicht statt. Die Partei fordert eine Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, ein Finanzierungskonzept dafür bietet sie nicht.

Richard Tschernatsch, Betriebsratsvorsitzender bei Clariant Plastics & Coatings in Gersthofen



»Wir brauchen endlich soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa! Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit auch gut leben können und später eine ausreichende Rente haben. Hierzu erwarte ich, dass die Politik den Mindestlohn europaweit auf mindestens 15 Euro pro Stunde erhöht. Europaweit deshalb, damit endlich dieses Lohndumping aufhört und Wettbewerbsgleichheit erreicht wird. Außerdem darf die Abwanderung der Industrie nach Asien so nicht mehr stattfinden. Deutschland muss weltweit ein bedeutender Industriestandort bleiben. Dafür müssen wir wichtige Produktionen in Deutschland beziehungsweise Europa erhalten oder wieder zurückholen. Und, es müssen wieder Ideen her in unserem Land und die müssen auch entsprechend gefördert werden: Neue Techniken und Innovationen müssen vorangetrieben werden – gerade beim Thema Energie und Ökologie.«

Foto: IG BCE Bezirk Augsburg

**TRANSFORMATION DER INDUSTRIE**

Die IG BCE fordert einen Transformationsfonds über 120 Milliarden Euro, einen Schutzschirm für Autozulieferer und ein staatliches Investitionsprogramm von 450 Milliarden Euro über zehn Jahre, um Infrastruktur und das Bildungssystem zu modernisieren. Und um die Energiewende voranzutreiben, braucht es mehr Stromnetze und eine Wasserstoffinfrastruktur. Wir fordern eine Abschaffung der EEG-Umlage, einen Garantiepriß für grünen Strom und einen Schutzmechanismus (Carbon Leakage), um Nachteile gegenüber Ländern auszugleichen, die beim Klimaschutz weniger tun.

	<p>CDU/CSU setzen vor allem auf ihr »Entfesselungspaket«: Damit sollen bis 2025 unter anderem 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, die Unternehmenssteuer bei 25 Prozent gedeckelt, Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht sowie Bürokratieabbau vorangetrieben werden. Ein Carbon-Leakage-Schutz ist vorgesehen. Die Union strebt Treibhausgasneutralität bis 2045 an, steht zum Kohlekompromiss und will die EEG-Umlage abschaffen. Der Ausbau der Erneuerbaren soll vorangetrieben werden.</p>
	<p>Die SPD plant eine staatliche Investitionsförderung für klimaschonende Produktionsprozesse und eine Reform der EEG-Umlage. Der Stabilitätspakt soll zu einem Nachhaltigkeitspakt weiterentwickelt, der Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Ein wettbewerbsfähiger Strompreis für die Industrie ist vorgesehen. Deutschland soll bis 2030 Leitmarkt in der Wasserstoffwirtschaft werden. Am Ausstiegsdatum aus der Kohle von 2038 hält die SPD fest. Bis spätestens 2045 soll Deutschland klimaneutral sein.</p>
	<p>Die Grünen planen ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit einer vorgezogenen Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises auf 60 Euro und einer Kerosin-Steuer, mit einer Pflicht zum Solardach beim Wohnungsbau und mehr Windkraftanlagen sowie einem Klimaschutzministerium mit Vetorecht für alle Gesetze. Bis 2035 will die Partei Deutschland klimaneutral machen. Der Kohleausstieg soll 2030 erreicht werden. Steigende Strompreise für energieintensive Industrien wollen die Grünen über Investitionshilfen und Steuerabschreibungen abfedern. Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Pkw zugelassen werden. Die EEG-Umlage soll gesenkt und dafür ein Energiegeld eingeführt werden. Pro Jahr sollen 50 Milliarden Euro in Klimaschutz, Bildung und Infrastruktur fließen.</p>
	<p>Die FDP will Klimaschutz durch Innovationen ermöglichen, der Wettbewerb soll die Energiewende vorantreiben. Für jede neue Regelung sollen zwei »alte« Belastungen entfallen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die EEG-Umlage soll schrittweise abgeschafft werden, die Stromsteuer sinken.</p>
	<p>Die Linke plant eine Investitionsoffensive von 120 Milliarden Euro pro Jahr. Allein in einen staatlichen Transformationsfonds würden 20 Milliarden Euro pro Jahr fließen. Profitieren sollen nur tarifgebundene Betriebe. Der Kohleausstieg soll auf 2030 vorgezogen werden, bis 2035 sollen die Erneuerbaren die herkömmliche Energiegewinnung abgelöst haben. Energiekonzerne sollen enteignet, die Energieversorgung in Stadtwerken und Genossenschaften organisiert sowie Fracking verboten werden. Den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel lehnt die Linke ab. Die Förderung erneuerbarer Energien soll über den Bundeshaushalt finanziert werden, die Stromsteuer sinken.</p>
	<p>Die AfD will Regulierungen für die Wirtschaft abbauen und Bürokratie verschlanken. Besondere Klimaschutzmaßnahmen sieht die Partei nicht vor: Sie hält den menschengemachten Klimawandel für nicht real, Maßnahmen, um die Industrie bei der Transformation zu unterstützen und damit Jobs in Deutschland abzusichern, hält sie nicht für notwendig. Das Pariser Klimaschutzabkommen soll aufgekündigt, die Förderung erneuerbarer Energien eingestellt werden.</p>

## SOZIALE GERECHTIGKEIT UND ALTERSSICHERUNG

Die IG BCE setzt sich für soziale Gerechtigkeit und eine sichere, auskömmliche Rente ein. Dafür ist eine dauerhafte Stabilisierung des heutigen Rentenniveaus von 48 Prozent nötig. Betriebliche Altersvorsorge soll ausgeweitet werden. Das Steuersystem muss gerechter werden: mit einem höheren Spitzensteuersatz, einer Vermögenssteuer und einer höheren Erbschaftsteuer. Das Ehegattensplittung muss unter Wahrung des Bestandsschutzes abgeschafft, die Pendlerpauschale zum Mobilitätsgeld umgewandelt werden.



Eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent strebt die Union nicht an. Sie will eine Generationenrente, bei der von Geburt an in einen Fonds eingezahlt werden soll. Die betriebliche Altersvorsorge soll umgebaut werden, damit mehr Beschäftigte profitieren. Kleinere und mittlere Einkommen sollen über eine Verschiebung der Steuertarife entlastet werden. Eine Vermögenssteuer oder eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnt sie ab. An der schwarzen Null hält sie fest.



Die SPD will das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren. Zudem soll eine neue private Altersvorsorge geschaffen und die betriebliche Altersvorsorge ausgeweitet werden. Die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten soll abgeschafft werden. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters lehnt die SPD ab. Sie plant einen Mindestlohn von zwölf Euro und eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Für Spitzeneinkommen ist ein Aufschlag von drei Prozent geplant, die Vermögenssteuer soll wieder in Kraft gesetzt, die Erbschaftsteuer reformiert werden. Das Ehegattensplittung soll für neu geschlossene Ehen entfallen.



Die Grünen wollen das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent verankern, zudem soll die Rentenversicherung schrittweise zu einer Bürger\*innenversicherung umgebaut werden. Der Mindestlohn soll auf zwölf Euro steigen. Damit kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, soll der Grundfreibetrag erhöht werden. Der Spitzensteuersatz soll ab einem Einkommen von 100 000 Euro steigen, auch die Einführung einer Vermögenssteuer ist geplant. Pendler\*innen mit niedrigem Einkommen soll ein Klimabonus beim Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel oder emissionsfreie Fahrzeuge unterstützen.



Die FDP will eine Aktienrente nach schwedischem Vorbild einführen. Diese umfasst neben einer staatlichen Grundrente eine Betriebsrente und eine private Altersvorsorge, bei der jährlich 2,5 Prozent des Bruttoeinkommens verpflichtend in Fonds fließen. Die betriebliche Altersvorsorge soll gestärkt, die Attraktivität der privaten Altersvorsorge erhöht und die Doppelverbeitragung abgeschafft werden. Ab 60 Jahren soll ein flexibler Renteneintritt mit Abschlägen möglich sein. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden, der Spitzensteuersatz sinken. Am Ehegattensplittung hält die Partei fest.



Die Linkspartei will das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben und eine Mindestrente von 1200 Euro einführen. Betriebsrenten sollen überwiegend von Arbeitgeberseite finanziert, Doppelverbeitragung und Entgeltumwandlung abgeschafft werden. Der Mindestlohn soll auf 13 Euro steigen, die Riesterrente abgeschafft werden. Einkommen bis 1200 Euro pro Monat sollen steuerfrei werden, ab einem Jahreseinkommen von 70 000 Euro (nach Abzügen) soll der Steuersatz auf 53 Prozent steigen. Zudem plant die Partei eine Reichensteuer, eine Vermögenssteuer sowie höhere Erbschaftsteuern. Die Pendlerpauschale soll durch ein Mobilitätsgeld ersetzt werden. Das Ehegattensplittung soll durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt werden.



Das Rentenkonzept der AfD bleibt vage. Die Partei fordert eine Abschaffung der Pensionsansprüche für Politiker\*innen und die Ausgliederung von neu eingestellten Beamt\*innen mit »nicht hoheitlichen Aufgaben« in die gesetzliche Rentenversicherung. Das Renteneintrittsalter soll nicht mehr gesetzlich definiert sein, jede\*r Beschäftigte soll individuell entscheiden, wann er oder sie aus dem Arbeitsleben ausscheidet. Wer früher in Rente geht, erhält auch geringere Zahlungen, die Höhe der Abschläge nennt die AfD nicht. Geringverdiener\*innen sollen bei der Rente bessergestellt werden. Zudem sollen das Steuerrecht vereinfacht und kleine und mittlere Einkommen entlastet werden. Die Erbschaftsteuer will die AfD abschaffen.

Christoph Huchler, JAV-Vorsitzender bei Boehringer Ingelheim in Biberach

»Ein »Weiter so!« darf es aus meiner Sicht nicht geben. Wir brauchen andere Strukturen und einen tiefgreifenden Wandel. Dabei muss die Politik den Mut haben, Umbrüche anzugehen, Dinge neu zu gestalten und die Menschen dabei mitzunehmen. Die Bürger\*innen dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Zusammenhalt, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit müssen gefördert und eine weitere Spaltung der Bevölkerung verhindert werden. Und alle Menschen müssen die Chance haben, sich durch ihre Arbeit ein gutes Leben in einem akzeptablen Umfeld aufbauen zu können.«



Foto: Julia Schneider

Die Bundespolitik steht vor einer Zeitenwende. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts, sondern auch personell. Nach 16 Jahren als Bundeskanzlerin tritt Angela Merkel nicht mehr an. Mit Annalena Baerbock (Grüne), Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) treten drei Persönlichkeiten an, Merkel im Amt zu folgen. Was treibt sie an? Welche Konzepte haben sie für die Zukunft des Landes? Wir gehen dem in einer Interviewreihe nach. Diesmal: Olaf Scholz.



# »Wir müssen die Würde der Arbeit verteidigen«

**OLAF SCHOLZ** über seine Pläne für einen höheren Mindestlohn, den Ausbau der Stromnetze und die Frage, warum Strukturhilfen beim Transformationsprozess notwendig sind.

## **Herr Scholz, wenn Sie im Herbst Bundeskanzler werden würden – was wären Ihre Vorhaben in den ersten 100 Tagen Regierungszeit?**

Mein vordringlichstes Projekt ist es, die Löhne in Deutschland zu verbessern. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen – das würde für rund zehn Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland eine Gehaltserhöhung bedeuten. Das möchte ich im ersten Jahr meiner Amtszeit durchsetzen. Ein solcher Schritt hat auch Auswirkungen auf alle Löhne, die darüber liegen, das gesamte Tarifgefüge verbessert sich dadurch. Zweitens möchte ich die wichtigsten Weichen im Kampf gegen den Klimawandel stellen und den anstehenden Transformationsprozess anschieben. 250 Jahre lang basierte unser Wohlstand auf der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas, nun wollen wir in nicht mal 25 Jahren komplett klimaneutral wirtschaften – das ist eine zweite industrielle Revolution. Dafür müssen wir jetzt die Entscheidungen treffen, damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Industrieland mit guten Arbeitsplätzen ist.

## **Welche konkreten Maßnahmen sind denn mit Blick auf die Transformation geplant?**

Wir müssen Hürden etwa im Bau- und Planungsrecht wegräumen, die den Transformationsprozess und den Ausbau der erneuerbaren Energien bislang behindern. Es muss doch in Deutschland möglich sein, dass eine neue Windkraftanlage auch mal innerhalb von sechs Monaten bewilligt wird und nicht erst in sechs Jahren. Wichtig ist auch, dass wir deutlich mehr Strom klimaneutral produzieren als bislang, weil die Industrie viel

mehr Strom benötigt, wenn sie ihre Produktion CO<sub>2</sub>-neutral umstellt. Wir brauchen also mehr Windkraftanlagen auf See und an Land, mehr Solaranlagen und wir müssen das Stromnetz ausbauen. Wenn wir Wind-Strom, der vor allem in Norddeutschland produziert wird, in ausreichender Menge in den Süden des Landes transportieren wollen, brauchen wir schnell ein leistungsfähigeres Stromnetz – da hinken wir beim Ausbau hinterher.

## **Warum die Eile?**

Die energieintensiven Industrien wie die Chemie-, die Zement- oder die Stahlbranche, aber auch der Automobil- und der Maschinenbau müssen sich darauf verlassen können, dass sich ihre milliarden schweren Investitionen in klimagerechtere Produktion rechnen und die Politik ihre Versprechen einhält. Damit der industrielle Umbauprozess in den kommenden Jahren gelingt.

## **Solche Mega-Projekte rufen viel Gegenwehr hervor ...**

Sicher. Aber es bringt den Klimaschutz nicht nach vorne, wenn wir dauernd neue, anspruchsvolle Ziele definieren – aber die Umsetzung dann daran scheitert, dass die Entscheider sich nicht trauen, für solche wichtigen Infrastrukturprojekte zu streiten und sie durchzusetzen.

## **Welche Rolle spielt Wasserstoff bei den Energieplänen der SPD?**

Wir werden künftig vermehrt auf Wasserstoff setzen müssen. Der Anteil der Produktion in Deutschland wird dabei deutlich über dem liegen müssen, was wir in den vergangenen Jahr-



#### ZUR PERSON

Olaf Scholz (63) ist Vizekanzler und Bundesminister der Finanzen. Zuvor war er Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Von 2007 bis 2009 leitete der gebürtige Niedersachse das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Scholz studierte in Hamburg Rechtswissenschaften. Er ist verheiratet und lebt in Potsdam.

Foto: Thomas Trutschel/Photothek

zehnten an heimischem Gas und Öl gewonnen haben. Klar ist aber auch: Es wird nicht funktionieren, ausschließlich auf grün produzierten Wasserstoff zu setzen. Für eine Übergangsphase werden wir auch noch Gas brauchen, um ausreichend Wasserstoff zu generieren.

#### **Laut Kohlekompromiss soll das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland 2038 abgeschaltet werden. Steht die SPD zu diesem Termin?**

Natürlich. Uns ist da ein großer gesellschaftlicher Kompromiss in der sogenannten Kohlekommission gelungen und es wäre fahrlässig, den wieder aufzukündigen. Was wir vereinbart haben, gilt: »Niemand wird allein gelassen.« Deswegen unterstützt der Staat mit Strukturhilfen auch die Entwicklung in den Revieren, damit vor Ort die Industriekerne, die Arbeitsplätze und das Know-how erhalten bleiben. Es muss das Anliegen des ganzen Landes sein, diese Transformation erfolgreich zu begleiten. Denn irgendwann kann es jede Region treffen. Und wir sehen erste Erfolge: Kürzlich war ich zu Gast beim Ausbau eines Ausbesserungswerkes der Deutschen Bahn in Cottbus, in dem 1200 neue Arbeitsplätze entstehen werden. Gefragt sind da genau die Kompetenzen, die bisher im Braunkohlenbergbau und in der Kraftwerkstätigkeit erforderlich waren. Das zeigt: Der Plan funktioniert.

#### **Immer mehr Beschäftigte in Deutschland arbeiten in Niedriglohnssektoren oder werden nicht nach Tarif bezahlt. Was verstehen Sie unter dem für Gewerkschaften wichtigen Begriff »Gute Arbeit«?**

Gute Arbeit heißt für mich gut oder zumindest ordentlich bezahlt. Wir sollten die Welt nicht nur aus der Perspektive der Konsumenten und Konsumentinnen betrachten, wir müssen auch die Würde der Arbeit verteidigen. Dass von einer Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro so viele Menschen profitieren würden, sagt ja einiges über unsere Gehaltsstrukturen aus. Gute Arbeit bedeutet aber auch mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und weniger prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Deswegen setzt sich die SPD dafür ein, dass die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abgeschafft wird. Wir müssen dahin zurück, dass die unbefristete, sichere und gut bezahlte Anstellung der Normalfall ist.

#### **Die IG BCE und ihre Schwestergewerkschaften im DGB setzen sich für eine Stärkung der Mitbestimmung ein. Was sagt der Arbeitsrechtler und SPD-Kanzlerkandidat Scholz dazu?**

Die Mitbestimmung, die betriebliche wie die auf Unternehmensebene, ist eine der großen Errungenschaften des deutschen Modells der Sozialpartnerschaft und ein zentraler Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Bestes Beispiel ist das Instrument der Kurzarbeit, die ein Produkt der Mitbestimmung und in der Corona-Krise international Vorbild für viele, viele andere Nationen geworden ist. Das zeigt: Das soziale Miteinander kann eine Zukunft haben. Um die Tarifbindung zu erhöhen, tritt die SPD für ein Bundestariftreugesetz ein: Öffentliche Aufträge sollten nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif zahlen.



> Interview mit **Annalena Baerbock**

**Wer soll die Kosten tragen?**

@ Noch deutlicher kann man nicht zum Ausdruck bringen, wer die immensen Kosten der Energiewende tragen wird. Laut Annalena Baerbock schließen Staat und Wirtschaft einen Pakt, in welchem sie die Last dem Mittelstand aufdrücken.

Es ist völlig unmöglich Sozial- und Klimapolitik zu vereinen, weil Klimapolitik Geld kostet, viel Geld. Wenn die Grünen dann über Sozialpolitik Geringverdiener entlasten wollen, muss die Last von Nicht-Geringverdienern geschultert werden. Also allen, die oberhalb des Mindestlohns bezahlt werden.

Die Leistungsträger haben aber schon die höchste Abgabenquote der Welt. Knapp 50 Prozent des Einkommens gehen für Sozialversicherung und Steuern drauf. Im privaten Bereich addieren sich dann noch alle Verbrauchssteuern. Letztlich führt das

Schreibe uns an [kompakt@igbce.de](mailto:kompakt@igbce.de) oder kommentiere unsere Beiträge in den Social Media. Wir freuen uns über Lob, Kritik und Anregungen.



zur Enteignung aller Facharbeiter, Meister, Ingenieure und so weiter, die in einem relativ gut bezahlten Beschäftigungsverhältnis stehen.

Gerald Feister, per E-Mail

> **Der Kampf um die Rohstoffe**

**Alle Branchen gleich behandeln**

@ Der Artikel ist sehr interessant und lesenswert. Aber auch die Papierbranche ist ein Teil der IG BCE. Auch wir haben Rohstoffprobleme bei Zellstoff, Chemikalien, Latex und so weiter. Wäre schon schön wenn ihr alle Branchen, die zur IG BCE gehören, einigermaßen gleich behandeln würdet.

Klaus Jordan, per E-Mail

> **Grimms Märchen**

**Geistreich, spritzig und humorvoll**

@ Mit großem Bedauern habe ich gelesen, das Imre Grimm sich als »Märchenerzähler« verabschiedet

Ingo Hess, per E-Mail

hat. Das ist so schade. Seine Kolumne war das Erste, das ich in eurem auch sonst toll gestalteten Heft gelesen habe – das wird mir sehr fehlen. Seine geistreichen, spritzigen und humorvollen Beiträge waren einfach köstlich.

Auch ich sage ihm tausend Mal DANKE für die zahlreichen vergnüglichen Minuten, die er uns beschert hat und wünsche ihm alles Gute und viel Glück!

Gisela Pfeilstücker, per E-Mail

**Kein einziges Märchen versäumt**

@ In der KOMPAKT gibt es immer wieder interessante Berichte. Wenn ich aber ehrlich bin, überfliege ich einiges und nehme nur vereinzelt den einen oder anderen Bericht genauer unter die Lupe. »Grimms Märchen« habe ich jedoch kein einziges Mal versäumt. Umso trauriger stimmt es mich, dass damit nun Schluss sein soll. Vielleicht gelingt es Ihnen ja doch noch, den Autor zu überzeugen, die Kolumne fortzuführen. Mich würde es sehr freuen.

Leserbriefe und Kommentare auf unseren Online-Kanälen stellen die Meinung des Einsenders dar. Anonyme Beiträge werden nicht berücksichtigt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

**KOMPAKT**

**IMPRESSUM**

Das Mitgliedermagazin der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

**Herausgeber**  
Michael Vassiliadis

**Chefredakteur** (v. i. S. d. P.)  
Lars Ruzic

**Chefinnen vom Dienst**  
Katja Pflüger  
Inken Hägermann

**Redaktion**  
Alexander Reupke, Isabel Niesmann,  
Rebecca Hummler, Sascha Schrader

**Redaktionsassistentz**  
Simone Michels, Tanja Rössner

**Redaktionsanschrift**  
Königsrather Platz 6  
30167 Hannover  
Telefon: 0511 7631-306/-354  
Telefax: 0511 7000891  
E-Mail: [kompakt@igbce.de](mailto:kompakt@igbce.de)

Der Kontakt ist ausschließlich für Fragen und Hinweise an die Redaktion zu verwenden. Fragen zur Mitgliedschaft richte bitte an deinen Bezirk.

**Satz:** QUBUS media GmbH  
Beckstraße 10, 30457 Hannover

**Gesamtherstellung und -vertrieb:**  
Westend Druckereibetriebe GmbH  
Westendstraße 1, 45143 Essen

**Anzeigenverwaltung**  
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH  
Bülowstraße 66, Hof D, Eingang D1  
10783 Berlin  
Telefon: 030 7407316-00  
Telefax: 030 7407316-75  
E-Mail: [anzeigen@ask-berlin.de](mailto:anzeigen@ask-berlin.de)  
Gültige Anzeigenliste  
Nr. 20 vom 01.01.2021

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:**  
Thomas Mühlnickel

**Zusendungen:** Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

**Bezugspreis**  
0,90 €, jährlich 10,00 €. Für IG-BCE-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Erscheinungsweise:**  
KOMPAKT erscheint monatlich mit acht Regionalausgaben für Bayern, Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/Saarland, Westfalen.

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:**  
23.08.2021

**Druckauflage:** 581 249 (11/2021)



# VOR ORT

## Schnelle Hilfe

**IG BCE unterstützt die von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Mitglieder**

### **Einigung bringt bis zu 5,05 Prozent Plus**

Ergebnis in der Feinkeramischen Industrie erzielt.

### **Zurück an den Verhandlungstisch!**

Rund 500 Beschäftigte bei Kundgebung gegen Tarifflicht des Duft- und Aromenherstellers Symrise.

### **Tarifverhandlungen starten**

Am 15. September findet bei Globalfoundries in Dresden die erste Tarifverhandlung statt.

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Michael Probst



Foto: Saint Gobain

Das Werk von Saint Gobain in Stolberg bei Aachen wurde bis zu einer Höhe von 1,50 Meter geflutet – auch die Schmelzwanne, in der Glasrohstoffe zur Glasschmelze aufgeschmolzen werden, war betroffen. Die Hightech-Wanne konnte durch eine Spezialfirma repariert werden.

# Hort der **Solidarität**

**HEFTIGER STARKREGEN** und in Folge Hochwasser überraschen in der Nacht auf den 15. Juli viele Menschen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Menschen verlieren ihr Leben, die örtliche Infrastruktur wird stark zerstört und Gebäude beschädigt. Etliche IG-BCE-Mitglieder sind betroffen. Kolleg\*innen und Gewerkschaft unterstützen sie in dieser harten Zeit.

**E**iner der persönlich Betroffenen ist Timo Litzbarski. Er wohnt mit seiner Familie in Nettersheim im Kreis Euskirchen in Nordrhein-Westfalen. In besagter Nacht liefen Keller und Erdgeschoss seines Hauses mit Wasser voll. Die Familie mit zwei Kindern bleibt während dieser Situation im ersten

Stock. Litzbarski und seine Frau setzen sich auf den Balkon und schauen zu, wie das Wasser steigt und steigt. Schlimm sei die Hilflosigkeit gewesen, berichtet er: »Ich bin es einfach nicht gewohnt, nichts tun zu können.«

Als das Wasser wieder verschwindet, bleiben zerstörter Hausrat, stinkender Schlamm

und feuchte Wände zurück – die Familie hat zunächst kein Warmwasser, keinen Strom und keine Heizung. Litzbarski ist dankbar, dass sie glimpflich davongekommen sind und froh über die Hilfe: »Die Solidarität war sehr beeindruckend.« Aus allen Bundesländern seien Helfer\*innen und Spenden gekommen. Auch

die IG BCE hat finanzielle Hilfe geleistet: Sie hat einen Notfallfonds aufgestellt und die Opfer der Katastrophe mit mehr als 440 000 Euro unterstützt. »Gewerkschaften sind ein Hort der Solidarität – und die endet für uns nicht am Werktor«, sagt der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Man habe deshalb schnellstmöglich Unter-



In Nettersheim spendete Procter & Gamble dringend benötigte Konsumgüter wie Windeln oder Lebensmittel.



Anpacken bei den Aufräumarbeiten: Am 25. Juli halfen Betriebsräte und Vertrauensleute sowie IG-BCE-Hauptamtliche in Leichlingen.

stützung angeboten. »Jedes Mitglied, das Hilfe brauchte, sollte Hilfe bekommen – das war das Credo.«

**DAS GELD HABEN** die Betroffenen genutzt, um sich direkt nach der Katastrophe mit den allernötigsten Dingen auszustatten. »Die schnelle Notfallhilfe der IG BCE war Klasse, weil wir zügig einen Durchlauferhitzer brauchten«, sagt Timo Litzbarski. »Wir sind wahnsinnig dankbar dafür.« Litzbarskis Arbeitgeber – er arbeitet bei Procter & Gamble Manufacturing – stellt die betroffenen Mitarbeiter\*innen für zweieinhalb Wochen frei und hilft finanziell.

Auch Peter Langelage aus Sinzig im Landkreis Ahrweiler

in Rheinland-Pfalz ist betroffen. Er hofft, dass sein Haus bis Weihnachten soweit in Stand gesetzt ist, dass er und seine Frau wieder einziehen können. »Im Moment ist das hier faktisch ein Rohbau«, erzählt er. Drei Meter hoch habe das Wasser gestanden. Normalerweise sei die Ahr klein und unbedeutend, »aber die Wassermassen waren unvorstellbar«. Er flüchtet nachts zusammen mit seiner Frau zur Tochter, die im nahegelegenen Remagen wohnt.

Langelage ist bei dem Fliesenhersteller Deutsche Steinzeug Cremer & Breuer als Fachkraft für Arbeitssicherheit und Umweltbeauftragter beschäftigt und froh, dass es auf der Arbeit um andere

Themen geht. Dankbar ist er für die schnellen Hilfen von der IG BCE und dem DGB. »Wir haben uns riesig darüber gefreut«, erzählt er.

Jürgen Ludwig, der Betriebsratsvorsitzende bei der Deutschen Steinzeug Cremer & Breuer, bestätigt: »Alle Gewerkschaftsmitglieder, die private Schäden erlitten haben, haben innerhalb von zwei Tagen schnell und unbürokratisch die Soforthilfe bekommen.« Der Arbeitgeber unterstützt betroffene Beschäftigte finanziell – und das, obwohl der Betrieb selbst mit dem Wasser zu kämpfen hatte. Die Schäden an den Anlagen sind groß: Vor allem die drei Öfen, in denen vollkontinuierlich Fliesen bei 1200 Grad gebrannt werden, waren von Wassereintrich betroffen. Inzwischen läuft der Betrieb wieder.

#### BEI SAINT GOBAIN GLASS

am Standort Stolberg bei Aachen war das gesamte Werk vom Hochwasser betroffen und wurde bis zu einer Höhe von 1,50 Meter geflutet, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Dieter Hanel. Zur Sicherung der Schmelzwanne – in ihr werden Glasrohstoffe bei Temperaturen von bis zu 1500 Grad zu einer flüssigen Masse aufgeschmolzen – pumpen die Beschäftigten zunächst das Wasser ab. »Gegen ein Uhr nachts wurde die Wanne sich selbst überlassen, weil die Gefahr des Einsturzes und der Explosion nicht mehr ausgeschlossen werden konnte«, so Hanel. Die High-tech-Wanne hat das Wasser mit Schäden überstanden und konnte durch eine Spezialfirma repariert werden. Hanel kann ebenfalls von großer Solidarität berichten; Kolleg\*innen unterbrachen den Urlaub, um zu helfen, andere

Standorte schickten zusätzliche Helfer\*innen und Familienangehörige der Beschäftigten meldeten sich mit Besen und Schrubbern, um das Werk zu reinigen.

Schwer getroffen hat es auch RWE und die Tochterfirma RWE Power. Am Tagebau Inden bricht ein Deich, Wasser dringt in den Tagebau ein. Viele RWE Mitarbeiter\*innen sind ebenfalls durch das Hochwasser betroffen, so der Konzern. Im Rahmen eines Sofortprogramms hat das Unternehmen eine Million Euro gespendet, um Hilfsorganisationen und regionale Initiativen zu unterstützen.

#### AUCH HAUPT- UND EHRENTAMTLICHE

der IG BCE unterstützen die Betroffenen. Auf Anfrage der IG BCE kamen am 25. Juli 20 Helfer\*innen im rheinländischen Ort Leichlingen zusammen. An einem Stand verteilten sie Bratwürste an Anwohner\*innen und Helfer\*innen und entschlammten eine Tiefgarage. Betriebsräte und Vertrauensleute von Firmen wie Covestro, Bayer und Currenta sowie IG-BCE-Hauptamtliche halfen vor Ort. Randy Rheindorf, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Covestro am Standort Leverkusen zeigte sich zufrieden: »Das meiste haben wir wegbekommen.«

Für Nina Melches, Gewerkschaftssekretärin im Bezirk Leverkusen, war die Aktion kein großes Thema: »Leichlingen liegt zehn Minuten von unserem Büro entfernt«, sagt sie. Melches hatte die Aktion vor Ort mit der AWO koordiniert. Das Wasser hat viel Leid verursacht und große Schäden hinterlassen – aber auch große Solidarität hervorgerufen. *Rebecca Hummler*

# Einigung bringt bis zu 5,05 Prozent Plus

**KASSEL** | Tarifkommission stimmt Ergebnis in der Feinkeramischen Industrie einstimmig zu

Nach einem mehr als zwölfstündigen Verhandlungsmarathon in der zweiten Runde haben sich IG BCE und die Arbeitgeber der Feinkeramischen Industrie (West) in Kassel auf einen Tarifabschluss geeinigt.

Das Plus für die rund 17 000 Beschäftigten der Branche summiert sich durch mehrere Tarifschritte, Einmalzahlung sowie Zuwächsen bei Weihnachtsgeld und Demografiefonds auf ein Gesamtvolumen von bis zu 5,05 Prozent.

Bernd Stahl, IG-BCE-Verhandlungsführer, äußerte sich erfreut über die Einigung: »Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt.« Die Arbeitgeberseite habe im Laufe der zweiten Verhandlungsrunde ihre Blockadehaltung aufgegeben und sich auf eine konstruk-

tive Diskussion eingelassen. Das sei auch auf den starken Druck aus den Belegschaften zurückzuführen. »Ich möchte mich bei allen Beschäftigten und Mitgliedern für ihre Unterstützung bedanken, ohne ihre Hilfe und die vielen Aktionen im Rahmen der Tarifrunde hätten wir dieses Ergebnis nicht erreicht.«

Zum 1. Januar 2022 steigen die Löhne und Gehälter um zwei Prozent, Betriebe haben die Möglichkeit, diese Erhöhung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage um einige Monate zu verschieben. Zum 1. Januar 2023 folgt ein weiteres Tarifplus von 1,3 Prozent.

Abhängig vom Unternehmenserfolg gibt es eine Einmalzahlung von 250, 500 oder 650 Euro, die – wo es möglich



Foto: Carsten Herwig

**Für 17 000 Beschäftigte in der Feinkeramik-Industrie verhandelt die IG-BCE-Tarifkommission.**

ist – als Corona-Bonus ausbezahlt werden soll. Auszubildende erhalten 50 Prozent der Einmalzahlung.

Die Jahresleistung (Weihnachtsgeld) steigt ab 2021 von 95 auf 100 Prozent eines Monatsgehalts. Der Beitrag zum Demografiefonds verdop-

pelt sich ab 2021 auf 150 Euro pro Arbeitnehmer\*in. Die Auszubildende Vergütung steigt zum 1. Januar 2022 pauschal um 25 Euro und zum 1. Januar 2023 pauschal um 20 Euro.

Die Laufzeit hat am 1. August 2021 begonnen und beträgt 24 Monate. *red*

## Kunststoff Ost

**BERLIN** | Die IG BCE und die Arbeitgeber der Kunststoff-Industrie in Berlin und Brandenburg haben sich nach einer mehr als 20 Monate dauernden Auseinandersetzung auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Die Löhne steigen ab August um zwei Prozent. Weitere Erhöhungen gibt es im März 2022 und 2023 um je 2,5 Prozent. Die steuerfreien Nachtzuschläge betragen nun 25 Prozent. Die Vergütungen der Auszubildenden steigen 2021 und 2023 um jeweils fünf Prozent. Zudem zahlen die Firmen den Beschäftigten eine einmalige Corona-Prämie in Höhe von 400 Euro.

## Abschluss bei AVEU

**DRESDEN** | Beschäftigte in der ostdeutschen Energiewirtschaft erhalten mehr Geld

Die IG BCE und ver.di haben sich in der dritten Verhandlungsrunde mit dem Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e. V. (AVEU) auf einen Tarifabschluss geeinigt. In den gemeinsamen Verhandlungen haben sie für die 30 000 Beschäftigten in mehr als 130 Unternehmen im AVEU in der ostdeutschen Energiewirtschaft eine deutliche Erhöhung der Vergütungen, eine Corona-Zahlung und zwei Freistellungstage für Gewerkschaftsmitglieder durchgesetzt.

Vor den Tarifverhandlungen hatten die Beschäftigten

mit vielen Aktionen in den Betrieben und einer Kundgebung vor dem Verhandlungsgelände Druck aufgebaut. »Davon ging ein starkes Signal aus, das uns bei den Verhandlungen geholfen hat! Vielen Dank an alle, die mitgemacht haben!«, so IG-BCE-Verhandlungsführer Holger Nieden.

Zum 1. Juni 2021 steigen die Vergütungen um 2,3 Prozent, Auszubildende erhalten 50 Euro. Zum 1. November 2022 gibts ein weiteres Plus – die Vergütungen erhöhen sich um 1,5 Prozent, Auszubildende erhalten 50 Euro. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt

27 Monate (bis zum 31. August 2023). Die Corona-Zahlung in Höhe von 600 Euro wird spätestens im Januar 2022 ausgezahlt. Teilzeitkräfte erhalten die Zahlung anteilig. Auszubildende bekommen 300 Euro. Alle Gewerkschaftsmitglieder bekommen zwei Freistellungstage zur Teilnahme an Fachveranstaltungen und Schulungen.

Das Ergebnis gilt für die Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt. Zu dieser gehören Mitgliedsunternehmen in Ostdeutschland, vor allem aus den Bereichen Strom, Gas, Fernwärme, Abwasser und Brennstoffe. *red*

# Belastung durch steigende Energiepreise

**BERLIN** | Diverse Struktur in Keramikbranche: einige große, viele kleine Unternehmen

**S**teigende Energiekosten, Fachkräftemangel, Überkapazitäten, Umstellung auf klimaneutrale Produktionswege – und dann auch noch Corona: Die deutsche Keramikindustrie befindet sich in einer anspruchsvollen Transformationsphase. Das ist das Ergebnis des Branchenausblicks zur Keramischen Industrie, den die IG-BCE-Stiftung Arbeit und Umwelt erstellt hat.

Die Keramische Industrie ist von einigen großen Unternehmen sowie vielen kleinen und mittelständischen Betrieben geprägt und teilt sich in die Obersegmente Grob- und Feinkeramik auf. Zur Grobkeramik zählt die Baukeramik (etwa Dachziegel, Kanalisationsrohre, Fliesen), die Produkte sind überwiegend dickwandig und grobkörnig. Feinkeramik ist feinkörnig, die klassischen Produkte sind Haushalts- und Sanitärkeramik, Tischgeschirr oder künstlerische Erzeugnisse. Dazu gehört auch die technische Keramik, die Produkte für die Medizintechnik oder die Autoindustrie fertigt.

**IN SACHEN UMSATZ** liefen die vergangenen 15 Jahren nicht schlecht für die Gesamtbranche: Von 2005 bis 2019 konnten die Erlöse von rund 7,4 Milliarden Euro auf rund 9,1 Milliarden Euro pro Jahr gesteigert werden. Noch immer ist die deutsche Keramikindustrie Branchenprimus in Europa, doch auch Italien, Frankreich und die Niederlande sind stark aufgestellt. Zudem steigt der Wettbewerbsdruck aus Asien: China und die Niedriglohn-Länder Süd-

ostasiens gewinnen zunehmend an Bedeutung. Allerdings hat die deutsche Keramikindustrie international einen exzellenten Ruf wegen der hohen Qualität und Langlebigkeit ihrer Produkte.

Angesichts des Kostendrucks und der Automatisierungsschritte ist die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen 15 Jahren branchenweit von rund 50000 auf etwa 43400 (2020) zurückgegangen. Zuletzt hat die Corona-Krise in vielen Bereichen – etwa der Baukeramik oder bei Porzellan für Hotels und Gaststätten – zu herben Umsatzeinbußen geführt. Andere Bereiche – wie die Sanitärkeramik oder der medizinische Bereich in der technischen Keramik – konnten deutlich zulegen.

**DIE HERAUSFORDERUNGEN** sind für die gesamte Branche ähnlich: Die Keramikherstellung ist ebenso wie die Gewinnung der Vorprodukte wie Zement oder Kalk ein sehr

energieintensiver Prozess. Die steigenden Energiekosten werden den Sektor auch künftig maßgeblich belasten. Zudem sind die Investitionszyklen für neue, modernere Produktionsanlagen sehr lang – technologische Innovationen können angesichts der hohen Kosten von vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben nur zögerlich umgesetzt werden. Das gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit vieler Firmen.

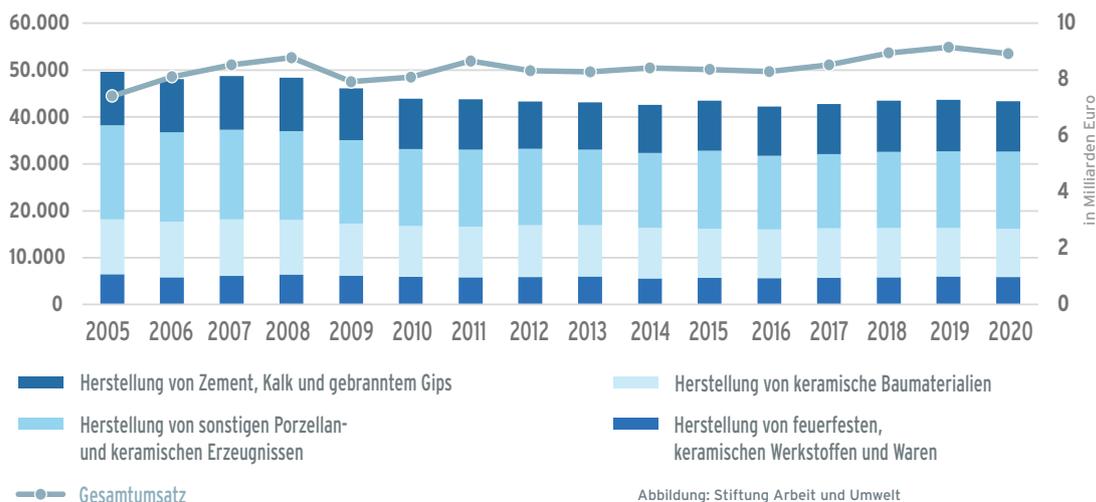
**CHRISTA KROPF**, Betriebsratsvorsitzende beim Porzellanhersteller Seltmann (Weiden), weiß um die Problematik: »Bei uns im Betrieb ist es sehr schwer, auf erneuerbare Energien umzustellen«, berichtet sie. »Für rein weiße, glatte Oberflächen der Geschirre braucht es die chemische Reaktion von Gas.« Derzeit sei keine Alternative erforscht, die diese Reaktion ersetzen könne, so Kropf. »Voraussichtlich nicht für die nächsten zehn Jahre.« Die Corona-Krise habe

zudem der Feinkeramikbranche alles abverlangt. »Wer hauptsächlich in Hotel und Gastronomie tätig ist, konnte seine Produkte nicht verkaufen«, sagt Kropf. »Jetzt gilt es, diese Defizite wieder aufzuholen – eine scheinbar unmögliche Situation.«

**EIN WEITERES PROBLEM** der Branche ist der Fachkräftemangel: Viele Betriebe finden nicht ausreichend qualifizierte Mitarbeiter, die Belegschaften sind überdurchschnittlich alt, seit zwei Jahrzehnten geht die Zahl der Ausbildungsplätze zurück.

Allerdings ergeben sich laut Studie auch Chancen: Eine voranschreitende Automatisierung der Produktionsprozesse führe zu Effizienzgewinnen und Kostensenkungen in der Herstellung – das verbessere die Wettbewerbssituation. Zudem profitiere die technische Keramik von vielen Produktinnovationen, die neue Anwendungsgebiete und Absatzmärkte öffnen. *red*

**Keramik: Beschäftigte und Gesamtumsatz**



## Schlag in die Magengrube

**LINGEN/DORMAGEN** | Ein halbes Jahr früher als geplant fährt der Acrylfaserhersteller Dralon seine Produktion in den Werken Lingen und Dormagen herunter. Noch im August werden den insgesamt 386 Beschäftigten die Kündigungen zugestellt. Der Gläubigerausschuss des insolventen Unternehmens in Eigenverwaltung hat in einer Sitzung Mitte Juli die Schließung angeordnet und dies mit Lieferengpässen beim Rohstoff und fehlenden Investoren begründet.

»Das vorzeitige Aus ist ein Schlag in die Magengrube«, sagt Gewerkschaftssekretär Frank Griesdorn aus dem Bezirk Ibbenbüren. »Es gab berechtigte Hoffnungen, einen Investor zu finden.« Aufgrund der starken Kundennachfrage und eines Lohnverzichts der Beschäftigten sei die Weiterproduktion bis Jahresende möglich gewesen. »Das hätte uns wichtige Zeit für die weitere Investorensuche gewährt.« Betriebsrat und Geschäftsführung haben einen Interessenausgleich und Sozialplan ausgehandelt. Eine Transferagentur ist bereits eingerichtet. »Wir hoffen, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen über die Beratungsstunden, die ihnen zur Verfügung stehen, schnellstmöglich ein angemessenes Arbeitsverhältnis finden werden«, so ein Betriebsratsmitglied.

Michaela Ludwig

# Zurück an den Verhandlungstisch!

**HOLZMINDEN** | Kundgebung gegen Tariffucht des Duft- und Aromenherstellers Symrise



Foto: Robert Warneke

**Fahnen, Plakate, Trillerpfeifen:** Die Beschäftigten machten am 21. August bei einer Kundgebung in der Holzmindener Innenstadt ihrem Ärger lautstark Luft. Der Dax-Aspirant hatte einseitig das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt. Die Teilnehmenden forderten die Rückkehr an den Verhandlungstisch.

**R**ein in den Dax und raus dem Tarif? Unter diesem Motto haben sich am 21. August rund 500 Beschäftigte und ihre Familien zu einer Kundgebung versammelt. Denn während das Unternehmen – ein Anwärter auf den Aufstieg in den Dax – seit Jahren steigende Gewinne vermeldet, nehmen die rund 3000 Beschäftigten an den Standorten Holzminden, Nördlingen und Braunschweig weiterhin Tarifabschläge in Kauf. Nach Angaben von Peter Winkelmann,

IG-BCE-Bezirksleiter Südniedersachsen, verdienen die Beschäftigten rund zehn Prozent weniger als die Kolleg\*innen in der Chemiebranche.

»Wir haben seit 2004 Tarifverträge und Standortsicherungsvereinbarungen abgeschlossen, um Symrise hier in Holzminden als Symrise zu erhalten!«, sagte der Leiter des Landesbezirks Nord, Ralf Becker. Das sei nicht zuletzt deshalb gelungen, »weil die Beschäftigten auf Geld verzichtet haben«. Den Stand-

ortssicherungsvertrag hat die IG BCE zum Jahresende 2020 gekündigt. Denn: »Es ist nur fair, wenn die Kolleg\*innen am Unternehmenserfolg beteiligt werden«, so Harald Feist, Mitglied der Tarifkommission und Betriebsratsvorsitzender.

Anstatt ins Gespräch zu gehen, hatte die Geschäftsführung die Tarifverhandlungen im Juni für gescheitert erklärt und einige »freiwillige« Verbesserungen sowie ein Gehaltsplus ohne Verhandlungen angekündigt. *Michaela Ludwig*

## »Perspektive muss sichtbar bleiben«

**COTTBUS** | Funktionärskonferenz des IG-BCE-Bezirks Cottbus

**N**icht nur IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis, auch Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz diskutierte bei der Funktionärskonferenz des IG-BCE-Bezirks Cottbus über den Strukturwandel in der Lausitz. Rund 220 Betriebsratsmitglieder, Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen sowie Vertrauensleute nahmen an der Veranstaltung am 17. August teil. Zentrales Thema war die Industrie- und Sozialpolitik des Landes. »Das ist uns in der Lausitz und für die Zukunft

besonders wichtig«, betonte Bezirksleiterin Ute Liebsch.

Finanzminister Olaf Scholz, erklärte, er sei sich der Herausforderungen, vor denen Deutschland in den nächsten Jahren stehe, bewusst: »Der Strukturwandel braucht viel Geld und darf nicht abstrakt werden, die Perspektive muss sichtbar bleiben.« Aber, so Scholz, ihm sei bewusst, dass nicht alle dabei entstehenden neuen Arbeitsplätze auch passend für

Arbeitnehmer\*innen aus dem Bergbau sein werden.

Michael Vassiliadis verwies darauf, dass Deutschland vor einer gigantischen Transformation stehe. »Das geht nur gemeinsam, bundesweit und nur sozial gerecht.« *Jörg Tudyka*



Foto: Rainer Weisflog



Foto: Fabian Schneider

Beschäftigte des Chipherstellers Globalfoundries kämpften im Mai 2020 mit einem 24-Stunden-Warnstreik für faire Tarifbindung.

# Tarifverhandlungen starten

**DRESDEN** | Großer Fortschritt beim Chiphersteller Globalfoundries in Dresden

**A**m 15. September findet bei Globalfoundries die erste Tarifverhandlung statt. In den Gesprächen möchte die IG BCE für die Beschäftigten einen Manteltarifvertrag einführen und eine Entgeltsystematik etablieren.

Schon seit Jahren hatte die IG BCE versucht, in dem Unternehmen, das Mikrochips produziert, einen Haustarifvertrag durchzusetzen. Der Ton zwischen beiden Seiten war jedoch immer rauer ge-

worden. Bisher hatte sich der US-stämmige Chip-Auftragsfertiger hartnäckig gestraubt – trotz mehrerer Warnstreiks an denen viele Hunderte Beschäftigte teilnahmen.

»Der Termin für die erste Tarifverhandlung ist ein echter Durchbruch, der beweist, dass Arbeitskämpfe sich lohnen. Endlich hat das amerikanische Management seine Verweigerungshaltung aufgegeben«, freut sich Oliver Heinrich, IG-BCE-Verhandlungsführer und Leiter des

Landesbezirks Nordost. Das habe auch eine Signalwirkung für andere Unternehmen in der Region, zum Beispiel Amazon und Tesla. Heinrich räumt allerdings ein: »Verhandlungsbereitschaft ist noch lange kein Tarifvertrag. Es liegt noch ein steiniger Weg vor uns.«

Im Raum Dresden, Freiberg, Chemnitz, einem der größten Mikroelektronik- und IT-Standorte Europas, sind viele Unternehmen nicht tarifgebunden. »Die Chipindus-

trie in Ostdeutschland zu organisieren, ist notwendig und überfällig. Das gehen wir im Silicon Saxony mit aller Kraft an«, betont Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der IG BCE.

Bereits zum 1. April trat bei dem Halbleiterhersteller X-FAB in Dresden ein umfassendes Tarifwerk in Kraft. Dieses beinhaltet unter anderem Lohnsteigerungen bis zu zehn Prozent, ein innovatives Entgeltsystem, Altersvorsorge und Weihnachtsgeld. *red*

## »Raffinerien sind Teil der Lösung«

**LINGEN** | Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies und IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis diskutieren über Rolle der Raffinerien

**R**affinerien sind angesichts der gesetzten Klimaziele kein Auslaufmodell, sondern Teil der Lösung. Darin waren sich Olaf Lies, Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter\*innen sowie Oberbürgermeister Dieter Krone beim Besuch des Umweltministers in der BP-Raffinerie in Lingen Mitte August einig. Da auch in Zukunft flüssige Treibstoffe benötigt werden, um Flugzeuge und Schiffe anzutreiben, unterstrich IG-BCE-Chef Michael

Vassiliadis das große Potenzial der Wasserstoff-Pläne für die Raffinerie: »Wasserstoff bietet

starke industriepolitische Perspektiven für Raffinerien und damit auch für die dort tätigen Kolleginnen und Kollegen.«

Olaf Lies betonte, dass sich Klimaschutz nur mit der Industrie durchsetzen lässt und immer auch verknüpft sein müsse mit der Frage nach tariflich bezahlten Arbeitsplätzen.

Die anstehenden Transformationen innerhalb der Branchen könnten nur sozialpartnerschaftlich gemeistert werden.

Viele Kolleg\*innen hätten Angst, dass Raffinerien im Zuge der Energiewende nicht mehr gebraucht würden, gab der Betriebsratsvorsitzende Michael Fastabend zu Bedenken. Für sie sei der Besuch des Ministers ein positives Signal.

*Michaela Ludwig*



Foto: BP/Kilian Westkamp

**Neuaustrichtung des Standorts: BP plant in Lingen zwei Wasserstoff-Großprojekte.**

NAMEN & NACHRICHTEN

## Aktiv für Ausbildung

**STUTTGART/MANNHEIM/WEINHEIM** | Im Rahmen des bundesweiten IG-BCE-Aktionsmonats für mehr Ausbildungsplätze warb auch der Landesbezirk dafür, den Fachkräftenachwuchs in den baden-württembergischen Industriebetrieben nachhaltig sicherzustellen.



Fotos (2): Yannick Schulze

Unter dem Motto »Jetzt! Ausbilden« sammelten die Gewerkschafter\*innen digital mehr als 300 Unterschriften und noch mal mindestens doppelt so viele auf »traditionelle« Weise – mit Postkarten-Aktionen unter anderem bei Freudenberg in Weinheim oder in der Mannheimer Innenstadt (Fotos). Im Postkarten-Text begrüßt die IG BCE die im neuen Koalitionsvertrag vorgesehene Ausbildungsgarantie, fordert die Landesregierung aber ebenso dazu auf, diese zeitnah umzusetzen, damit 2022 wieder jeder junge Mensch eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält.



Begleitet wurde die Aktion von mehreren Videokonferenzen, darunter auch eine mit den Chemie- und Papier-Arbeitgeberverbänden. Hierbei vereinbarten die Sozialpartner unter anderem, mit einer Imagekampagne und Sozialpartnertagungen die duale Ausbildung zu stärken.

## Glückliche Gewinnerin

**MANNHEIM** | Daniela Roß war eine der Sieger\*innen des diesjährigen Ostergewinnspiels. Verlost wurden bundesweit acht Apple Watches oder acht Weber Grills. Die Mitarbeiterin von Henkel am Standort Heidelberg, erhielt nun ihr Präsent – übergeben von Gewerkschaftssekretär Patrick Witzl.



Foto: Thorsten Sandritter

# Besser mitbestimmt

**STUTTGART** | Betriebsräte bieten Sicherheit

2022 stehen sie wieder an – die regulären Betriebsratswahlen. Klar ist: Wo es Arbeitnehmervertreter\*innen gibt, geht es den Beschäftigten meist besser. Mehr noch: Die Mitbestimmung schützt sie beispielsweise im Falle von Standortverlagerungen deutlich stärker.

**DIES ZEIGT** das Beispiel des Spezialchemikalienherstellers Merck/Sigma-Aldrich. Im Juni 2023 wird der Standort Steinheim (Schwäbische Alb) geschlossen und ins bayerische Schnelldorf verlagert (**KOMPAKT** berichtete mehrfach). Formal wechseln die rund 200 Beschäftigten dann jedoch in ein Tarifgebiet, welches unterhalb des baden-württembergischen Standards liegt. »Aufgrund unserer Verhandlungsstärke war gemeinsam mit der IG BCE ein Interessenausgleich und Sozialplan möglich, der finanzielle Nachteile verhindert«, so Betriebsratsmitglied Dr. Michael Pölzl. Für rentennahe Jahrgänge gibt es sogar die Option einer dreijährigen Freistellung. »Das kann eine

sehr gute Brücke in die Rente sein«. Auch der Abfindungsfaktor – eine wichtige Basis für die Höhe der Abfindungen – ist überdurchschnittlich. »Wir wollten und haben das durchgesetzt, weil nicht jeder der Standortverlagerung in das rund 80 Kilometer entfernte Schnelldorf folgen kann«, erklärt Pölzl. »Dann aber muss es darum gehen, die Menschen bestmöglich finanziell abzusichern.« Das wiederum können Betriebsräte regeln – ein großer Vorteil der gesetzlichen Mitbestimmung.

**»DIE MITBESTIMMUNG** durch Betriebsräte ist ein klarer Benefit für Beschäftigte, denn sie können selbst wählen, wer sich für die Interessen der Kolleg\*innen im Betrieb starkmacht«, betont Yannick Schulze, Gewerkschaftssekretär im Landesbezirk. »Daher ist es wichtig, im Frühjahr zur Wahl zu gehen oder – noch besser – selbst zu kandidieren und mitzubestimmen, was im Betrieb passiert.«

Axel Stefan Sonntag



Ein Großteil der Merck/Sigma-Aldrich-Belegschaft am Standort Steinheim (Foto) organisierte sich gewerkschaftlich.

Foto: Axel Stefan Sonntag

# Aus der Natur

SCHWÄBISCH GMÜND | Serie Pharma & Arznei (2)



Foto: Michael Peuckert/Weleda

Foto: Sabine Geschwill

**In der Natur zu Hause: Weleda in Schwäbisch Gmünd.**

Neben Naturkosmetik ist Weleda bekannt für rund 1000 Arzneimittel der anthroposophischen Therapierichtung, basierend auf Natursubstanzen. Für diese gilt wie für alle Arzneimittel die europäische Gesetzgebung, die jedoch die EU-Länder unterschiedlich ausgestalten. Während in Deutschland das Arzneimittelgesetz solche »besonderen Therapierichtungen« explizit aufführt und die gesetzliche Krankenversicherung die Behandlungskosten zum Teil erstattet, hat Frankreich seit Jahresbeginn jegliche staatliche Kostenübernahme komplett gestrichen. »Diese uneinheitliche Sicht beeinflusst unser Arzneimittelgeschäft«, schildert Betriebsratsvorsit-

zender Gunther Pfeifer das Spannungsverhältnis.

Das Beispiel zeigt, wie sehr längst nicht nur große, forschende Pharmakonzerne von politischen Vorgaben abhängig sind. »Dabei steht Baden-Württemberg wie kaum ein anderes Bundesland für die Vielfalt von Pharma und Arznei«, kommentiert Landesbezirksleiterin Catharina Clay. »Zu Recht, denn Patient\*innen möchten selbst bestimmen, welche Behandlungsmöglichkeiten sie nutzen.«

Während für manche anthroposophisch ausgerichtete Unternehmen ein gewerkschaftlicher Betriebsrat nicht ins Konzept passt, ist das bei Weleda anders: »Wir leben eine echte Sozialpartnerschaft«, betont Betriebsratsmitglied Reinhard Mangold. »Das Unternehmen sieht die Vorteile eines Tarifvertrages, der vieles regelt und mit seinen Leistungen ein echter Standortvorteil ist.« Die jüngsten Erfolge der IG BCE, wie Zukunftskonto und Pflegezusatzversicherung, gewährt Weleda sogar allen außertariflich Angestellten. »Auch das passt zur Anthroposophie.«

*Axel Stefan Sonntag*

## SERIE

### »PHARMA & ARZNEI«

- 7+8/2021: Auftaktartikel
- 9/2021: **Phytopharmaka**
- 10/2021: Generika
- 11/2021: Forschende Arzneimittelhersteller
- 12/2021: Homöopathie
- 1/2022: Lohnfertiger
- 2/2022: Medizintechnik
- 3/2022: Labordienstleister



## 4 Fragen an Tina Krabkrantham

Die Vorsitzende der Jugendvertretung von Roche Mannheim ist **neues Mitglied im Bundesjugendausschuss (Buja).**

### Warum hast du für den Buja kandidiert?

Weil ich mit anderen motivierten Menschen zusammenarbeiten möchte, um so gemeinsam das Bestmögliche für die Jugend herauszuholen. Und weil ich die Themen, die mir wichtig sind, in diesem Ehrenamt voranbringen kann.

### Welche sind das?

Wir müssen die duale Ausbildung zukunftssicher machen. Dazu gehört zum Beispiel, dass Berufsschulen – im besten Fall – nicht nur »digitale Vorzeigeräume« haben, sondern insgesamt in einem guten Zustand sind. Azubis bei kleinen und mittelständischen Betrieben müssen dieselben Ausbildungsbedingungen haben wie die in großen Konzernen – ich denke da zum Beispiel an die Ausstattung mit Tablets. Dafür dürfen nicht die privaten Geräte herhalten! Last but not least sind mir Gleichbehandlung und Respekt aller Lebens- und Partnerschaftsformen sehr wichtig.

### Was können Betriebe und Betriebsräte da noch tun?

Mit Diversity und Inklusion werben gerne die Arbeitgeber – Betriebsräte und Jugendvertreter\*innen könnten diese Karte noch viel stärker spielen. Im Arbeitsalltag gibt es noch immer zu viele »Mikroaggressionen«, die oftmals auf unbewussten Fettnäpfchen oder mangelnder Sensibilisierung beruhen. Wir brauchen da mehr Aufklärung! Wenn es in Mitbestimmungsgremien feste Arbeitsgruppen für Datenschutz gibt, dann sollte es diese auch für Diskriminierung geben.

### Bei Roche begannen rund 80 neue Azubis.

#### Wie begrüßt ihr sie?

Innerhalb der Einführungswoche präsentieren wir uns als Jugendvertretung und zeigen, wie wir uns für die jungen Leute engagieren. Auch die IG BCE gehört zum festen Teil unserer Vorstellung. Je nachdem, was die Pandemie zulässt, wird es entweder eine große Versammlung für Jugendliche und Auszubildende geben oder teilweise virtuelle Treffen. Unsere virtuellen Cafés, die wir regelmäßig und während der Arbeitszeit veranstalten, wurden super angenommen.

NAMEN & NACHRICHTEN

## Neu im Team: Bianca Zahn

**AUGSBURG** | Seit 1. Mai 2020 absolviert Bianca Zahn das Traineeprogramm bei der IG BCE. Beenden wird die 28-jährige gelernte Chemielaborantin dieses im IG-BCE-Bezirk Augsburg. Dort wird sie im Anschluss ab 1. November als Gewerkschaftssekretärin tätig sein. Zuvor arbeitete Bianca Zahn für



Foto: PicturePeople

einen Kosmetikhersteller in Georgensgmünd südlich von Nürnberg. Dort war sie im Betriebsrat aktiv und setzte sich vor allem für die Interessen der Auszubildenden, Frauen und Schichtarbeiter\*innen ein. Bereits zu dieser Zeit engagierte sie sich ehrenamtlich im Frauenforum der IG BCE in Nürnberg und im dortigen Bezirksjugendausschuss.

Als Gewerkschaftssekretärin will sie den Menschen in ihrem Bezirk ihre individuellen Möglichkeiten und Chancen aufzeigen und gemeinsam mit ihnen die Zukunft gestalten.

## Neuer JAV- und Jugendreferent

**MÜNCHEN** | Der IG-BCE-Bezirk München freut sich, Marcel Klück als neuen JAV- und Jugendreferenten begrüßen zu dürfen. Der gebürtige Hamburger verstärkt das Team um Bezirksleiterin Astrid Meier im Bereich der Jugendarbeit. Der 25-Jährige fungiert als Ansprechpartner für alle Arbeitnehmer\*innen bis einschließlich 27 Jahre und betreut die Funktionär\*innen, die für die Jugendarbeit zuständig sind.

Für die Referentenstelle, die er am 1. Juni begonnen hat, ist Marcel Klück von Berlin nach München gezogen. »Es ist für unseren Bezirk, in dem die Jugend- und JAV-Arbeit eine große Rolle spielt, ein großer Gewinn, einen unterstützenden Referenten wie ihn mit an Bord zu haben. Seine Erfahrung aus einer kaufmännischen Ausbildung wird er hervorragend für die neuen Herausforderungen nutzen können«, freut sich Astrid Meier. Die Bezirksleiterin weiter: »Wir sind davon überzeugt, dass Marcel mit Tatkraft und norddeutscher Ruhe das Team in den nächsten zwei Jahre unterstützen und bereichern wird.«

## »Wir lassen uns nicht verkohlen«

**ZIEMETSHAUSEN** | Zu einer tarifpolitischen Brotzeitpause lud der IG-BCE-Bezirk Augsburg die Beschäftigten von Geiger Automotive in Ziemetshausen ein. Beim Aktionstag Mitte Juli stand der Erhalt der Arbeitsplätze im Mittelpunkt. IG-BCE-Bezirksleiter Torsten Falke ging es darum, die Beschäftigten über den aktuellen Stand beim Automobil-Zulieferer zu informieren. Unter dem Motto »Wir lassen uns von der Geschäftsführung nicht verkohlen« forderten IG BCE und Betriebsrat den Eigentümer auf, stärkeres Engagement für die Veräußerung des Standortes an einen geeigneten Investor zu zeigen und tragfähige Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen.

# Einigungsstelle beendet

**PEIßENBERG/PEITING** | IG BCE erstreitet Sozialplan

Die Agfa-Standorte in Peiting und Peißenberg werden teilweise beziehungsweise komplett geschlossen. Rund 140 Beschäftigte sind von den Umsetzungsplänen betroffen. »Wir halten die Schließung des Standorts Agfa Peiting und die Teilstilllegung des Betriebs in Peißenberg weiterhin für falsch«, kritisiert IG-BCE-Betriebsbetreuer Stefan Plenk. Nach vier Verhandlungsrunden in der Einigungsstelle (**KOMPAKT** berichtete) konnte im Juli in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat zumindest ein gut dotierter Sozialplan und eine für die Mitarbeiter\*innen attraktive Transfergesellschaft erstritten werden.

**DER EINIGUNGSSTELLE** ging ein monatelanges Ringen zwischen Betriebsrat, IG-BCE-Bezirk München und Arbeitgeber voraus, bei dem die Vertretung der Arbeitnehmer\*innen standhaft versucht hat, die Entscheidung zur Schließung abzuwenden. Verschiedene Vorschläge des Betriebsrats und der IG BCE zur Rettung von Arbeitsplätzen wurden vom Arbeitgeber ausgeschlagen. »Wir konnten die Entlassungen leider nicht verhindern. Durch unser hartes Verhandeln ist es uns aber gelungen, gute Rahmenbedingungen zu erreichen, damit die größten Härten der Entscheidung zumindest abgemildert werden«, so Stefan Plenk weiter.

Vor allem am Standort Peiting, der bis Ende 2022 komplett geschlossen werden soll, trifft es viele der 50 Beschäftigten hart. »Wir sind am Standort überwiegend

hoch spezialisierte Mitarbeiter\*innen und gehen davon aus, dass es zum Beispiel unsere Feinoptiker\*innen schwer haben werden, etwas Neues zu finden«, gibt Roland Ammersinn, Agfa-Betriebsratsvorsitzender in Peiting zu bedenken. Hinzu kommen das hohe Durchschnittsalter und die Auswirkungen der Coronapandemie. Mit dem Sozialplan und der Transfergesellschaft sei es immerhin gelungen, für den älteren Teil der Belegschaft, Zeit zu gewinnen und einigen eine Brücke in die wohlverdiente Altersrente zu bauen.

**AM STANDORT** in Peißenberg ist zudem eine Teilstilllegung in der Produktion geplant, von der circa 90 Beschäftigte betroffen sind. »Gemeinsam mit der IG BCE und unseren externen Berater\*innen haben wir es zumindest geschafft, die Abfindungssummen zu erhöhen und die Transfergesellschaft zu bekommen«, unterstreicht der Peißenberger Betriebsratsvorsitzende Manfred Unger. Jetzt gehe es vor allem darum, die verbleibenden Arbeitsplätze zu sichern, die Maßnahmen kritisch zu begleiten und die Mitarbeiter\*innen bei ihrem schweren Gang zu unterstützen.

Genau dies geschieht durch das Team des IG-BCE-Bezirks München. Der betreuende Gewerkschaftssekretär Stefan Plenk betont: »Wir setzen uns für die Beschäftigten an den Agfa-Standorten ein und werden dies natürlich auch während und nach den Entlassungswellen weiterhin tun.«

Michael Knies

# Neue Module im Kompetenzzentrum igbce.pro

**BAYERN** | QuickStart Vertrauensleute, BeTrifftEuch, #kurzknappklarekante



ben den bekannten Formaten haben wir einige neue Angebote erstellt und freigeschaltet, die unseren Weg als Mitglieder-gewerkschaft der Zukunft unterstützen und begleiten«, betont Nathalie Frohwein, die für Bildung zuständige IG-BCE-Gewerkschaftssekretärin in Bayern.

QuickStart Vertrauensleute, BeTrifftEuch, #kurzknappklarekante – hinter diesen Begriffen stehen drei neue und innovative Formate auf igbce.pro, dem digitalen Kompetenzzentrum der IG BCE Bayern. Diese erweitern das umfangreiche und kostenlose Angebot für die Gewerkschaftsmitglieder im Freistaat, um ihr Wissen und ihre persönlichen Kompetenzen auszubauen. »Ne-

Das Modul QuickStart Vertrauensleute richtet sich an alle neu gewählten Vertrauensleute und diejenigen, die an der Vertrauensleute-Arbeit interessiert sind. Der informative und kurzweilige Selbstlernkurs will eine erste Orientierung bieten. Dazu gehören wertvolle Infos, Tipps und interessante Kompetenzbausteine. Die gesamte Dauer

beträgt circa zwei bis drei Stunden. Eine Unterbrechung ist jederzeit möglich und am Ende winken eine kleine »Abschlussprüfung« sowie ein Zertifikat.

Unter dem Motto BeTrifftEuch findet monatlich ein Live-Chat mit Landesbezirksleiterin Beate Rohrig statt. Hier haben igbce.pro-Mitglieder die Möglichkeit, themenbezogenen Fragen zu stellen und gemeinsam zu diskutieren. Die Themen (beispiels-

weise Vertrauensarbeitszeit) wechseln monatlich, gelegentlich gibt es eine offene Fragestunde.

Viele Themen in der gewerkschaftlichen Arbeit sind kompliziert. Manche lassen sich aber auch einfach erklären. Genau das möchte die Rubrik #kurzknappklarekante: Mitglieder des IG-BCE-Teams erklären in kurzen Videos, was es mit bestimmten Begriffen und Sachverhalten auf sich hat.

*Michael Knies*

## JETZT AUF IGBCE.PRO REGISTRIEREN

Unter dem Link [igbce.pro](https://www.igbce.pro) ist das digitale Kompetenzzentrum der IG BCE Bayern zu finden. Registrieren können sich auf dem Online-Portal nur Mitglieder. Dies geht entweder mit der Mitgliedsnummer oder dem Geburtsdatum. Innerhalb weniger Werkzeuge wird der Zugang freigeschaltet und das Mitglied kann das komplette Bildungsangebot nutzen. Weil das Angebot nur für Mitglieder offen ist, wird es immer kostenlos bleiben.

# Tariferhöhung bei Remondis Süd

**AUGSBURG/WESLING** | Beschäftigte bekommen 2,5 Prozent mehr Entgelt



Die Beschäftigten der Remondis Süd GmbH in den Niederlassungen Augsburg und Weßling erhalten seit 1. August 2,5 Prozent mehr Entgelt. Neu im Geltungsbereich des

verbandsbezogenen Haustarifvertrages ist der Standort Augsburg-Lechhausen. Hier hatte Remondis erst unlängst die Erich Rada GmbH übernommen. »Deren rund 120 Be-

schäftigte genießen nun auch die Vorteile der IG-BCE-Tarifverträge«, freut sich Torsten Falke, IG-BCE-Bezirksleiter in Augsburg. Da diese 2021 laut Geschäftsführung bereits vor der Aufnahme in den Tarifvertrag bis zu 15 Prozent Entgeltzuwächse erhalten haben, wird die Tariferhöhung um 2,5 Prozent für diese Niederlassung erst zum 1. Januar 2022 wirksam.

»Insgesamt ist das ein gelungener Kompromiss«, so Ursula Kruzell, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Remondis Süd GmbH. Neben den Tariferhöhungen steht zudem noch ein JobRad-Angebot im Rahmen

der Gesundheitsförderung seitens der Geschäftsführung im Raum. Auch hierfür haben die Tarifvertragsparteien den Weg geebnet: So kann ein gedeckelter Betrag aus den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) dafür verwendet werden. Ausgeschlossen bleibt allerdings, dass aus dem normalen tariflichen Monatsentgelt ein Fahrradleasing finanziert werden kann. Dies ist nach Ansicht der IG BCE nach wie vor ein Tabubruch. Torsten Falke betont: »Wir können nicht von einer Rentenlücke reden und dann diese auch noch tarifvertraglich vergrößern.«

NAMEN & NACHRICHTEN

## Maria Soell stellt Insolvenzantrag

**NIDDA** | Bangen um die rund 70 Arbeitsplätze bei Maria Soell: Das Unternehmen hat im Juli für seine drei Gesellschaften Insolvenz beantragen müssen. Betroffen sind die Maria Soell GmbH, die Maria Soell Technology Films GmbH und die Maria Soell Holding GmbH. Am 15. Juli hat das Amtsgericht Friedberg einen vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt. Der prüft nun, ob der Betrieb weitergeführt werden kann oder die Gesellschaften abgewickelt werden. Das Ergebnis der Prüfung war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt, wird aber für Ende August erwartet.

»Die Belegschaft der Maria Soell ist enttäuscht und sauer«, heißt es in einem Schreiben des Betriebsrats, das der IG BCE vorliegt. »Die letzten Monate in dem Unternehmen waren aufgrund der angespannten finanziellen Lage und der anderthalbjährigen Kurzarbeit von Frustration und Ärger geprägt.« Das Gremium kritisiert, dass das Unternehmen trotz einer Insolvenz in Eigenregie im Jahr 2015 immer weiter in Schieflage geraten sei.

Die finanziellen Mittel bei Maria Soell seien so knapp, dass dem Betriebsrat mangels Liquidität kein Rechtsanwalt als Berater genehmigt worden sei, sagt Alexander Wiesbach, der als Gewerkschaftssekretär im Bezirk Mittelhessen das Unternehmen betreut. Trotzdem gebe es Interessenten für eine Übernahme einzelner Gesellschaften. »Wir haben die Hoffnung, dass es auf irgendeine Art und Weise weitergehen wird.«

## Hubertus Heil bei Wiegand-Glas

**SCHLEUSINGEN** | Bei einem Besuch von Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, bei Wiegand-Glas haben Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter aus dem IG-BCE-Bereich Thüringen mit ihm über die Situation in der Glasindustrie gesprochen. Themen waren unter anderem die Attraktivität von Schichtarbeit, der Bedarf an Fachkräften in der Branche sowie Qualifizierung und Weiterbildung. »Kritisch sehen wir den Trend, dass Arbeitsplätze in der Industrie, noch dazu in Wechselschichten und an Wochenenden, dem Zukunftsmodell der jungen Generation nicht mehr entsprechen«, sagt dazu Andreas Schmidt, Leiter des Bezirks Thüringen. »Dabei kann man gerade in diesen Berufsfeldern eine sehr gute berufliche Entwicklung durch entsprechende Qualifizierung erreichen und gleichzeitig für die Gesellschaft einen starken Beitrag leisten.«

Nikolaus Wiegand, der Geschäftsführer von Wiegand Glas, wies bei dem Besuch auf Punkte hin, die aus seiner Sicht für die Zukunft des Unternehmens wichtig sind. Dazu gehören die Versorgungssicherheit mit Energie, die Fachkräftesituation und die Schienenanbindung des Standorts. Organisiert hatte das Treffen die Landtagsfraktion der Thüringer SPD.

## Gemeinsam stark

**WIESBADEN** | Austauschtreffen der Werkfeuerwehren



Foto: Merck

### Die Werkfeuerwehr bei Merck.

Beim ersten Austauschtreffen zur Vernetzung der Werkfeuerwehren im Landesbezirk Hessen-Thüringen haben knapp 20 Kolleg\*innen aus neun Unternehmen über ihre Erfahrungen gesprochen. Zu dem virtuellen Treffen schalteten sich am 21. Juli fachkundige Mitglieder der Werkfeuerwehren, Vertrauensleute und Betriebsräte zusammen.

Michael Reinhart, zuständiger Landesbezirkssekretär, freut sich: »Der hervorragende Zu-

spruch aus den Wehren bestätigt das besondere Interesse an den Themen der Feuerwehren. Insbesondere die Organisation der 24-Stunden-Dienste, die Eignung zum Feuerwehrdienst und die Entgeltgestaltung sind Themen, die durch den Austausch positiv entwickelt werden sollen.«

Auf Basis des Austauschs im Landesbezirk soll auch die Vernetzung mit dem Bundesarbeitskreis der Werkfeuerwehren intensiviert werden.

## Kunststofftechnik Nobitz vor dem Aus

**NOBITZ** | Das Werk des Luftfahrtzulieferers Kunststofftechnik Nobitz (KTN) am Altenburger Flughafen steht vor dem Aus: Nach Informationen der IG BCE wollen es die Eigentümer bis Ende 2022 schließen. Der Betriebsrat verhandelt mit Unterstützung der IG BCE einen Interessenausgleich und Sozialplan. KTN stellt unter anderem Bauteile für den Flugzeughersteller Airbus her. Laut Andreas Schmidt, Leiter des Bezirks Thüringen, ist der Umsatz um mehr als 80 Prozent eingebrochen. Schwierigkeiten hatte es bereits vor der Coronapandemie gegeben. Durch den Einbruch in der Luftfahrtbranche im Jahr 2020 wurden diese

dann verschärft. Bereits ab November 2019 hatte KTN massiv Arbeitsplätze abgebaut. So arbeiteten dort im Sommer 2019 rund 380 Menschen, derzeit sind es etwa 170.

Andreas Schmidt sieht den Mutterkonzern in der Pflicht. KTN gehört seit 2011 zu Hutchinson Aerospace. »Wir wollen ein ordentliches Paket für die Beschäftigten, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren«, sagt er. Dazu gehört eine Transfergesellschaft, die die Beschäftigten qualifizieren und auf neue Arbeitsplätze vermitteln soll. Zudem will die IG BCE mit dem Unternehmen noch einmal Tarifverhandlungen aufnehmen.

# Bessere Qualifizierung

**WIESBADEN** | Sozialpartner unterzeichnen Vereinbarung

Rund 60 Teilnehmer\*innen haben sich am 29. Juni zur Sozialpartner-Werkstatt für Innovation und Nachhaltigkeit (So.WIN) zusammengeschalet. Thema der Veranstaltung war »Qualifizierungsoffensive Chemie – Gemeinsam für mehr und bessere Qualifizierung«. Bei der Veranstaltung unterzeichneten die drei Kooperationspartner IG BCE, HessenChemie und Bundesagentur für Arbeit eine Vereinbarung für mehr und bessere Qualifizierung in der chemischen Industrie.

Im Rahmen der »Qualifizierungsoffensive Chemie« in der Pilotregion Hessen wollen die Chemie-Sozialpartner mit Unterstützung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Unternehmen unterstützen, Transformationsprozesse vorausschauend und erfolgreich für den Standort umzusetzen. Grundlage ist die auf Bundesebene im Tarifpa-

ket 2019 vereinbarte Qualifizierungsoffensive Chemie.

In einer Diskussionsrunde beschäftigten sich IG-BCE-Landesbezirksleiterin Sabine Süpke, HessenChemie Geschäftsführer Dirk Meyer und Frank Martin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, mit dem Thema Qualifizierung. »Weiterbildung ist der Schlüssel für erfolgreiche Unternehmen mit qualifizierten Mitarbeiter\*innen«, sagte Sabine Süpke. »Für meinen Geschmack richten viele Unternehmen immer noch zu wenig Aufmerksamkeit auf das Thema Weiterbildung.« Wichtig sei, die Menschen zu motivieren. Und das Angebot müsse passgenau sein.

Dirk Meyer sagte, er wünsche sich, dass die Initiative Beweglichkeit erzeuge. Bei den Unternehmen und bei den Beschäftigten.



Foto: IG BCE

## 4 Fragen an Michael Reinhart

Der Fachsekretär im Landesbezirk Hessen-Thüringen zur Qualifizierungsoffensive.

### Warum brauchen wir die Qualifizierungsoffensive?

Die Qualifikationen für einen Beruf haben sich immer schon entwickelt. Und die Leute haben sich weitergebildet – in der Regel, um eine bessere Stelle zu bekommen. Durch den demografischen Wandel und die Digitalisierung hat sich das Thema aber zugespitzt: Die Menschen sind länger im Erwerbsleben. Und die Technik entwickelt sich rasant. Heute geht es nicht mehr nur darum aufzusteigen, sondern darum, die Fähigkeiten zu haben, einen Beruf weiterhin ausüben zu können.

### Was ist konkret geplant?

Im Tarifabschluss haben wir drei Elemente benannt: Der »Future Skills Report« analysiert die Nachfrage am Arbeitsmarkt und benennt die Fähigkeiten, die in der Chemie an Bedeutung gewinnen. Die Betriebe bekommen ein Computerprogramm (Pythia) zur Verfügung gestellt, mit dem sie eine Qualifikationsanalyse machen können. Und über die Agentur für Arbeit stehen Beratungsleistungen zur Verfügung.

### Der »Future Skills Report« ist bereits erstellt.

#### Was sind darin die wesentlichen Punkte?

Es gibt Verschiebungen in den Anforderungen. In vielen Bereichen wird die Arbeitswelt digitaler. Spezialist\*innen etwa in Datenauswertung und -verarbeitung sind stärker nachgefragt. Aber auch Laborant\*innen und Chemikant\*innen brauchen intensivere digitale Kenntnisse. Interessant ist, dass auch die Bedeutung von Soft Skills stark gestiegen ist. Die Unternehmen brauchen Leute, die Lösungsansätze haben und über den Tellerrand hinausschauen können.

### Worauf kommt es jetzt an?

Wir wollen nun Unternehmen finden, wo wir das Verfahren ausprobieren können. Wichtig ist, dass wir die Betriebsräte einbinden. Sie haben die Möglichkeit, den Prozess in ihren Betrieben mitzugestalten – etwa Qualifizierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Die Unternehmen müssen prüfen, wo sie steuern müssen. Um sie dafür zu sensibilisieren, haben wir als Kooperationspartner HessenChemie und die Agentur für Arbeit mit im Boot.

## Klausurtagung des LBJA



Foto: Anton Melament

**STEINBACH** | Zum ersten Mal haben sich die Mitglieder des neuen Landesbezirksjugendausschusses (LBJA) persönlich getroffen. Bei ihrer Klausurtagung vom 30. Juli bis zum 1. August berieten sie unter anderem, wie sie mit den Beschlüssen der Landesbezirksjugendkonferenz umgehen wollen und legten Schwerpunkte ihrer Arbeit für die kommenden Jahre fest.

NAMEN & NACHRICHTEN

## Die Angst bleibt

**PEINE** | Nachdem der Schulartikelhersteller Pelikan die Juni-Entgelte und die Jahresleistung aus 2020 der rund 230 Beschäftigten nicht rechtzeitig ausgezahlt hat, haben diese in einer »politischen Mittagspause« Ende Juni ihren Unmut deutlich gemacht. Die Zahlungen seien mittlerweile überwiesen, doch die Angst der Kolleg\*innen bleibe, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Walter Dettmer.

Seit mehreren Jahren verzichten die Mitarbeiter\*innen bereits auf Teile ihres Tarifentgelts. Anfang Juni kündigte der Unternehmenseigner zudem den seit 2014 bestehenden Rahmensozialplan. »Die Verhandlungen zur Sicherung des Standorts wurden von der Unternehmensführung abgebrochen«, kritisiert Walter Dettmer. Nun hoffe er auf Wiederaufnahme – unterstützt von Gewerkschaft und Politik.



Foto: Kai-Uwe Knoth

## Unterstützung für Jugendarbeit

**HANNOVER** | Der Bezirk Hannover verstärkt seine Jugendarbeit: Als neuer JAV- und Jugendreferent möchte Philipp Hoß Auszubildende für die IG BCE gewinnen. »Viele Jugendliche teilen die gewerkschaftlichen Werte wie Solidarität, Toleranz und Gemeinschaft. Daran möchte ich anknüpfen. Ich freue mich darauf, mit Gleichaltrigen über Themen zu sprechen, die unsere Generation bewegen«, so der 23-jährige Politikwissenschaftler, der für die kommenden zwei Jahre auch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in den Betrieben unterstützen wird.



Foto: Privat

## Tarifabschluss erzielt

**SPRINGE** | Nach einem zähen Verhandlungsmarathon wurde Mitte Juli für die rund 500 Beschäftigten des Pharmaunternehmens Octapharma ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Der sieht unter anderem vor, die Entgelte um 2,75 Prozent, mindestens jedoch um 85 Euro, zu erhöhen. »Das bedeutet für die unteren Entgeltgruppen bis zu 3,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von zwölf Monaten«, berichtet Verhandlungsführerin Lina Ohlmann. Hinzu kommt eine deutliche Erhöhung des Urlaubsgeldes. Eine »gute Grundlage für die Annäherung an den Flächentarifvertrag« nennt Stefan Vögtel, Vorsitzender der Vertrauensleute, den Abschluss. Wichtiges Signal sei die erhebliche Steigerung der Ausbildungsentgelte. »Damit wird es leichter, Auszubildende zu finden und zu halten.«

# Abwärtstrend gestoppt

**HANNOVER** | Im Norden wieder mehr Ausbildungsplätze



Foto: Leonie Koch

**Der Landesbezirksvorstand Nord macht sich für mehr Ausbildungsplätze stark.**

Entgegen dem Bundestrend konnte der Abwärtstrend auf dem Ausbildungsmarkt im Norden gestoppt werden: Mit 1666 Stellen bieten die IG-BCE-Unternehmen im Landesbezirk Nord aktuell exakt dieselbe Anzahl wie 2019 an. Im Vorjahr war es aufgrund der Corona-Pandemie zu einem Einbruch um 150 Plätze gekommen. Das berichtet die zuständige Jugendsekretärin Leonie Koch zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres Anfang August. »Die Unternehmen im Norden haben realisiert, dass sie auf die Ausbildung von Fachkräften angewiesen sind und versuchen nun, die entstandenen Lücken wieder zu füllen«, so Leonie Koch. Bundesweit dagegen sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen erneut, sodass in den zwei Corona-Jahren ein Minus von zehn Prozent zu verzeichnen ist.

Doch mit der Auswahl der Bewerber\*innen tun sich viele Betriebe augenscheinlich schwer. So sind nach In-

formationen des Landesbezirks bisher etwa 85 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze besetzt. Angeblich fehle es an geeigneten Bewerber\*innen, so Leonie Koch. »Wir beobachten, dass Abiturient\*innen sich eher für ein Studium entscheiden. Viele Unternehmen hatten vor allem auf diese Auszubildenden gesetzt und dabei

verlernt, sich auf ihr eigentliches Klientel, nämlich Jugendliche mit erstem oder mittlerem Schulabschluss, einzustellen.«

Um das zu verhindern, hat die Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung (KJAV) der Continental AG die Geschäftsführungen an den Standorten aufgefordert, die »Anforderungen an Bewerber\*innen nach unten zu schrauben«, bestätigt ihr Vorsitzender Sascha Stampfer. »Auszubildende ohne Abitur werden sich in der Regel langfristig an das Unternehmen binden – und sind damit Leute für die Zukunft.«

Bei Continental haben sich Geschäftsführung und Konzernbetriebsrat im vergangenen Jahr geeinigt, bis 2023 jährlich 612 Ausbildungsplätze anzubieten, 89 allein in Hannover. »Wir sind zuversichtlich, die Ausbildungsplätze für den Standort Hannover auch besetzen zu können«, sagt Tim Winkler, Referent des Konzernbetriebsrats.

# Nachdruck verliehen

**HAMBURG** | Beschäftigte von IBL International streiken

Mit einem zweitägigen Warnstreik verliehen die Beschäftigten des Diagnostikherstellers IBL International Ende Juli ihrer Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrags Nachdruck. »Wir sehen uns zu dem Schritt gezwungen, weil IBL-Management und die Schweizer Eigentümer seit vier Jahren ernsthafte Gespräche verweigern«, sagt Tarifkommissionsmitglied Frederick Tomasic. Ein zuvor gestelltes Ultimatum der Tariff Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen hatte das Management mit Verweis auf die vakante Stelle der Geschäftsführung abgelehnt.

Als Entgegenkommen, so Gewerkschaftssekretärin Ute

Sierck, forderten Gewerkschaft und Beschäftigte zunächst die verbindliche Zusage, dass in den kommenden sechs Monaten Verhandlungen aufgenommen werden, sowie eine Entgelterhöhung von 100 Euro als Ausgleich für die Wartezeit. Langfristig sollen nach dem Willen der rund 120 Beschäftigten faire und transparente Entlohnungsstrukturen vereinbart werden. »Wir erleben eine hohe Fluktuation, weil den Kolleginnen und Kollegen keine Perspektiven geboten werden«, erläutert Frederick Tomasic. Die Beschäftigten seien entschlossen, »sich nicht länger an der Nase herumführen zu lassen und ihre Forderungen durchzusetzen«.

Foto: IVZ



## 3 Fragen an Marion Hackenthal

Die frisch gewählte Bezirksleiterin in Ibbenbüren über die zukünftige Bezirksarbeit.

### Welche neuen Akzente wirst du ab November als neue Bezirksleiterin setzen?

Am Bezirk Ibbenbüren beeindruckt mich die tolle Mitgliederentwicklung in den vergangenen zehn Jahren. Die Mitgliederzahlen unter den Betriebstätigen sind kontinuierlich gestiegen. Das spricht dafür, dass alle Beteiligten im Bezirk sehr gute Arbeit leisten. Ich setze auf Kontinuität. Einen starken Akzent werde ich auf die Vertrauensleutearbeit setzen. Ich möchte, dass wir in mehr Betrieben Vertrauensleutkörper wählen. Nächstes Jahr stehen die Betriebsratswahlen an. Erfolgreich sind wir, wenn wir es schaffen, die neu gewählten Betriebsrät\*innen von der IG BCE zu überzeugen.

### Du hast bisher die Abteilung Frauen/Gleichstellung geleitet. Wie werden deine Erfahrungen in die Bezirksarbeit einfließen?

Ich bin Überzeugungstäterin und deshalb nehme ich die Themen aus der Abteilung Frauen/Gleichstellung mit. Ibbenbüren ist ein Bezirk mit einem eher niedrigen Frauenanteil an den Beschäftigten, dieser liegt bei etwa 22 Prozent. Ich möchte gerne in Gespräche gehen, wie der Anteil beschäftigter Frauen insgesamt erhöht werden kann und wie wir mehr Frauen für die IG BCE gewinnen. Mein Wunsch für die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr ist, mit den Funktionär\*innen zu reden und zu klären, wie wir auch in den Betriebsräten den Anteil der Frauen erhöhen.

### Der Bezirk befindet sich mit Ende des Steinkohlenbergbaus noch immer in einem gewaltigen Transformationsprozess. Wo siehst du ihn in fünf Jahren?

Unsere gesamten Branchen sind hinsichtlich der Energiewende im Transformationsprozess. Der politische Wille, in Zukunft ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Quellen zu produzieren, betrifft unsere Industrien. Auch die Energieversorgung ist ein großes Thema. Ich bin überzeugt, dass der Bezirk einen Beitrag leisten kann, die Energiewende positiv zu gestalten. Wir sind in der Lage, Alternativen zur Verarbeitung von fossilen Rohstoffen zu schaffen. So befinden wir uns in verschiedenen Unternehmen im Gespräch mit der Politik über grüne Wasserstoffproduktion.



Foto: IG BCE Nord

## CareFlex vorgestellt



Foto: Sabine Maass



Foto: Thorsten Dose

**BRUNSBÜTTEL/KIEL** | Zum Start von CareFlex Chemie am 1. Juli haben die Betriebsräte von Covestro in Brunsbüttel (Foto links) und KVP in Kiel (Foto rechts) ihre Kolleg\*innen über Ablauf und Vorteile der neuen Pflegeversicherung informiert.

## TARIFMELDUNGEN

**SAXONIA EDELMETALLE GMBH:** 300 Euro Mitgliederbonus zum 01.04.2021, Entgelte steigen um 1,3 Prozent zum 01.07.2021, zwischen 70 und 120 Euro auf die Entgeltgruppen zum 01.07.2021 (weitere Angleichung in Richtung Fläche Chemie), Erhöhung Schichtzulagen und Jahresleistung  
**AEL APPARATEBAU GMBH LEISNIG:** Erhöhung der Monatsvergütungen ab 01.05.2021 und 01.05.2022 um jeweils 45 Euro, Erhöhung der Azubivergütungen ab 01.05.2021 und 01.05.2022 um jeweils 23 Euro

**E.ON ENERGIE DIALOG GMBH:** Corona-Bonus in Höhe von 1000 Euro, Erfahrungskomponente für langjährig Beschäftigte nach 7 Jahren inklusive gültiger Gewerkschaftsmitgliedschaft: 1 Tag Urlaub; Erfahrungskomponente für langjährig Beschäftigte nach 10 Jahren inklusive gültiger Gewerkschaftsmitgliedschaft: 2 Tage Urlaub

**AGC F|GLASS GMBH:** Einführung Entgelt- und Entgelttarifvertrag, schrittweise Angleichung der Entgelte auf das Flächenniveau Glas Ost bis Oktober 2021, bis Ende 2025 Anhebung der restlichen Flächenbedingungen

**BA GLASS GMBH:** Corona-Bonus in Höhe von 400 Euro, Erhöhung der Entgelte schrittweise bis 01.07.2024 auf 100 Prozent der Fläche Glas Ost, schrittweise Anpassung Weihnachtsgeld auf 80 Prozent bis 2025

**DBI GAS- UND UMWELTECHNIK GMBH:** Erhöhung der Entgelte zum 01.07.2021 um 1,5 Prozent und zum 01.07.2022 um weitere 2,5 Prozent, 32 Tage Urlaub ab 2021

**E.DAT GMBH:** Übernahme der Tarifierhöhung für die Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt zum 01.06.2021 um 2,3 Prozent und ab dem 01.11.2022 um weitere 1,5 Prozent, ebenso Erhöhung der Jahressonderzahlung für 2021 um 2,3 Prozent und für 2022 um weitere 1,5 Prozent, Corona-Bonus 600 Euro

**GEOMIN-ERZGEBIRGISCHE KALKWERKE GMBH:** Erhöhung der Stundenlöhne/Gehälter zum 01.06.2021 um 0,50 Euro/90 Euro und zum 01.06.2022 um weitere 0,60 Euro/100 Euro, die Azubivergütungen werden ab dem 01.06.2021 und noch einmal ab dem 01.06.2022 um 50 Euro erhöht, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 40 Euro, Bonuszahlung für 2021 und 2022 zwischen 1000 Euro und 5000 Euro, Corona-Bonus in Höhe von 1250 Euro

**T.A. LAUTA GMBH:** Vom Haustarifvertrag in die Fläche: Überleitungstarifvertrag Entgelt vom Haustarifvertrag in den Flächentarifvertrag des AVEU

**VG-ORTH GMBH:** Erhöhung der Entgelte in zwei Stufen: 2,3 Prozent zum 01.07.2021, 2,3 Prozent zum 01.07.2022, zusätzlich tarifdynamische Erhöhung der Jahresabschlusszahlung

**ABWASSERZWECKVERBAND OBERE RÖDER RADEBERG:** Vergütungserhöhung ab 01.10.2021 um 2,5 Prozent sowie Erhöhungen der Azubivergütungen, ab 2022 erhalten IG-BCE-Mitglieder eine Sonderzahlung von 300 Euro

 **Neuer Mitgliedervorteil: Einkaufen bei Selgros**  
 Weitere Infos unter [www.nordost.igbce.de](http://www.nordost.igbce.de)

# Keine Dumpinglöhne

**BEESKOW/BERLIN |** Tarifeinigung mit dem AKB



Foto: Tobias Wengler

Zusammenarbeit im Verband zurück.«

Darüber hinaus ist es mit starker Unterstützung der Beschäftigten gelungen bei der Firma Linpac Packaging Rigid in Beeskow einen Ergänzungstarifvertrag

Nach monatelangem Stillstand, Protest-Kundgebungen und gezielten Arbeitskämpfen ist es der IG BCE gelungen, für die rund 2000 Beschäftigten in Kunststoffbetrieben im AKB (Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Berlin und Brandenburg) eine entscheidende Lohnsteigerung zu erzielen. IG-BCE-Verhandlungsführerin Stephanie Albrecht-Suliak: »Mit dem Ergebnis haben wir ein wichtiges Signal gesetzt. Die stufenweise Umsetzung bis Ende 2023 lässt den Unternehmen zudem Luft zum Atmen. Somit kehren wir mit diesem Tarifabschluss zur

abzuschließen. Dieser Tarifvertrag sieht weitere Entgelterhöhungen für alle Beschäftigten am Standort Beeskow vor. Konkret heißt das: 2400 Euro brutto mehr im Jahr – eine Lohnsteigerung von mehr als zehn Prozent in den unteren Entgeltgruppen. Außerdem erhalten die Beschäftigten eine Erhöhung der Nachtzuschläge sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro netto. Gewerkschaftssekretär Anis Ben-Rhouma (Foto, am Rednerpult): »Das Ergebnis überwindet Dumpinglöhne und trägt der besonderen Entgeltsituation des Unternehmens mit Weststandorten Rechnung.«

## Kretschmer bei Klausurtagung

**DRESDEN/COTTBUS |** Hoher Besuch bei der Klausurtagung des IG-BCE-Bezirks Cottbus im Juni in Dresden (Foto): Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer diskutierte mit den Kolleg\*innen über den Strukturwandel und die

Fördermöglichkeiten des Freistaates. »Wir wollen die Zukunft der Lausitz als Industriestandort sichern. Das geht nur, wenn wir vertrauensvolle Gespräche mit der Politik führen«, freute sich Bezirksleiterin Ute Liebsch über den Besuch.



Foto: Philipp Zirzow

# Willkommen, Azubis!

**NORDOST** | Erfolgreich gegen den Fachkräftemangel

Derzeit beginnt für Tausende junger Menschen der aufregende Start ins Berufsleben – auch hier im Landesbezirk Nordost geht es für viele spätestens am 1. September los. Sie alle haben sich für eine betriebliche Berufsausbildung entschieden und damit die Weichen für ihre berufliche Zukunft erfolgreich gestellt. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen. Außerdem wirken die Auszubildenden damit dem drohenden Fachkräftemangel entgegen.

Auch bei den Azubis ist eine erfolgreiche Mitglieder-

werbung gewünscht. Schließlich gibt es Dank unserer fairen Tarifverträge gute Ausbildungsbedingungen und vor allem eine sehr gute Ausbildungsvergütung. Jede neue Mitgliedschaft ist der Garant dafür, auch für die kommenden Ausbildungsjahrgänge ordentliche tarifliche Erfolge einzufahren.

Auf der Website des Landesbezirks Nordost ist eine direkte Anmeldung über den Button »Werde Teil einer großen Gemeinschaft« möglich.

 Weitere Infos:

[nordost.igbce.de](http://nordost.igbce.de)

Foto: Katrin Schade



## 3 Fragen an Oliver Heinrich

Der Landesbezirksleiter Nordost zu den wichtigsten Themen in den kommenden Wochen.

**Ein spannender Herbst steht uns bevor. Welche Themen beschäftigen dich zurzeit am meisten?**

Nun, ein ganzes Füllhorn! Aber hervorheben möchte ich die Bundestagswahlen am 26. September und die Diskussion um die Covid-19-Impfungen.

**Welche Botschaft hast du zu den Wahlen?**

Ich bitte unsere Mitglieder eindringlich, wählen zu gehen. Wählen heißt Verantwortung zu übernehmen. Jeder Mensch, der wählt, nimmt mit seiner Stimme Einfluss auf die Politik und die Politik wiederum auf wesentliche Fragen unseres Alltags und unserer Arbeit. Wenn ich nicht wählen gehe, verzichte ich darauf, meine eigene Zukunft mitzugestalten. Wer nicht wählt, erleichtert es extremistischen Strömungen, einen größeren Einfluss auf unsere Gesellschaft und die Politik zu bekommen.

**... und welche zum Thema Impfen?**

Ich finde es toll, dass sich durch die Einbindung der Betriebsärzte bereits viele Beschäftigte über ihren Arbeitgeber haben impfen lassen – schnell, sicher und unkompliziert. Die Impfquote der Beschäftigten in unseren Branchen ist sehr gut, was zeigt, dass Impfungen der beste Schutz gegen Covid-19 sind und zugleich der schnellste Weg aus der Pandemie und zurück in ein »normales« gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, helft mit und werbt in eurem familiären Umfeld für die Corona-Schutzimpfung! Und alle Unentschlossenen bitte ich, sich mit ihrem Arzt oder ihrer Ärztin zu beraten. Ich bin mir sicher, dass dadurch viele Bedenken und Fragen ausgeräumt werden können.

Foto: AGV/Nordostchemie e.V./IGBCE



**Gemeinsame Haltung als Chemie-Sozialpartner: Oliver Heinrich und Nora Schmidt-Kessler vom AGV Nordostchemie.**

## »Seid neugierig«

**NORDOST** | Franziska Apelt gibt Azubi-Tipps

Franziska Apelt (19, Foto) aus Dresden ist Auszubildende als Chemikantin und im 3. Lehrjahr bei der Arevipharma GmbH in Radebeul beschäftigt.



Foto: Privat

**Was genau machst du als Chemikantin?**

Im Gegensatz zu Chemielaboranten, die die hergestellten Produkte auf gewisse Merkmale testen, wie zum Beispiel

Korngröße und Reinheit, arbeite ich in der Produktion und stelle Wirkstoffe für Medikamente her.

**Welche Tipps gibst du den neuen Azubis mit auf den Weg?**

Mit Neugier zur Arbeit zu kommen und die Motivation zu haben, Abläufe und Prozesse zu verstehen. Sich trauen, viele Fragen zu stellen, auch wenn man anfangs noch etwas unsicher gegenüber den Arbeitskolleg\*innen ist, ob man sie nervt. Aber die werden einem dafür definitiv nicht den Kopf abreißen.

Interview: Karin Aigner

**Franziska, warum hast du dich für eine Ausbildung entschieden?**

Ich wollte schnell Geld verdienen und unabhängig sein. Außerdem war es mir nach meinem Realschulabschluss wichtig, von der Theorie wegzukommen und etwas Praktisches zu lernen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt enorm.

**War es für dich schwer den richtigen Beruf zu finden?**

Nein, ich fand Chemie schon in der Schule spannend und habe mich einfach umgehört. Außerdem habe ich hier gute Entwicklungsmöglichkeiten.

# Coty schließt Kölner Werk

KÖLN | Transfergesellschaft und Abfindungen für rund 300 Beschäftigte

Was sich schon das ganze Jahr abgezeichnet hat, ist jetzt besiegelt: Der US-Kosmetikkonzern Coty schließt im Juli des kommenden Jahres sein einziges deutsches Parfüm-Werk. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich IG BCE und Betriebsrat mit dem Arbeitgeber auf einen Interessenausgleich und Sozialplan geeinigt. »Für den Betriebsrat war es besonders wichtig, die individuelle Situation aller Beschäftigten zu berücksichtigen, von den Auszubildenden bis zu denjenigen, die kurz vor der Rente stehen«, sagte der Betriebsratsvorsitzende Robert Flesch.

**DEMNACH BEKOMMEN** die Beschäftigten Abfindungen und sollen über eine Trans-



Foto: IG BCE Köln-Bonn

**Im April setzten die Coty-Beschäftigten ein Zeichen im Kampf um ihre Arbeitsplätze: Mit einem Flashmob machten sie auf die fatale Situation aufmerksam und trugen das Unternehmen symbolisch »zu Grab«.**

fergesellschaft in neue Jobs vermittelt werden. »Wir haben sehr hart für diesen Kompromiss gearbeitet«, sagt die stellvertretende Betriebsratsvorsit-

zende Sabine Sadaghiani. Viele Beschäftigte seien seit Jahrzehnten im Unternehmen. Die Pandemie erschwere die Lage am Arbeitsmarkt zusätz-

lich. Einige wenige hätten die Aussicht, zu anderen Coty-Standorten im Konzern zu wechseln, – etwa zum deutschen Hauptsitz in Darmstadt.

**AN DER ENTSCHEIDUNG** zur Standortschließung hänge nicht nur die Zukunft der 300 Beschäftigten, sondern auch die ihrer Angehörigen, sagt Sarah Jansen, Gewerkschaftssekretärin der IG BCE Köln-Bonn. »Bei dem Vorhaben des Arbeitgebers geht es weder um wirtschaftliche Vernunft noch um soziale Verantwortung, sondern um Profitgier. Der Druck, den wir mit der Belegschaft aufgebaut haben, hat dem Betriebsrat den nötigen Rückenwind für die Verhandlungen gegeben.«

## Sicherheit trotz Verkauf

DÜSSELDORF | Vereinbarung geschlossen: Tarifbindungen bleiben bestehen, Betriebsvereinbarungen gelten weiterhin

Der norwegische Konzern Norsk Hydro ASA hat sein Walzgeschäft an die Investmentgesellschaft KPS verkauft. Der neue Name des Unternehmens ist nun Speira. Die Beschäftigten an den deutschen Standorten in Grevenbroich, Bonn, Neuss, Dormagen und Hamburg müssen aber keine gravierenden Veränderungen fürchten.

Die IG BCE hat in ihrer Vereinbarung langfristige Sicherheiten für die rund 4500 Beschäftigten in Deutschland geschaffen und Investitionen in die Zukunft ermöglicht. »Der Schutz der deutschen

Standorte und Kündigungsschutz vor betriebsbedingten Kündigungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren wesentliche Forderungen der IG BCE. Beides haben wir erreicht und langfristig abgesichert«, sagt Manuel Rendla, zuständiger Gewerkschaftssekretär der IG BCE Düsseldorf.

Die Arbeitsplätze an den Standorten sind gegen betriebsbedingte Kündigungen und Standortschließungen abgesichert. Auch die jetzt geltenden Altersvorsorgeeregungen dürfen bis dahin nicht verändert werden. Außerdem gibt es vom Arbeit-

geber die Zusicherung, dass in den nächsten drei Jahren mindestens 225 Millionen Euro in die Standorte investiert werden. Die Vereinbarung sieht auch vor, dass die Tarifbindungen bestehen bleiben und sämtliche Betriebsvereinbarungen weiterhin gelten. Bei neuen grundlegenden Veränderungen, wie einem mittelfristig möglichen Verkauf der Aluminiumsparte, werden IG BCE und Arbeitnehmer\*innenvertretungen mit in Entscheidungsprozesse einbezogen.

»Diese Vereinbarung ist ein guter Rahmen, der unsere tariflichen und betrieblichen

Zusagen temporär absichert. Sie zeigt aber auch, wie wichtig Gewerkschaften für uns sind. Mehr denn je wird es in Zukunft darauf ankommen, unsere »Selbstverständlichkeiten« zu verteidigen«, sagt Rolf Langhard, Betriebsratsvorsitzender des Rheinwerks Neuss.

Auch für Manuel Rendla komme es nun darauf an, dass an den Standorten Ruhe einkehrt. »Nach diesen turbulenten Zeiten möchten wir den Standorten wieder Beständigkeit und Sicherheit zurückgeben. Die Vereinbarung ist nun der erste Schritt in diese Richtung.«

# Zukunftsvereinbarung abgeschlossen

**NORDRHEIN** | Im Sommer 2020 startete das Projekt »Arbeit 2020+ in NRW« bei der Madaus GmbH

Inmitten der ungewissen pandemischen Lage konnte in enger Zusammenarbeit das Betriebsprojekt zur Gestaltung der unternehmensspezifischen Transformationsherausforderungen erfolgreich umgesetzt werden.

Durch beteiligungsorientierte Präsenzworkshops mit Beschäftigten aus allen Bereichen des Unternehmens konnten Handlungsfelder ermittelt werden, die in einer Zukunftsvereinbarung festgehalten und von allen Verantwortlichen im Sommer dieses Jahres unter-



Foto: Beatrix Kandel

**Markus Drischel, Leiter der Personalabteilung, Jürgen Mahling, Werkleiter, Marion Hartmann, Betriebsratsvorsitzende, und Lisa Boßmann, Projektsekretärin der IG BCE, freuen sich über die unterzeichnete Zukunftsvereinbarung bei der Madaus GmbH.**

schrieben wurden. In der Vereinbarung einigten sich die Betriebsparteien bei Madaus auf ein gemeinsames und sozialpartnerschaftliches Vorgehen, dass von der IG BCE in Nordrhein unterstützt wird. Zusammen werden sie die Transformationsprozesse proaktiv gestalten.

Die Bereiche Prozessgestaltung sowie Kommunikation und innerbetriebliche Zusammenarbeit wurden

im gemeinsamen Analyseprozess als wichtigste Handlungsfelder definiert, die in geeigneten Projekten vertieft werden sollen. »Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz zur Gestaltung von Veränderungsprozessen unter Berücksichtigung von Menschen, Organisation und Technik verfolgt, der die Beteiligung der Beschäftigten explizit vorsieht und das Unternehmen für zukünftige Herausforderungen stärkt«, erklärt Lisa Boßmann, zuständige Projektsekretärin im Landesbezirk Nordrhein.

## Für mehr Ausbildungsplätze

**NORDRHEIN** | IG-BCE-Landesbezirk Nordrhein organisiert Demonstration in Köln mit rund 150 Teilnehmer\*innen

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und das Ausbildungsplatzangebot insgesamt sind in den vergangenen anderthalb Jahren deutlich zurückgegangen – 2020 um rund zehn Prozent. Eine deutschlandweite Entwicklung, die auch die Branchen der IG BCE trifft und die vom Landesbezirk Nordrhein und der IG BCE insgesamt nicht akzeptiert wird.

### MIT EINER KUNDGEBUNG

Ende Juli hat sich der Landesbezirk Nordrhein deshalb dafür eingesetzt, dass die Arbeitgeber wieder mehr ausbilden. Unter dem Motto »Jetzt! Ausbilden – gemeinsam gestalten – gemeinsam gestalten« haben rund 150 Teilnehmer\*innen in der Kölner Innenstadt lautstark auf die sinkende Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze aufmerksam gemacht. »Für uns ist es unverständlich, warum die Arbeitgeber einerseits



Foto: Stefan Wernitz

immer über einen Fachkräftemangel jammern, aber andererseits nichts dafür tun, um dieses Problem zu lösen«, wundert sich Andreas Jansen, Landesbezirksjugendsekretär im Landesbezirk Nordrhein.

Unter den Demonstrierenden waren zahlreiche Auszubildende, Ausgelernte, JAV-Vorsitzende und Mitglieder der Bezirksjugendausschüsse.

Julia Berghaus vom Landesbezirksjugendausschuss Nordrhein verwies darauf, dass die duale Berufsausbildung auch für Unternehmen fundamental sei. Sie kritisierte auch die immer wieder verbreitete Annahme, dass junge Leute nur studieren wollten – »aber nicht jeder kann oder will studieren«, so Berghaus. Die Berufsausbildung bleibe weiterhin wichtig.

**DAS THEMA BEWEGT** die IG BCE auch mit Blick auf die Corona-Politik des vergangenen Jahres. »Die Jugend hat während der Corona-Pandemie auf vieles verzichtet, um die Älteren in unserer Gesellschaft zu schützen. Heute müssen wir uns für ihre Zukunft einsetzen«, sagte Frank Löllgen, IG-BCE-Landesbezirksleiter in Nordrhein. »Wir fordern, dass alle offenen Ausbildungsplätze für das Ausbildungsjahr besetzt und die Ausbildungskapazitäten auf das Niveau von 2019 angehoben werden.« Deswegen werde mit den Arbeitgebern diskutiert und, wo nötig, in den Konflikt gegangen. »Inzwischen gelang es uns, den Aufbau einer Plattform für Ausbildungssuchende zu vereinbaren. So unterstützen wir Ausbildungssuchende dabei, einen Ausbildungsplatz zu finden«, so Löllgen abschließend.

NAMEN & NACHRICHTEN

## Demo bei Ontex

**MAYEN** | Am Montag, 20. September, ruft die IG BCE die Beschäftigten des Hygieneartikel-Herstellers Ontex (Foto) sowohl zur Betriebsversammlung (13 Uhr) als auch zur anschließenden Demonstration (15 Uhr) auf. »Wir haben dem sozialverträglichen Abbau von 170 der rund 650 Beschäftigten zugestimmt. Nun aber steht erneut ein weiterer Personalabbau im Raum. Es reicht, wir werden diesen nicht mehr hinnehmen«, kommentiert Gewerkschaftssekretär Tobias Paulus die Stimmung vor Ort.



Foto: Tobias Paulus

Zur Demonstration, mit der die IG BCE ein deutliches Zeichen setzen will, erwartet Paulus zudem zahlreiche Politiker\*innen und Medienvertreter\*innen.

## LBV tagte in Präsenz

**MAINZ** | Der neu gewählte und konstituierte Landesbezirksvorstand (LBV) tagte Ende Juni erstmals in Präsenz (Foto).



Foto: Peter Kaplan

»Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit«, begrüßte Landesbezirksleiter Roland Strasser das 19-köpfige Gremium. »Wir haben mit Blick auf die Folgen der Pandemie, die anstehende Transformation und Digitalisierung wichtige Themen vor der Brust, die wir im Sinne der Arbeitnehmer\*innen gestalten wollen.«

Um hier erste konkrete Ansätze zu besprechen, begibt sich der LBV im Spätjahr in Klausur. Über die Ergebnisse wird **KOMPAKT** selbstverständlich berichten.

## Trommeln für Tarif-Plus

**MAINZ/METTLACH/MERZIG/LOSHEIM** | Im Vorfeld der zweiten Tarifverhandlung der Feinkeramischen Industrie (West) unterstützte Landesbezirksleiter Roland Strasser (Foto: Fünfter von links) die Gewerkschafter\*innen bei Villeroy & Boch. Hier organisierte der Bezirk unter anderem Gratiseis für die Beschäftigten. Die Aktion, bei der die IG BCE auch



Foto: Markus Braun

neue Mitglieder werben konnte, fand in den Unternehmensbereichen Bad & Wellness, Dining & Lifestyle sowie in der Hauptverwaltung und im Logistikzentrum statt.

# Karriere in der Chemie

**MAINZ** | Einladung zur Berufskompas-Tagung



Foto: Pixabay

Die Karrierechancen in der Chemie sind vielfältig.

Kein Zweifel: Die Chancen, in der Chemieindustrie frühzeitig Verantwortung zu übernehmen, sind groß. Welche beruflichen Perspektiven es für Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr und für Ausgelernte gibt, thematisiert der 5. Berufskompas Chemie.

### ZU DER VERANSTALTUNG

lädt der Landesbezirk gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband ein. Wichtig: Die Sozialpartner haben bewusst auf langwierige Vorträge verzichtet. Stattdessen stellen fünf ehemalige Auszubildende ihren bisherigen Werdegang in der Branche vor.

Darunter Clara Scherner, die Renolit als Industriekauffrau ausbildete und die nun berufsbegleitend und online Personalmanagement studiert. Marcel Kern, gelernter Industriemechaniker, bildet sich derzeit – auch bei Renolit – zum staatlich geprüften Techniker für Automatisierungstechnik fort. Alle stehen für Fragen zu ihren bisherigen Lebensläufen zur Verfügung. Weiter können die Teilneh-

mer\*innen in zwei Foren Nützliches und Wissenswertes für ihr eigenes berufliches Weiterkommen mitnehmen. Die Workshops »Selbstmotivation und Selbstorganisation« sowie »Sich und Lernergebnisse präsentieren« liefern Hilfestellungen für die eigene berufliche Weiterbildung.

»**BILDUNG IST EIN** stetiger Prozess«, betont Landesbezirksjugendsekretär Nils Winterheimer. »Das gilt ebenso für das Berufsleben. Wir wollen unseren qualifizierten Fachkräften eine langfristige Perspektive in unseren Branchen ermöglichen und sie als kompetenter Partner über ihr komplettes Arbeitsleben begleiten«, wirbt er für die Veranstaltung der Chemie-Sozialpartner. Stattfinden wird diese am Mittwoch, 15. September von 9.30 Uhr bis 15.45 Uhr als digitale Veranstaltung. Interessierte Auszubildende können sich über die Personalabteilung im Betrieb anmelden. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Axel Stefan Sonntag

# Die neuen Azubis starten durch

MAINZ | Umfrage: Wie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen die Berufseinsteiger\*innen willkommen heißen



Foto: Julia Wegner

Jetzt, zum Ausbildungsbeginn, lernen die jungen Menschen in den kommenden Wochen und Monaten ihre Jugend- und Auszubildendenvertreter\*innen (JAV) kennen (Foto: Begrüßung im Jugendtreff Ludwigshafen, 2019). Darauf legen IG BCE, Betriebsräte und die JAVen selbst großen Wert. Denn dort, wo sich Jugendgremien um den Berufsnachwuchs tatkräftig kümmern, sind die Ausbildungsbedingungen meist besser.

Trotz der Corona-Pandemie steht der Landesbezirk »im bundesweiten Vergleich sehr gut da«, betont Landesbezirksjugendsekretär Nils Winterheimer: Abermals erhöhte sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze.

## »Haben das Zeug zur Dreier-JAV«



Foto: Studio Line

Hendrik Frorath,  
Jugendvertreter Moritz J. Weig

»Wir bilden trotz Pandemie 2021 genauso viele Leute aus wie 2020. Das freut mich sehr. Zwar fallen unsere klassischen drei Begrüßungstage mit Kletterpark und Barbeque coronabedingt leider wieder aus, dafür treffen wir uns einen Tag lang in Maria Laach. Wichtig ist mir, dass wir jungen Menschen uns untereinander eng vernetzen und uns so gemeinsam für gute Ausbildungsbedingungen und gute Gewerkschaftsarbeit einsetzen. Womöglich sogar schon bald in einer JAV mit drei Mitgliedern. Denn die wäre bei uns möglich. Ich lade jede\*n ein, dafür zu kandidieren.«

## »Wir stellen unsere Erfolge dar«



Foto: Ana Lynn Schaller

Angela Frontera,  
JAV-Vorsitzende Villeroy & Boch Fliesen

»Coronabedingt können wir in diesem Jahr nur vier Auszubildende begrüßen. Wir hoffen aber, nach Ende der Pandemie wieder vielen jungen Menschen eine Perspektive geben zu können. Trotzdem werden wir auch

diesen vier Azubis vorstellen, was wir als JAV bislang für alle erreichen konnten – beispielsweise die einjährige Übernahme nach der Ausbildung. Wichtig ist mir auch, dass wir die Kommunikation zwischen den Berufseinsteiger\*innen, uns als JAV und dem Betriebsrat weiter ausbauen. Dabei denke ich beispielsweise an mehr gemeinschaftliche Festlichkeiten.«

## »Begrüßung in Kleingruppen«



Foto: Frank Daum

Celina Mayer,  
stellvertretende JAV-Vorsitzende Boehringer  
Ingelheim

»Wir hoffen, dass wir unsere rund 120 neuen Auszubildenden alle persönlich begrüßen können. In kleinen Berufsgruppen mit rund 25 Personen präsentieren wir gemeinsam

mit dem Betriebsrat und der IG BCE, welche Vorteile wir bislang vor allem für Berufseinsteiger\*innen erreichen konnten und vergleichen diese mit dem gesetzlichen Standard. Die Unterschiede sind teils sehr groß. Die Treffen in kleinen Gruppen bieten den Vorteil, dass ein intensiverer Austausch möglich ist. Falls sich die Corona-Situation wieder verschärft, werden wir virtuell einladen.«

## »Eigener Tag im Jugendtreff«



Foto: Marcus Schweitasch

Yunus Emre Ates,  
JAV-Vorsitzender BASF SE

»Es ist prima, dass unser Unternehmen langfristig plant und im Vergleich zum Vorjahr mehr Ausbildungsplätze anbietet. Somit starten bei uns nun knapp 800 neue Auszubildende, dual Studierende und Programmteilnehmer\*innen. Jede neue Klasse begrüßen wir mit einem eigenen JAV-Tag im Jugendtreff Ludwigshafen. Wir stellen uns vor und erklären spielerisch und interaktiv, wer wir sind und was wir für die Berufseinsteiger\*innen tun. Dieser Kontakt ist uns als JAV sehr wichtig. Bis Anfang Dezember haben wir 32 solcher Tage in unseren Kalendern fest eingeplant.«

## NAMEN & NACHRICHTEN

### Neuer Jugendtreffleiter

**MARL** | Der IG-BCE-Jugendtreff in Marl hat einen neuen Leiter: Marc Rudnik. Der 36-jährige Quereinsteiger kommt ursprünglich aus der Lagerlogistik. »Schon vor Jahren kam in mir der Wunsch auf, mich beruflich zu verändern. Ich wollte etwas Soziales machen, etwas mit einem gewissen Mehrwert«, sagt Marc Rudnik. Über seinen Schwager, der selbst Gewerkschaftssekretär bei der IG BCE ist, sei dann der Kontakt entstanden. »Nachdem er mir über die Aufgaben und das Tätigkeitsfeld eines Jugendtreffleiters berichtete, war nicht nur er, sondern auch ich überzeugt, dass ich genau der richtige Mann für den Job bin.«

Für die neue Stelle hat er seine Heimatstadt Kamp-Lintfort verlassen und ist nach Marl gezogen. »Trotz der Veränderungen, bin ich froh diesen Schritt gegangen zu sein. Ich fühle mich in Marl wohl und mir sind bisher nur freundliche Menschen begegnet.« Der neue Jugendtreffleiter bezeichnet sich selbst als aufgeschlossen und kommunikativ mit einem guten Draht zu jüngeren Menschen. »In meiner Freizeit verbringe ich gern Zeit mit meinem dreijährigen Sohn und gehe gern angeln – überwiegend an der Lippe oder am Rhein.«

### Betriebe gefordert

**WESTFALEN** | In den zurückliegenden Jahren haben Unternehmen in Westfalen vielen jungen Menschen über die duale Ausbildung den Berufseinstieg ermöglicht. Wegen aktueller Rückmeldungen aus den Betrieben und negativer Trendmeldungen aus der Gesamtwirtschaft droht nun ein signifikanter Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze. Eine Verschärfung des Fachkräftemangels steht bevor.

Wurden 2020 im Landesbezirk Westfalen noch mehr als 1000 Ausbildungsplätze angeboten, sind es in diesem Jahr höchstwahrscheinlich deutlich weniger. Die Chemie-Sozialpartner appellieren daher an die Betriebe, sich weiter intensiv um das Thema Ausbildung zu kümmern sowie die Unterstützungsangebote der Chemie-Arbeitgeberverbände und der IG BCE zu nutzen. »Trotz Corona müssen wir dem Nachwuchs eine Chance geben«, sagt Harald Sikorski, IG-BCE-Landesbezirksleiter Westfalen. Es könne nicht sein, dass die Spätfolgen der Pandemie auf dem Rücken der Jugend ausgegossen werden. »All denjenigen, die für dieses Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen haben, wünsche ich im Namen des gesamten Landesbezirks einen erfolgreichen Ausbildungsstart in ihren Betrieben«, so Sikorski abschließend.

Freie Stellen und zusätzliche Informationen dazu stehen auf der Kampagnen-Webseite der Chemie-Arbeitgeber »Elementare Vielfalt« zur Verfügung.



Foto: Privat

## Vor dem Kongress

**WESTFALEN** | Unterschiedliche Erwartungen

Klimawandel, Transformation, Digitalisierung und Zukunft der Arbeit: Die Themen zum 7. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE im Oktober könnten vielfältiger kaum sein. Mit Spannung wird erwartet wie der Fahrplan für die kommenden vier Jahre aussieht. Der Kongress ist das höchste beschlussfassende Organ der IG BCE und findet alle vier Jahre statt. Etwa 400 Dele-

gierte bestimmen die Gewerkschaftspolitik für die kommenden vier Jahre und wählen unter anderem den Hauptvorstand neu.

Unterschiedliche Interessen und Themenschwerpunkte sorgen auch bei den Kolleg\*innen aus dem Landesbezirk Westfalen für unterschiedliche Erwartungshaltungen. Zwei von ihnen geben einen kurzen Einblick in ihre Erwartungen an den Kongress.

### Stimmen aus dem Landesbezirk



Foto: Privat

**Tanja Pizars,**  
Supply Chain Planner  
bei Bayer in Bergkamen

»Von dem anstehenden Kongress erwarte ich für unsere Organisation eine Strategie zum Zugang in die akademischen Kreise unserer Leute. Denn dieser Beschäftigtenkreis nimmt stetig zu und wird für uns in Zukunft

immer wichtiger. Als Zukunftsgewerkschaft müssen wir auch in der sich verändernden Industrielandschaft an Antworten und Lösungen arbeiten. Ansonsten freue ich mich auf eine spannende Antragsberatung und hoffe, dass die Veranstaltung wie geplant stattfinden kann. Nach der langen Zeit will ich unbedingt all die netten Kolleg\*innen endlich mal wieder sehen.«



Foto: Privat

**Dirk Hansmeier,**  
Betriebsratsvorsitzender  
bei Mitsubishi HiTec Paper Europe

»Die Kosten für Energie und für Emissionszertifikate sowie die Transformation in ein neues Industriezeitalter, sind für die Branchen der IG BCE von entscheidender Bedeutung. Für die Arbeit unserer Gewerkschaft wünsche ich

mir von diesem Kongress, durch Anträge und Diskussionen weitere Impulse, um für diese schwere Aufgabe für die nächsten vier Jahre gewappnet zu sein.«

# NRW-Wirtschaftsminister besucht Evonik

**MARL** | Andreas Pinkwart folgt Einladung der IG-BCE-Betriebsräte

Unter dem Titel »Industriestandorte der Transformation« haben die IG-BCE-Betriebsräte und die Standortleitung von Evonik in Marl den Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Andreas Pinkwart, eingeladen. »Wir wollten zeigen, wie und unter welchen Bedingungen unsere Kolleginnen und Kollegen hier in Marl arbeiten und welche Vorteile Tarifbindung und Sozialpartnerschaft bieten«, sagt Gerhard Ribbeheger, Betriebsratsvorsitzender in Marl. Deshalb habe man gemeinsam mit dem Unternehmen, dem Verein Zukunft durch Industrie e.V. und der IG BCE diese Veranstaltung organisiert. »Wir freuen uns, dass der Minister unserer Einladung gefolgt ist und den Standort kennengelernt hat«, so Ribbeheger weiter.

**AUCH DER PERSONALVORSTAND** und Arbeitsdirektor, Thomas Wessel, begrüßt den Besuch des Ministers. »Die Transformationen in Politik,



Foto: Evonik

Unternehmen und Gesellschaft stellen uns vor große Herausforderungen. Hierfür entwickeln wir smarte Lösungen und innovative Produkte, die über die Chemie hinausgehen.« Das Thema Nachhaltigkeit stehe dabei ganz oben auf der Agenda. So senke der Standort mit dem neuen Gas- und Dampfturbinenkraftwerk den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um bis zu einer Million Tonnen pro Jahr. »Und mit unse-

ren zukunftsweisenden Investitionen sichern wir die Arbeitsplätze von 12 450 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen.«

**BEI SEINEM BESUCH** wurden dem Minister auch konkrete Produkte der Evonik vorgestellt. So ging es im Vorgespräch unter anderem um die Lipid-Produktion, die für die Herstellung von mRNA-Impfstoffen eine herausragen-

de Rolle spielt und die erst kürzlich eingeweihte Polyamid-12-Anlage. In der Anlage wird der Kunststoff für die Medizintechnik, den Automobilbau, den 3-D-Druck sowie weitere Anwendungsbereiche hergestellt. »Evonik profitiert vom Engagement unserer gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Nur durch ihren Einsatz war es möglich, diese Vorhaben innerhalb kürzester Zeit zu realisieren. Wir freuen uns über die Entscheidung für den Standort Marl«, erklärt Karlheinz Auerhahn, IG-BCE-Betriebsleiter in Recklinghausen.

**DIE INVESTITION** hat auch eine überregionale Bedeutung für die Industrie in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Bau der Polyamid-12-Anlage werden nicht nur rund 120 neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch Wertschöpfungsketten im Bereich der Polymere und Kunststoffe gestärkt.

## »Gemeinsam sind wir eine starke Mannschaft«

Unter dem Motto »Gemeinsam sind wir eine starke Mannschaft« rief die IG BCE zu Aktionen während der Fußball-Europameisterschaft 2021 auf. Auch die Ortsgruppe und die Vertrauensleute von Vivawest Wohnen (Foto) haben mitgemacht und ihre fußballbegeisterten Kolleg\*innen dazu aufgefordert, ihre Ballkünste und Treffsicherheit unter Beweis zu stellen. Insgesamt 227 Teilnehmende versuchten sich



Foto: Vivawest

vom 21. Juni bis zum 8. Juli als Elfmeterschütz\*innen an den Torwänden, die sowohl in der Hauptverwaltung als

auch an den Standorten Essen, Köln, Duisburg und Oberhausen aufgebaut worden waren.

Als »Fair-Play-Ereignis« organisiert, hatten alle Teilnehmenden beim Torwandschießen die Chance auf einen der drei ausge-

lobten Gewinne. Ortsgruppen- und Vertrauenskörpersvorsitzender Markus Pliska zieht ein durchweg positives Fazit zum Ergebnis der Aktion und bedankt sich herzlich bei allen ehrenamtlichen Helfer\*innen sowie den Teilnehmenden: »Es war schön, auch unter Corona-Bedingungen wieder mal mit den Kolleginnen und Kollegen in persönlichen Kontakt zu kommen.«



**MEHMET TASIN (50)** hat als Autor sein erstes Werk veröffentlicht. Sein Roman ist seit Anfang 2021 im Handel erhältlich. Der Weg dahin war lang.



Fotos (2): Leo Kölzer

## Der Traum vom eigenen Buch

Von einem Tag auf den anderen gerät die Welt aus den Fugen. Eine geheimnisvolle Kraft treibt die Menschen massenhaft in den Tod. Irgendwo in Australien flieht eine Frau aus einer dubiosen Klinik. Sie wird gejagt, weiß aber nicht von wem und wa-

**»Der Entwicklungsprozess war spannend, intensiv und lehrreich.«**

rum. Bald schon zeichnet sich eine globale Katastrophe ab. Ein mysteriöser Aborigine und die besagte Frau scheinen die Schlüssel zur Rettung der Menschheit in der Hand zu haben. »Die Geschichte spielt in einer dystopischen Umgebung, die von der Gewalt der Natur und der Menschen geprägt wird«, sagt Mehmet Tasin über sein Buch **LUNAY – Die Hoffnung aufheben** (ISBN: 978-3347218277).

Mehmet Tasin kam erst im Alter von neun Jahren aus der Türkei nach Deutschland. Er lebt mit seiner Frau und den beiden Kindern in Köln. Dort arbeitet er als Personalentwickler bei Ineos. »Ich bin ein Familienmensch, arbeite gerne und mache viel Sport. Da bleibt

relativ wenig Zeit für so etwas Leidenschaftliches wie das Schreiben.« Dass er trotzdem am Ball geblieben sei, mache ihn nun umso glücklicher. Heute spricht der Gewerkschafter voller Stolz über sein erstes Buch. Es gehe um unheilvolle Mächte und die Grenzen der eigenen Vorstellungskraft. Der Roman sei multikulturell, vielseitig und humorvoll. »Ich würde es als ein Stilmix aus Mystery, Science-Fiction, Action und der Reflexio-

nen über das Leben beschreiben.« Seit Anfang 2021 ist sein Roman im Handel erhältlich. Der Weg dahin war lang.

Vor mehr als zehn Jahren hatte Mehmet Tasin die ersten Ideen zur Geschichte. Ein persönlicher Kontakt mit einem Schriftsteller weckte in ihm, was er schon lange in sich spürte. »Das hat mich damals so inspiriert, dass ich meiner Kreativität fortan freien Lauf lassen wollte.« Er beginnt das Schreiben seines ersten Romans. Mit den Jahren wächst und verändert sich die Geschichte immer wieder. Auf Phasen, in denen er unheimlich viel schreibt, folgen Zeiten, in denen er nochmals gründlich recherchiert. »Der Entwicklungsprozess war unheimlich spannend, intensiv und lehrreich«, sagt der Autor rückblickend. Heute sei er stolz und glücklich über die zahlreichen positiven Rückmeldungen zu dem Buch und spiele bereits mit ersten Ideen für einen weiteren Roman.

Leo Kölzer

# Jetzt! Ausbilden

**IN DEN VERGANGENEN** anderthalb Jahren ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und das Ausbildungsplatzangebot insgesamt deutlich zurückgegangen. Ein katastrophales Zeichen für die Jugend, das die IG BCE nicht einfach hinnimmt.





Foto: Stefan Wernz

# Unter Druck

**WER ZURZEIT AUF DER SUCHE** nach einem Ausbildungsplatz ist, hat es nicht leicht: Spürbar weniger Ausbildungsplätze als noch 2019 stehen zur Verfügung. Wir fordern: »Jetzt! Ausbilden«

**M**it einer Aktion im Ausbildungszentrum im Chempark Dormagen Anfang Juli hatte der IG-BCE-Landesbezirk Nordrhein den Aktionsmonat Ausbildung gestartet. Deutschlandweit folgten weitere Aktionen und Demonstrationen mit hundert Teilnehmer\*innen. Bei der größten demonstrierten rund 150 Gewerkschafter\*innen in Köln gegen das deutlich gesunkene Ausbildungsplatzangebot, unter ihnen zahlreiche Auszubildende, Ausgelernte, JAV-Vorsitzende und Mit-

glieder des Bundesjugendausschusses (BJA). »Wer über Fachkräftemangel jammert, muss auch selbst ausbilden«, erklärte IG-BCE-Bundesjugendsekretär Philipp Hering. Julia Berghaus vom Landesbezirksjugendausschuss Nordrhein verwies darauf, dass die Jugend in der Corona-Krise genug zurückgesteckt habe und kritisierte die verbreitete Annahme, dass junge Leute nur studieren wollten. »Aber nicht jeder kann oder will studieren«, so Berghaus. Die Berufsausbildung bleibe weiterhin wichtig.

Bei der Kundgebung war auch Marius Vennemann. Der ausgebildete Chemikant bei OQ Chemicals in Oberhausen kennt das Problem aus eigener Anschauung: »Aufgrund von Einsparungen sind die Ausbildungszahlen bei uns für dieses Jahr deutlich reduziert worden«, erzählt Vennemann, der auch im BJA und der Jugend- und Ausbildungsvertretung (JAV) ist. Immerhin: Für nächstes Jahr konnten er und seine Kolleg\*innen wieder eine Anhebung der Ausbildungsplätze mit dem Arbeitgeber vereinbaren.

Mit Schildern und IG-BCE-Fahnen haben rund 150 Gewerkschafter\*innen in Köln gegen das mittlerweile deutlich gesunkene Ausbildungsplatzangebot demonstriert.

## IG BCE im Gespräch mit Arbeitgebervertretern

Nachgefragt beim Betriebsratsvorsitzenden Harald Boch von Freudenberg am Standort Weinheim wird deutlich, dass auch er die Entwicklung kritisch sieht: »Dass weniger Ausbildungsplätze angeboten werden, ist wirklich ein Problem – leider auch bei uns.« Die Zahl der Ausbildungsstellen sei von 2019 bis 2021 auf fast die Hälfte reduziert worden, wie er erklärt. Dahinter würden teilweise wirtschaftliche Gründe stehen, die Corona-Krise werde aber auch ein wenig vorgeschoben. »Ich befürchte, dass wir 2024 wegen dieser Entscheidung noch mehr Fachkräftemangel haben werden – und ich finde es schlimm, wenn man den jungen Leuten nach der Schule keine Perspektive bietet«, so Boch.

**GRÜNDE, SICH FÜR** mehr Ausbildungsplätze einzusetzen, gibt es also reichlich. Um konkrete und verbindliche Lösungen mit den Arbeitgebern zu verabreden, veranstaltete die IG BCE deshalb zum Abschluss des Aktionsmonats eine Online-Diskussionsveranstaltung mit rund 1000 Zuschauer\*innen. Mit dabei waren unter anderem Vertreter der Arbeitgeberverbände der Chemie-, Papier-, Glas- und Keramikindustrie. Die Sozialpartner verständigten sich darauf, eine gemeinsame Plattform für Ausbildungssuchende aufzubauen. Die Online-Plattform soll Betriebe mit noch offenen Ausbildungsstellen und Personen, die einen Ausbildungsplatz suchen, zusammenbringen.

Francesco Grioli, im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE für die Themen Jugend und Ausbildung zuständig, unterstrich: »Der Aufbau der gemeinsamen Plattform ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und ein erster Lösungsansatz.« Es gebe aber wei-

terhin noch viele Baustellen. Bundesjugendsekretär Philipp Hering erklärte auf der Veranstaltung: »Die Vor-Corona-Zeit bleibt die Messlatte für die Zahl der Ausbildungsplätze.«

## Sozialpartner verständigen sich auf mehr Unterstützung

Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis erinnerte an das gemeinsame, sozialpartnerschaftliche Verständnis von guter Berufsausbildung: »Wir blicken auf eine lange und erfolgreiche Kooperation zurück. In der aktuellen Ausbildungskrise muss diese Kooperation in unseren Branchen erfolgreiches Vorbild bleiben.«

Während der Veranstaltung verständigten sich die Sozialpartner außerdem darauf, dass sie in diesem Jahr noch einmal versuchen wollen, das Angebot zu steigern, indem freie Kapazitäten in den Ausbildungszentren über Verbundausbildungen angeboten werden. Im kommenden Jahr soll die Zahl der Ausbildungsplätze außerdem wieder erhöht werden.

**IN DER PETITION** »Jetzt! Ausbilden« fordert die IG BCE von den Unternehmen: »Nehmt eure Verantwortung endlich ernst, denn es geht auch um eure Zukunft!« 3000 Personen haben die Petition mittlerweile unterschrieben. Diese Unterschriften überreichte die Gewerkschaft den Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände während der Gesprächsrunde.

Darüber hinaus war die IG BCE auf betrieblicher Ebene aktiv, um das Thema voranzutreiben: Sie forderte alle Arbeitsdirektor\*innen, Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in ihren Branchen auf, das Ausbildungsniveau in den Betrieben auszubauen und noch freie Stellen mit Hochdruck zu besetzen.

*Rebecca Hummler*

## AZUBI-RATGEBER

Hunderttausende Jugendliche strömen zurzeit bundesweit in die Betriebe und beginnen ihre Ausbildung. Ob Chemikant\*innen oder Mechatroniker\*innen – hier gibt's die wichtigsten Infos zum Thema Ausbildung.

- **Gehalt:** Seit 2020 gilt eine Mindestvergütung für Auszubildende. Azubis dürfen seitdem grundsätzlich nicht mehr unter dieser Mindestgrenze bezahlt werden. Sie liegt aktuell bei 550 Euro im ersten Ausbildungsjahr; die Vergütung steigt mit jedem Jahr. In den IG-BCE-Branchen liegt die Ausbildungsvergütung durch Tarifverträge in der Regel deutlich höher.
- **Arbeitszeit:** Minderjährige Azubis dürfen nicht länger als acht Stunden pro Tag und 40 Stunden in der Woche arbeiten. Es können auch achteinhalb Stunden pro Tag sein, wenn dafür am Freitagnachmittag entsprechend kürzer gearbeitet wird. Wichtig: Für minderjährige Azubis ist pro Tag eine Stunde Pause vorgeschrieben. Volljährige Azubis dürfen bis zu zehn Stunden am Tag arbeiten, wenn sich durch mehr Freizeit an anderen Tagen wieder ein Durchschnitt von acht Stunden ergibt.
- **Berufsschule:** Azubis sind berufsschulpflichtig und die Berufsschule ist Teil ihrer Arbeitszeit. Der Ausbildungsbetrieb muss Azubis für den Unterricht einschließlich der Pausen und der Wegstrecke zwischen Betrieb und Berufsschule freistellen. Wenn der Unterricht vor 9 Uhr beginnt, müssen sie vorher nicht mehr zur Arbeit.
- **Vertrag:** Der Ausbildungsvertrag muss noch vor Beginn der Ausbildung schriftlich geschlossen werden. Im Ausbildungsvertrag sind Punkte wie Ausbildungsinhalte, die Vergütung und die Arbeitszeit geregelt. Es lohnt sich, den Vertrag von der Gewerkschaft prüfen zu lassen. Der Vertrag wird vom auszubildenden Betrieb und Azubi beziehungsweise den Eltern unterschrieben.



Foto: Yannick Schulze

# Vor der Wahl

**CUREVAC UND LAVERANA:** Zwei Belegschaften aus jungen Branchen gehen mit großen Schritten in Richtung Mitbestimmung. Sie stellen die Weichen für die Betriebsratsgründung.

**E**s gibt Branchen, in denen sind Betriebsräte und gelebte Sozialpartnerschaft fest verankert. In der Chemie etwa oder im Bergbau sind über Jahrzehnte Mitbestimmungsstrukturen gewachsen, die sich nicht einfach weg-wischen lassen. Das gilt für viele traditionelle Industriesegmente der IG BCE, in denen sich eine stark gewerkschaftlich organisierte Belegschaft findet.

Neuere Branchen hingegen fremdeln oft mit dem Gedanken der Sozialpartnerschaft – wie etwa die Segmente Biotech und Naturkosmetik. Doch auch hier kann

die IG BCE Fortschritte vermelden: Sowohl beim Biotech-Unternehmen CureVac aus Tübingen als auch beim Naturkosmetikproduzenten Laverana aus Wennigsen bei Hannover stehen bald die ersten Betriebsratswahlen an.

**DIE BRANCHEN SIND** nicht nur vergleichsweise jung, oft herrscht eine Start-up-Mentalität, bei der sich Beschäftigte stark mit ihrer Arbeit identifizieren und sie als sinnstiftend empfinden. Das gilt für die Herstellung von Naturkosmetikprodukten ebenso wie für die Arbeit an ei-

nem Impfstoff gegen eine weltweite Pandemie. Sinn und Identifikation helfen aber nicht, wenn die Arbeitsbelastung immer weiter steigt, Entgelte intransparent und ungerecht sind, die Arbeitszeitflexibilität ausgereizt wird oder sich das Gefühl von Benachteiligung breit macht. Von einer starken Interessenvertretung profitieren Beschäftigte bei Biotech-Start-ups und Naturkosmetikherstellern also auch. Aber: »Mit uns als Gewerkschaft zu reden ist nicht immer das, was die Unternehmen sich wünschen«, sagt IG-BCE-Fachsekretär Jan Grüneberg.

## Rund 220 CureVac-Beschäftigte kamen zur Wahlversammlung auf den Festplatz in Tübingen.

Sozialpartnerschaftliche Strukturen zu etablieren, das ist ein langer Weg. Das geht nicht von jetzt auf gleich, das funktioniert nur in kleinen Schritten und mit langem Atem. Allein die Gründung eines Betriebsrats dauert mehrere Wochen – wenn der Arbeitgeber kooperiert. Wenn nicht, deutlich länger. Denn um einen Betriebsrat zu gründen, muss zunächst auf einer Wahlversammlung der Wahlvorstand bestimmt werden. Dieser organisiert die eigentliche Betriebsratswahl und muss das Wahlausschreiben für die Betriebsratswahl mindestens sechs Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe im Betrieb aushängen.

### BEIM NATURKOSMETIKHERSTELLER

Laverana (Hausmarke: Lavera) könnte bald zum ersten Mal in der mehr als 30-jährigen Unternehmensgeschichte ein Betriebsrat gewählt werden. Am 20. August haben die Beschäftigten auf der Wahlversammlung in Bantorf den Wahlvorstand gewählt, der die Wahlen durchführen wird. In dem Tarifvertrag Mitbestimmung haben beide Seiten außerdem bereits festgelegt, dass ein gemeinsamer Betriebsrat für alle Standorte und Gesellschaften gewählt werden soll. Die IG BCE unterstützt dabei intensiv. »Das waren lange, aber gute Gespräche, die wir mit der Geschäftsführung geführt haben«, so Gewerkschaftssekretär Andreas Wieder, der die Verhandlungen zum Tarifvertrag begleitete.

Bei Laverana waren in den vergangenen Jahren mehrere Versuche zur Gründung einer Interessenvertretung gescheitert. Michael Linnartz, Leiter des IG-BCE-Bezirks Hannover, zeigte sich erfreut, dass mit der Wahlversammlung nun ein großer Schritt nach vorne gemacht wurde: »Es ist Zeit, dass sich ein erfolgreiches Unternehmen wie Laverana der sozialen Verantwortung stellt und Betriebsratswahlen nicht im Weg steht – gerade, wenn die Nachhaltigkeit als Leitmotiv für die Produkte eines Unternehmens steht. Denn Nachhaltigkeit beinhaltet neben der ökologischen auch immer die soziale Dimension.« Dazu ge-

höre die Vertretung der insgesamt rund 500 Beschäftigten durch einen Betriebsrat nach Betriebsverfassungsgesetz und durch eine DGB-Gewerkschaft wie etwa die IG BCE.

Die zuständige IG-BCE-Sekretärin Regina Karsch sagte: »Die Laverana-Beschäftigten haben Jahrzehnte dafür gesorgt, dass das Unternehmen nicht nur wächst, sondern auch kräftige Gewinne einfährt. Wir freuen uns daher sehr, dass wir nun endlich gemeinsam mit den Laverana-Kolleg\*innen und auch mit der Laverana-Geschäftsführung auf dem Weg sind, das Unternehmen in die Mitbestimmung zu führen.«

**AUCH FÜR DIE** rund 700 Beschäftigten der CureVac AG und der CureVac Real Estate GmbH in Tübingen beginnt eine neue Zeit: Sie haben die ersten Schritte auf dem Weg zu einem Betriebsrat gemeistert. »Das ist ein großartiger Erfolg«, sagt Karin Erhard, im Vorstand der IG BCE für Mitbestimmung und Betriebsratswahlen zuständig. »Es ist wichtig, dass wir auch in der noch jungen Branche der Biotechunternehmen nach BioNTech nun auch bei CureVac Betriebsratswahlen einleiten konnten.«

Rund 220 Beschäftigte beider CureVac-Gesellschaften kamen im Juli zur Wahlversammlung auf den Festplatz in



Foto: Heige Krückeberg

**»Es ist wichtig, dass wir auch in der Branche der Biotechunternehmen Betriebsratswahlen einleiten konnten.«**

**Karin Erhard,**  
Mitglied im geschäftsführenden  
Hauptvorstand der IG BCE

Tübingen. Bei strömendem Regen und unter freiem Himmel wählten sie mit großer Mehrheit den fünfköpfigen Wahlvorstand für die Durchführung von Betriebsratswahlen – erstmals überhaupt bei dem Biotechunternehmen. Nun wird in wenigen Wochen die Belegschaftsvertretung gewählt. »Ich freue mich, dass so

viele Kolleginnen und Kollegen trotz der widrigen Wetterverhältnisse der Einladung zur Wahlversammlung gefolgt sind. Das zeigt, wie groß das Interesse an einer Interessenvertretung der Beschäftigten ist«, sagt Simone Klein, die den Wahlvorstand als Vorsitzende anführt. »Durch die erfolgreiche Wahl des Wahlvorstands sind wir diesem Ziel einen entscheidenden Schritt nähergekommen.«

**VON DER ZUKÜNFTIGEN** Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber erwarte sie vor allem mehr Transparenz und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. »Wir müssen Themen wie Überstunden, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Lohngerechtigkeit und leistungsorientierte Vergütung endlich gemeinsam mit der Geschäftsleitung regeln«, so die 52-Jährige, die seit mehr als zehn Jahren bei CureVac arbeitet. Unterstützung erhielten die Initiator\*innen von der Gewerkschaft: »Ohne die IG BCE wären wir heute nicht, wo wir jetzt sind«, sagt Klein. Die Gewerkschaft habe immer alle offenen Fragen beantwortet und rechtliche Dinge geklärt.

»Für uns ist es ein wichtiges Anliegen, Mitbestimmungsstrukturen in den Betrieben zu installieren, gerade in schwierigen Zeiten«, erklärt Markus Deissler, der zuständige IG-BCE-Gewerkschaftssekretär im Bezirk Stuttgart.

»Es ist einfach wichtig und unerlässlich, dass es jemanden gibt, der die Belegschaft als Partner auf Augenhöhe vertritt.« Grüneberg bestätigt: »Der erste wichtige Schritt für einen Betriebsrat ist gemacht worden und es ist schön zu sehen, dass die anwesenden Beschäftigten der CureVac geschlossen hinter dem Wahlvorstand stehen.« Der Wahlvorstand werde sich nun konstituieren und von Gewerkschaftsseite geschult. Anschließend bereitet das Gremium die weiteren Schritte für die Wahl Mitte Oktober vor.

*Katja Pflüger/Inken Hägermann*

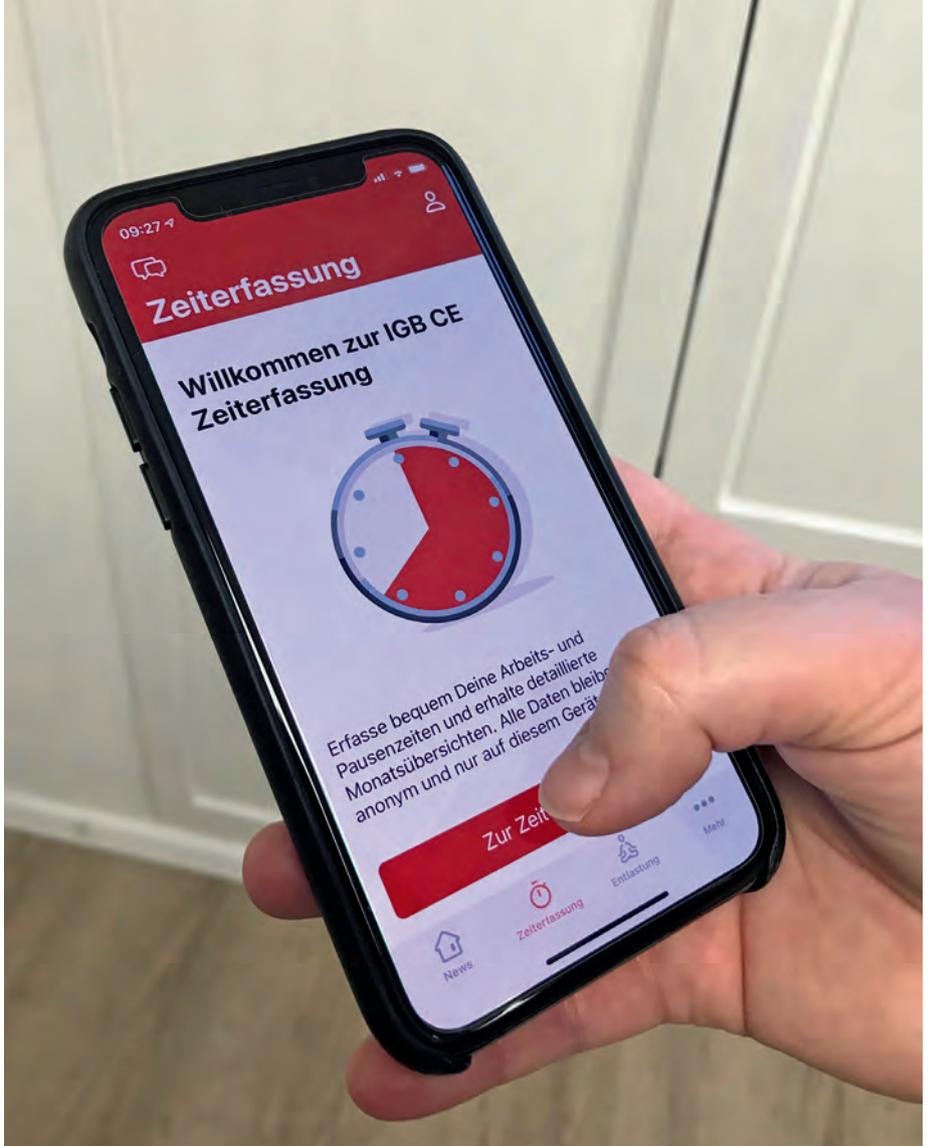


Foto: IG BCE

# Vertrauen ist gut: Kontrolle besser?

**ARBEITSZEIT** muss mittlerweile minutengenau erfasst werden. Ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs verpflichtet Arbeitgeber dazu. Wichtig: Das gilt auch für Beschäftigte im Homeoffice.

**N**ur noch schnell das, dann noch kurz dies und abends fix noch einmal die E-Mails checken. So kurz mal nebenbei. Das machen doch viele – oder ist das ein Problem? Ja, das ist es! Denn im Mai 2019 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Arbeitgeber aus allen Mitgliedstaaten der EU die gesamten Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter\*innen systematisch aufzeichnen müssen (*siehe*

*Infokasten*). Nach Ansicht der Richter aus Luxemburg lässt sich nur so sicherstellen, dass zulässige Arbeitszeiten nicht überschritten werden.

Das gilt im Innen- wie im Außendienst, im Büro und im Homeoffice. »Das ist vor allem in der Corona-Zeit aktuell«, sagt Peter Voigt, Leiter der Abteilung Justizariat/Recht/Compliance bei der IG BCE. Schließlich würden zahlreiche Studien zeigen, dass viele zu Hause

**Mit der »Meine IG BCE«-App kannst du deine geleisteten Arbeitsstunden ganz einfach erfassen. So hast du deine Arbeitszeit immer im Blick. Die App für IG-BCE-Mitglieder gibt's sowohl im App Store von Apple als auch im Google Play Store.**

mehr und länger arbeiten, als sie müssten. »Das Urteil trägt dazu bei, dass das Problem von oft unbezahlter Mehrarbeit eingedämmt wird.« Wer dazu Beratung benötigt, kann sich an den Bezirk vor Ort wenden. In einer Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber steht Mitgliedern der IG BCE der gewerkschaftliche Rechtsschutz zur Seite.

### Vom Stundenzettel bis zur App

Es gibt viele Möglichkeiten, Arbeitszeiten zu erfassen: In manchen Betrieben kennt man noch den Stundenzettel, in anderen kommt bereits die mobile App oder das Zeiterfassungsterminal zum Einsatz. Der Spielraum für die Ausgestaltung ist hier groß – der EuGH nimmt auf die nationalen Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten Rücksicht.

**ACHTUNG:** »Wenn Technik im Spiel ist, muss der Betriebsrat zustimmen«, erklärt Voigt. Umstritten sei deshalb die Zeiterfassung mittels Finger-Scanner. »Auch wenn nicht der gesamte Fingerabdruck, sondern nur die Fingerlinienverzweigungen verarbeitet werden, müssen Arbeitnehmer\*innen dieses Verfahren nicht dulden«, sagt der Jurist und verweist auf ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg aus dem vorigen Jahr.

### Finger-Scan nur mit Einwilligung

Der Fall: Ein Arbeitgeber wollte mit der Einführung eines Zeiterfassungssystems sicherstellen, dass die Belegschaft Arbeitsbeginn und -ende per Fingerabdruck erfasst. Ein Beschäftigter weigerte sich und erhielt daraufhin von seinem Chef eine Abmahnung. Dagegen klagte der Mitarbeiter. Das Gericht gab ihm recht (AZ: 10 Sa 2130/19).

Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass eine Verarbeitung von biometrischen Daten nur in Ausnahmefällen möglich sei. Das heißt also: Beschäftigte müssen zuvor zustimmen, wenn sie die

Arbeitszeiterfassung per Fingerabdruck bedienen sollen. Die Weigerung des Klägers sei rechtmäßig. Folglich müsse sein Arbeitgeber die Abmahnung wieder aus der Personalakte entfernen.

### Überstunden bereits erfasst

»Arbeitszeiterfassung gab es in Deutschland bereits, allerdings waren Arbeitgeber bisher gesetzlich nur zur Erfassung von Arbeitszeiten verpflichtet, die über acht Stunden täglich hinausgehen«, sagt Voigt. Umgangssprachlich spricht man hier von Überstunden.

Dabei hat es bisher schon zwei Ausnahmen gegeben: So müssen Arbeitnehmer\*innen, die über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung verdienen, also derzeit brutto mehr als 85 200 Euro (West) beziehungsweise 80 400 Euro (Ost) im Jahr, überhaupt keine Zeiten erfassen. »Hier geht die Rechtsprechung davon aus, dass das ausgezahlte Gehalt die längeren Arbeitszeiten rechtfertigt«, sagt Voigt. Dies gelte ebenfalls für bestimmte Berufsgruppen wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Steuerberater. »Auch hier setzt die Rechtsprechung bei entsprechendem Verdienst ein gewisses Maß an Überstunden voraus.«

**KEINE NEUIGKEIT** hingegen ist die Zeiterfassung übrigens für Arbeitgeber, die ihre Mitarbeiter\*innen mit dem Mindestlohn bezahlen. Denn sie müssen bereits seit Anfang 2015 alle Arbeitszeiten der Beschäftigten minutengenau erfassen und dokumentieren.

Mit dem Urteil des EuGH gilt das nun für alle: Doch müsste dafür die Bundesregierung das deutsche Arbeitszeitgesetz anpassen? »Darüber wurde und wird immer noch gestritten«, sagt Voigt. Die IG BCE hat dazu eine klare Meinung: »Das Arbeitszeitgesetz ist ein öffentlich-rechtliches Arbeitnehmerschutzgesetz. Es dient dem Gesundheitsschutz und muss nicht geändert werden.«

*Katrin Schreiter*

## EUGH-URTEIL ZUR ARBEITSZEITERFASSUNG

- Der Europäische Gerichtshof hatte im Mai 2019 in der Sache Arbeitszeiterfassung entschieden. Anlass war die Klage der spanischen Gewerkschaft *Federación de Comisiones Obreras* vor dem Nationalen Gerichtshof in Spanien gegen die Deutsche Bank SAE – sie ist Teil der Deutsche Bank AG.
- Die Gewerkschaft warf der Deutschen Bank SAE vor, die vereinbarten Arbeitszeiten nicht immer einzuhalten. Sie wollte deshalb mit einer sogenannten Verbandsklage erwirken, dass die Arbeitszeiten in Zukunft verpflichtend erfasst werden müssen.
- Das EuGH-Urteil zielte darauf ab, bestehende Arbeitsschutzgesetze besser umzusetzen. »Objektiv, verlässlich und zugänglich« soll die Zeiterfassung sein, so die Richter.

## ÜBERSTUNDEN IN DEUTSCHLAND

1,68 Milliarden Überstunden hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für das Jahr 2020 registriert – 892 Millionen davon unbezahlt. Und das trotz der vielen Arbeitnehmer\*innen, die im vorigen Jahr in Kurzarbeit geschickt wurden.

Diese hohe Zahl macht sich auch gesundheitlich bemerkbar. Laut DGB-Index »Gute Arbeit« – einer repräsentativen Befragung von abhängig Beschäftigten in Deutschland – sehen sich viele von ihnen hohen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. Das zeige sich in einer steigenden Arbeitsintensität und verbreiteten Erschöpfungszuständen. Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden pro Woche gehen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einher, heißt es in der Auswertung. Jobbedingter Stress ist einer der größten Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.



Foto: iStockphoto/Xesai

# Mein Wille – meine Entscheidung

Mit klar formulierten Verfügungen kannst du schwierige Lebenssituationen rechtzeitig regeln. Auch für die finanzielle Absicherung solltest du vorsorgen.

»Vorsorge – ja, ich weiß. ... Das mache ich noch. Später! ...« Kommt dir das bekannt vor? Vielleicht hast du irgendwann schon mal über dieses Thema nachgedacht, aber dir dann doch nie die Zeit dafür genommen. Weil du dich noch nicht alt fühlst.

Aber Vorsicht! Das Thema Absicherung ist nicht unbedingt eine Frage des Alters: Jeder Mensch kann durch Unfall oder Krankheit in die Lage kommen, dass er wichtige Angelegenheiten seines Lebens nicht mehr allein regeln kann.

## STELL DIR ALSO FOLGENDE FRAGEN:

- Was wird, wenn ich auf die Hilfe anderer angewiesen bin?
- Wer verwaltet mein Vermögen, erledigt meine Bankgeschäfte?
- Wer organisiert für mich nötige ambulante Hilfen?
- Wer sucht für mich einen Platz in einem Pflegeheim?
- Wer kündigt meine Wohnung oder meinen Telefonanschluss?
- Wer entscheidet bei Operationen und medizinischen Maßnahmen?

## **BONUSAGENTUR MIT EXKLUSIVEN VORTEILEN FÜR MITGLIEDER**

Die IG BCE Bonusagentur sieht sich als Dienstleister für die Mitglieder der IG BCE und ihre Angehörigen. Sie generiert gute Preis-Leistungs-Vorteile in Bereichen, die einen Bezug zu Arbeit, Gesundheit, Freizeit und Vorsorge haben. Die Bonusagentur wählt ihre Partner mit größter Sorgfalt und hohen Qualitätsanforderungen aus. Transparenz, Nachhaltigkeit und ein guter Service sind dabei wichtige Kriterien. Mehr Informationen unter [www.igbce-bonusagentur](http://www.igbce-bonusagentur)

Alles geklärt? Nein? Dann kommt hier die gute Nachricht: Mithilfe einer Vorsorgevollmacht oder einer Betreuungsverfügung sowie einer Patientenverfügung kannst du für den Ernstfall vorsorgen.

### **Vorsorgevollmacht oder Betreuungsverfügung?**

Wenn du es selbst nicht mehr kannst, muss ein anderer für dich Entscheidungen treffen und handeln. Aber: Weder der Ehepartner noch die Kinder dürfen das automatisch. Sie müssen dazu bevollmächtigt sein. Mit einer Vollmacht stattest du jemanden aus, der für dich entscheiden darf.

**EINE VORSORGEVOLLMACHT** muss schriftlich abgefasst sein. Die Vollmacht muss Namen, Geburtsdatum und Anschrift des Vollmachtgebers beinhalten. Außerdem ist das Dokument zu unterschreiben und mit Ort und Datum zu versehen.

»Die Beglaubigung der Unterschrift ist zwar keine zwingende gesetzliche Voraussetzung, sie erzielt aber im Rechtsverkehr eine höhere Akzeptanz«, weiß Kai Kirchner, Referent Krankenversicherung

und Patientenrechte bei der Verbraucherzentrale Niedersachsen. »Soll der Bevollmächtigte Zugriff auf Bankkonten erhalten, ist eine gesonderte Bankvollmacht wichtig.«

**GENERELL SEI FÜR** eine Vorsorgevollmacht nicht unbedingt ein Rechtsanwalt oder Notar erforderlich, sagt Kirchner. »Allerdings empfiehlt sich rechtlicher Rat, wenn es komplizierte Regelungen gibt, Vermögen vorhanden ist oder es Streit in der Familie gibt.«

Liegt keine Vorsorgevollmacht vor, bestimmt das Betreuungsgericht einen rechtlichen Betreuer. Allerdings kannst du durch eine Betreuungsverfügung festlegen, welche Person das Gericht als Betreuer auswählen soll. Wer eine Vorsorgevollmacht ausstellt, benötigt in der Regel keine gesonderte Betreuungsverfügung.

### **Patientenverfügung – ein Muss für den Fall der Fälle**

Nur wer eine Patientenverfügung aufgesetzt hat, kann sicher sein, dass seine Wünsche – zum Beispiel zu lebensverlängernden Maßnahmen – auch umgesetzt werden. Denn mit dieser Willenserklärung teilst du den Ärzten mit, wie du behandelt werden willst, wenn du krankheitsbedingt nichts mehr mitteilen kannst. So hast du auch in diesem Fall Einfluss auf ärztliche Maßnahmen.

**WICHTIG:** »Eine Patientenverfügung ist nur dann bindend, wenn sie ausreichend konkret formuliert ist«, sagt Kirchner. »Die Verfügung muss Behandlungssituationen beschreiben und für die Situationen Festlegungen enthalten. Die Willenserklärung muss also schriftlich vorliegen, eine Unterschrift ist notwendig.«

**Übrigens:** Du musst dir den Inhalt einer Vollmacht, einer Betreuungsverfügung oder einer Patientenverfügung nicht selbst ausdenken. Es gibt erprobte For-

mulare, zum Beispiel im Vorsorgehandbuch der Verbraucherzentralen.

### **Notfallvorsorge der Bonusagentur**

Ein wichtiger Vorteil für die Mitglieder der IG BCE: Sie können den Service der IG BCE Bonusagentur nutzen und eine Notfallvorsorge abschließen. »Dazu gehört auch das Erstellen von rechtssicheren Vorsorgedokumente wie Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Sorgerechtsverfügung«, sagt Andrea Pichottka, Geschäftsführerin der IG BCE Bonusagentur GmbH.

**»VIELE MENSCHEN DENKEN,** dass im Krankheits- oder Pflegefall automatisch die Ehepartner oder Kinder für sie entscheiden«, weiß Pichottka. Ein weitverbreiteter Irrtum! Denn: »Wer die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Maßnahmen nicht dem Zufall überlassen will, muss vorsorgen.«

Die IG BCE Bonusagentur hilft unkompliziert: »Wir bieten den Mitgliedern der IG BCE und ihren Familienangehörigen Sicherheit und Unterstützung, ihr Selbstbestimmungsrecht zu wahren, Eingriffe des Staates zu vermeiden und Angehörige vor Fehlentscheidungen Dritter zu schützen.«

*Katrin Schreiter*

### **SPEZIELLE INFOS IM SEPTEMBER**

- In der sogenannten Woche der Vorsorge bieten die Verbraucherzentralen vom 20. bis zum 24. September 2021 an allen Tagen vormittags, nachmittags und abends Online Seminare zu den Themen Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung, Patientenverfügung und digitaler Nachlass an. Die Teilnahme ist nach Anmeldung kostenlos.
- Alle Termine und Anmeldung auf [www.verbraucherzentrale.de/woche-der-vorsorge-2021](http://www.verbraucherzentrale.de/woche-der-vorsorge-2021)



## Preisrätsel

Im Preisrätsel wird in diesem Monat das Ereignis gesucht, bei dem die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bestimmt werden. Bitte die Lösung auf eine Postkarte schreiben und einsenden an: **KOMPAKT-Redaktion, Postfach 39 45, 30039 Hannover** oder per E-Mail an: **kompakt.preisraetsel@igbce.de** – bitte die Adresse mit angeben. Einsendeschluss ist der 15. September 2021 (Datum des Poststempels ist maßgebend). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Die Gewinner\*innen

**BEI DER VERLOSUNG DER PREISE** unter den Einsender\*innen richtiger Lösungen fielen die zehn Hauptgewinne – je ein Notebook »Acer Aspire 5« – an: Karl-Heinz Riemann, Bitterfeld-Wolfen; Rolf Flöthe, Rostock; Paul Greulich, Hamburg; Wilfried Bergmann, Hünxe; Richard Fink, Selb; Stefan Ziegler, Gudensberg; Bea Thiel, Ludwigshafen; Klaus Neumann, Mermuth; Helmut Müller, Memmingen; Daniel Biniasch, Eberdingen.

**40 WEITERE GEWINNER\*INNEN ERHALTEN** ein »Gourmet-Set« bestehend aus Pasta und Wein: Gerdas Arbogast, Rheinstetten; Erhard Gerner, Kelheim; Jürgen Grütjen, Duisburg; Uwe Dammeier, Petershagen; Jutta Bilgenroth, Berlin; Franz Roith, Bietigheim/Biss.; Alois Serve, Bobingen; Marlene Becker, Dortmund; Heinz Bilek, Gera; Bernd Axer, Kerpen; Carola Schubert, Premnitz; Sebastian Stunz, Sontra; Angela Braack-Kuske, Bredstedt; Franz Bieser, Lautenbach; Lore Dolge, Berlin; Doris Manz, Kupferberg; Manuela Anders, Hohenhameln; Norbert Klee, Weinheim; Uwe Thürmer, Seegebiet M. Land; Werner Moock, Premnitz; Dirk Reimers, Barlt; Thomas Jansen, Krefeld; Heiko Becker, Strehla; Susanne Groß, Großkrotzenburg; Gunde Klose, Bremervörde; Annette Möller, Leverkusen; Uwe Hosung, Uetze; Maren Jahn, Hamburg; Ronny Kahler, Panketal; Martina Lück, Berlin; Günter Speldrich, Recklinghausen; Horst Stuchlik, Halle; Paul Longerich, Köln; Heidrun Laurent, Wadgassen; Natalia Nuhn, Wabern; Petra Sterzenbach, Buchholz; Hans Lepenies, Hamburg; Heiko Hildebrandt, Kitzscher; Gertrud Völkening, Hannover; Rolf Avril, Speyer.

### Lösung Juli/August 2021: OLYMPIA



# Meine IG BCE – mein Mehrwert

**Gewerkschafter\*in ist man aus Prinzip, Solidarität und vollem Herzen. Teil der Gemeinschaft zu sein, bringt dir viele Vorteile im täglichen (Arbeits-)Leben. Sie stellen wir künftig an dieser Stelle vor – garniert mit Karikaturen unseres Illustrators Markus Köpp.**



Illustration: Markus Köpp

## R WIE RECHTSSCHUTZ

**A**ls IG-BCE-Mitglied genießt du umfassenden Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht – und das kostenfrei. Zum Beispiel bei Kündigung, Abmahnung, Streitigkeiten über das Arbeitszeugnis oder falschen Einträgen in der Personalakte. Aber auch wenn es um die Einstufung des Grades einer Behinderung, Konflikte bei Rentenansprüchen oder Streitigkeiten um die Höhe des Pflegegeldes geht, stehen dir die Rechtsexperten der IG BCE und des DGB gerne zur Seite. Einzige Voraussetzung: Du musst Mitglied der IG BCE sein und mindestens drei Monate lang den satzungsgemäßen Beitrag bezahlt haben. Eingeschlossen ist dabei nicht nur die

juristische Beratung, sondern auch die juristische Vertretung bei Gerichtsverfahren, wenn es sein muss auch durch mehrere Instanzen. Um dich im Streitfall bestmöglich beraten zu können, beschäftigt die IG BCE eigene Juristen oder arbeitet eng mit den Anwälten des DGB-Rechtsschutzes zusammen. Falls du den Rechtsschutz einmal in Anspruch nehmen musst, wende dich bitte immer zuerst an deinen zuständigen Bezirk. Die Kolleg\*innen vor Ort garantieren dir eine individuelle Beratung, die unabhängig von Streitwerten erfolgt und den gewerkschaftlichen Werten wie Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich und Solidarität verpflichtet ist. *red*



Maximilian Dahlem überprüft regelmäßig das wichtigste Arbeitsgerät der Landwirte: den Traktor.

Fotos (2): Markus Feger

**MAXIMILIAN DAHLEM** (19) hat bei RWE Power eine Ausbildung zum Landwirt gemacht.

## Experte für Rekultivierung

» Im vergangenen Jahr habe ich meine Ausbildung zum Landwirt abgeschlossen, jetzt bin ich in meinem Gesellenjahr. Hier bei RWE Power rekultivieren wir die Böden, das heißt, wir machen die frisch verkippte Erde vom Tagebau Garzweiler wieder zu

dann durch einen Zufall gekommen; ein Nachbar hat mir davon erzählt. Vorher wusste ich gar nicht, dass RWE auch Landwirte ausbildet. Nachdem ich dort mein Praktikum gemacht hatte, war für mich klar: Da will ich hin! Und das hat zum Glück geklappt.

Stadien des Pflanzenwachstums und Unkräutern auskennen. Für das Bedienen und Warten der Maschinen ist es wichtig, die Technik dahinter zu verstehen. Aber es macht auch einfach Spaß, Trecker zu fahren.

Wenn ich am Ende sehe, wie aus einem kleinen Samenkorn eine große Pflanze geworden ist, die man dann mit dem Mähdrescher wieder ernten kann, ist das einfach schön. Und es ist ein gutes Gefühl, bei der Rekultivierung mitzumachen. Wir achten darauf, alles richtig umzusetzen, damit die Böden fruchtbar werden. Nach sieben Jahren geben wir die rekultivierten Flächen wieder an die Anwohner und Landwirte aus der Umgebung zurück. Es ist toll, wenn wir dann sagen können: Da haben wir gute Arbeit geleistet.

**»Es macht einfach Spaß, Trecker zu fahren.«**

fruchtbarem Boden. Wir sind ein Team von acht Landwirten und meistens machen alle alles; also die Erde mit dem Grubber auflockern, einsäen, düngen und ernten. Ich war schon als Kind sehr an Landwirtschaft interessiert. Für mich war deshalb völlig klar, dass ich das später mal als Beruf machen will. Anders als bei vielen anderen Auszubildenden haben meine Eltern aber keinen landwirtschaftlichen Betrieb. Zu RWE bin ich

Jetzt hoffe ich vor allem, dass ich nach dem Gesellenjahr übernommen werde. Während der Ausbildung habe ich alles gelernt, was man als Landwirt so können muss. Dazu gehört im theoretischen Teil zum Beispiel die Zusammensetzung und der richtige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

Im praktischen Teil habe ich zuerst mit der Bodenbearbeitung angefangen. Dafür muss ich mich mit den verschiedenen

Aufgezeichnet von Rebecca Hummler



Dachstein-Trekkingschuh, niedrig

schwarz/grün



schwarz/blau



UVP\*-Preis 129,-  
Personalshop-Preis 69,99  
**NEUKUNDEN-PREIS**  
**€ 52.49**  
Sie sparen € 76,51 gegenüber dem UVP\*



Die „Besten“ für Freizeit und Wandern für Mann und Frau!

- Obermaterial: atmungsaktives Mesh mit Stütz- und Führungselementen aus Polyurethan
- Wasserabweisendes DryDS-System
- TPU 3-D Zehenkappe
- Innen: atmungsaktives Textilfutter
- Fußbett: orthopädisch geformte Einlage
- Sohle: ortho-tec Multifunktions-Sohle

**Größen**

37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Dachstein-Trekkingschuh, hoch

schwarz/blau



schwarz/grün



UVP\*-Preis 149,-  
Personalshop-Preis 89,99  
**NEUKUNDEN-PREIS**  
**€ 67.49**  
Sie sparen € 81,51 gegenüber dem UVP\*

Extrem leichtes Mesh-Material

**Für Damen und Herren**



Ortho-tec Multifunktions-Sohle

Führungselemente für stabilen Halt

**BESTELLSCHEIN D30586 mit 30 Tage Rückgaberecht**

Bestellen leicht gemacht! bestellen@personalshop.com

☎ 0 69 / 92 10 110  
FAX 069 / 92 10 11 800

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN-PREIS
	62.166.118		Trekkingschuh niedrig, schwarz/grün	€ 52,49
	62.166.129		Trekkingschuh hoch, schwarz/grün	€ 67,49
	62.402.893		Trekkingschuh niedrig, schwarz/blau	€ 52,49
	62.402.907		Trekkingschuh hoch, schwarz/blau	€ 67,49

Absender (Bitte deutlich ausfüllen):  Frau  Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße / Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

Geb. Datum: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf www.personalshop.com**



**25%**  
Neukunden-Rabatt auf ALLE Artikel!

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30586** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an: Personalshop Bahnhofstraße 500 82467 Garmisch-P.**

**5-Sterne-Personalshop-Garantie**

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht\*\*